

A large, bold, red stylized graphic element, possibly a letter 'L' or a similar shape, positioned on the left side of the page.

*Die Kommunistische  
Internationale*

27 / HEFT 40

BERLIN, DEN 5. OKTOBER

30 PFENNIG

WOCHENSCHRIFT

DES EXEKUTIVKOMITEES DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE

## AUS DEM INHALT

Die Desorganisatoren rüsten / Das Ergebnis der Parteidiskussion der KPP  
Kemmele: Die neue Offensive der Opposition in Deutschland / Manuilski:  
Die sozialdemokratischen Henker des österreichischen Proletariats / Bücher-  
und Zeitschriftenschau

# DIE KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE

Wochenschrift des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. Erscheint gleichzeitig in russischer, französischer, englischer und deutscher Sprache. Für die deutsche Ausgabe verantwortlich PAUL DIETRICH, HAMBURG. Zuschriften an die Redaktion sind an die Adresse des Verlages zu richten.

VIII. Jahrgang 1927  
HEFT 40 5. OKTOBER

## I N H A L T

	Seite
Die Desorganisatoren rüsten . . . . .	1925
Das Ergebnis der Parteidiskussion der KPP . . . . .	1933
Hermann Remmele: Die neue Offensive der Opposition in Deutschland	1943
Angert: Ueber die ultralinken Konterrevolutionäre . . . . .	1950
D. Manuilski: Die sozialdemokratischen Henker des österreichischen Proletariats . . . . .	1955
Christo Kabaktshijew: Der Septemberaufstand in Bulgarien . . . . .	1965
Die Reichsparteischule der KPD . . . . .	1974
Von der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei . . . . .	1977
Al. Bad: Vom Leben der illegalen Parteien . . . . .	1981

## P R E I S

Einzelheft . . . . .	Reichsmark 0,30
Per Kreuzband . . . . .	0,40
Postabonnement monatlich . . . . .	1,—
Per Kreuzband monatlich . . . . .	1,25
Postabonnement Quartal . . . . .	3,—
Ausland: Sowjet-Union . . . . .	3 Rubel Quartal
Vereinigte Staaten . . . . .	2 Dollar

Bestellungen sind zu richten an unsere Adresse in Hamburg 36 oder an unsere Berliner Zweigstelle, Berlin NW6, Luisenstraße 27-28. Sie werden auch von jeder Buchhandlung und von den Parteikolporteurs entgegengenommen. Einzahlungen sind zu leisten auf unser Postscheck-Konto Berlin 55547.

---

**VERLAG CARL HOYM NACHF. LOUIS CAHNBLEY**  
HAMBURG BERLIN

## DIE DESORGANISATOREN RÜSTEN

Der 15. Kongreß der KPSU wird in der Situation einer außerordentlich gespannten internationalen Lage, in der Situation der ständig näherrückenden Gefahr einer Intervention gegen die Sowjetunion und damit unvermeidlich verbundener wirtschaftlicher Schwierigkeiten zusammentreten.

In dieser Situation mußte das ZK der KPSU, als es der dem Kongreß vorausgehenden Diskussion den Rahmen zog, sich dessen erinnern, was Genosse Lenin bezüglich ausgedehnter Diskussionen gesagt hat. Auf dem 7. Parteitag sagte Lenin, indem er das Fazit der Diskussion über den Brester Frieden zog, folgendes:

„Die Garantie dafür, daß wir uns an dieser Frage nicht das Genick brechen werden, besteht darin, daß anstelle der alten Methode für die Beilegung von fraktionellen Meinungsverschiedenheiten — der alten Methode, die in einer ungewöhnlichen Menge von Literatur, Diskussionen, zahlreichen Spaltungen bestand —, daß anstelle dieser alten Methode die Ereignisse den Menschen eine neue Methode, etwas zu lernen, brachten. Diese Methode ist — die Ueberprüfung allen Geschehens durch Tatsachen, Ereignisse, durch Lehren der Weltgeschichte.“

In dem gleichen Geiste beurteilte Lenin die damals auf dem 10. Parteitag gerade beendete Diskussion über die Gewerkschaften:

„Wir sind kein Diskussionsklub. Sammelbücher, spezielle Werke können und werden wir natürlich herausgeben; wir müssen aber vor allem unter den schwierigsten Bedingungen kämpfen und müssen uns deshalb zu einem Ganzen zusammenschließen. . . . Es dürften wohl kaum viele von euch diese Diskussion nicht als einen übermäßigen Luxus beurteilen. . . . Nach meiner Ansicht war dies ein ganz unerlaubter Luxus: Wir haben mit der Zulassung einer solchen Diskussion zweifellos einen Fehler begangen. . . . indem wir es nicht gewahr wurden, wie sehr wir die Aufmerksamkeit von der so nahe vor uns liegenden sehr ernstesten Frage ablenkten usw.“

Dieses ablehnende Verhalten des Genossen Lenin zu ausgedehnten Diskussionen hat für den gegenwärtigen Augenblick um so größere Bedeutung, als die Opposition gegenwärtig bemüht ist, wiederholt durch die Partei diskutierte und verurteilte Anschauungen wieder vor das Forum der Partei zu bringen.

Von diesen politischen Erwägungen, ebenso wie von den formalen Erwägungen ausgehend, daß eine ausgedehnte Diskussion bei uns von keiner einzigen Parteiorganisation im Gouvernements- oder Bezirksmaßstab gefordert wird und daß innerhalb des ZK eine feste Mehrheit in den wichtigsten Fragen der Parteipolitik besteht, beschloß das letzte vereinigte Plenum des ZK und der ZKK der KPSU:

„Die Thesen des ZK zur Tagesordnung des Parteitages müssen gemäß dem Beschlusse des 10. Parteitages nicht später als einen Monat vor dem Parteitag veröffentlicht werden. Nach der Veröffentlichung der Thesen des ZK ist eine Diskussion auf Parteiversammlungen und in der Presse zu eröffnen. Gemäß dem Beschlusse des 10. Parteitages ist die Herausgabe eines Diskussionsblättchens bei der „Prawda“, in dem die Gegenthesen veröffentlicht werden, wenn solche von der Opposition eingereicht werden, vorher zu beschließen. Die Polemik muß in streng freundschaftlichem sachlichem Rahmen, ohne Zuspitzung und Uebertreibung geführt werden.“

Dies bedeutete, die dem Parteitag vorausgehende Diskussion in den Rahmen der in unserer Partei üblichen Diskussion der auf der Tagesordnung des Parteitages stehenden Fragen zu bringen.

Mit dieser in unserer Partei in bezug auf Zeit, Inhalt und Form üblichen Einschränkung der dem Parteitag vorausgehenden Diskussion ist die Opposition nicht zufrieden. Sie hat diese ihre Unzufriedenheit im Plenum des ZK ausgesprochen, sie sagt es auch jetzt, und wird auch diesen Rahmen nach dem Plenum zu durchbrechen versuchen. Wovon läßt sich die Opposition leiten, wenn sie die Eröffnung einer ausgedehnten, uferlosen Diskussion anstrebt, so wie es seinerzeit Ruth Fischer auf dem 6. Plenum des EKKI gefordert hat?

Vor allem, von der Tiefe der Meinungsverschiedenheiten. Das ZK der KPSU hält für den Zweck der dem Parteitag vorausgehenden Diskussion „eine durch Tatsachen, Ereignisse und Lehren der Geschichte vorzunehmende U e b e r p r ü f u n g“ der durch die früheren Parteitage und Konferenzen skizzierten Parteilinie. Die Opposition versucht jedoch eine „Politik auf weite Sicht“ durchzuführen. Sie möchte mit Hilfe der Diskussion die Parteilinie durch eine andere ersetzen: Maslow und Ruth Fischer schreiben in ihrem Blättchen, daß ihre Linie und die gegenwärtige Linie der Komintern „unversöhnlich“ seien. Wenn sie hinterher fordern, man solle sie in die Komintern wieder aufnehmen, so wollen sie demnach in dieser Weise die Komintern von innen her sprengen. Wenn die Opposition die Rückkehr Ruth Fischers und Maslows in die Komintern anstrebt, so betrifft sie denselben Weg. Im Grunde will sie die leninistische Linie der KPSU und der Komintern durch eine trotzkistische Linie schlimmster Sorte ersetzen. Unsere Oppositionellen leugnen das freilich. Für sie existiert der „Trotzkismus“ nur in ferner Vergangenheit. Der Genosse Trotzki ist in seiner Leugnung soweit gegangen, daß er im Plenum des ZK erklärte:

„Ich war seit Mitte 1904 kein Menschewik. Niemals bin ich in der Frage der Bedeutung der Klassen in der Revolution mit dem Menschewismus konform gegangen.“

Dies ist jedoch eine Spekulation darauf, daß das Gros der Partei alles vergessen und nichts hinzugelernt hat. Daß die Opposition anstelle des Leninismus in trotzkistisches Liquidatorentum verfallen ist, das beständigen am besten ihre neuesten Aktionen. Immer und immer wieder erhebt sie die Frage über den Aufbau des Sozialismus in einem Lande, immer wieder behauptet sie, daß die These von der Möglichkeit des Aufbaues des Sozialismus in einem Lande, und gerade in der Sowjetunion, eine antileninistische These sei. Welche neuen Argumente führt sie aber für ihre Behauptungen an?

Genosse Sapronow erläutert in seiner Plattform diese Argumente klar, präzise und unzweideutig:

„Die technische Rückständigkeit unseres Landes und das daraus resultierende niedrige Niveau unserer Arbeitsproduktivität ist ein ungeheures Hindernis auf dem Wege des sozialistischen Aufbaus. Infolge dieser Rückständigkeit ist der Uebergang zu einer wirklich sozialistischen Organisation der Produktion ... ohne Hilfe der technisch fortgeschrittenen Länder, ohne soziale Weltrevolution für uns unmöglich.“

Das ist die Sapronow und der gesamten neuen Opposition gemeinsame These. Und hier die Argumente, die Tatsachen — die entstellten, verlogenen

oder aus den Fingern gesogenen Tatsachen —, die zur Erhärtung dieser These angeführt werden:

„Das langsame Wachsen der Produktivkräfte in der Staatswirtschaft, das Wachsen der Bourgeoisie, das Wachsen der Klassendifferenzierung im Dorfe, die sich vermindernde Zunahme der Zahl der Arbeiter in der Industrie und der seit Mitte 1925 eingetretene Stillstand in der Hebung der materiellen Lage der Arbeiterklasse, die im Zusammenhange mit alledem stehende Stärkung der kapitalistischen Elemente in der staatlichen Wirtschaft selbst, die Zunahme der Klassengegensätze und der sozialen Ungleichheit — all das bedeutet, daß im Gesamtergebnis die kapitalistischen Elemente in den letzten Jahren bei uns schneller wachsen als die sozialistischen.“

Das verkündet in voller Uebereinstimmung mit dem „Sozialistischen Boten“ der Dan-Abramowitsch der Genosse Sapronow. Das gleiche, nur in diplomatischerer und vorsichtigerer Form, behauptete auf dem letzten Plenum des ZK ein hervorragender Vertreter der trotzkistischen Opposition:

„Bestehen nicht etwa in unserer wirtschaftlichen und politischen Entwicklung und in den Nuancen des Parteigedankens Tendenzen, die sowohl die Diktatur des Proletariats und die sozialistische Wirtschaft, wie den proletarisch-revolutionären Charakter unserer Partei bedrohen? Die Elemente der sozialistischen Wirtschaft wachsen bei uns — das steht außer Frage; wächst aber nicht etwa die Differenzierung des Dorfes in noch schnellerem Tempo?“

Das gleiche behauptete auf dem Plenum des ZK der Genosse Pjatakow:

„Der einzige Grund der bedrohlichen Zunahme der Arbeitslosigkeit liegt darin, daß unsere Industrie, unser Transport und unsere Kommunalwirtschaft hinter dem allgemeinen Wachstum der gesamten Volkswirtschaft zurückbleiben (von uns gesperrt. D. Red.), und darin, daß wir in der Landwirtschaft selbst ein rückständiges System und eine zunehmende Differenzierung haben und auch darin, daß unser Grundkapital den Bedürfnissen unseres gesellschaftlichen Systems in seiner Gesamtheit nicht entspricht.“

Was bedeuten diese Reden, daß die kapitalistischen Elemente in der Sowjetunion schneller wachsen als die sozialistischen Elemente der Wirtschaft? Sie bedeuten, daß die gegenwärtige Epoche der Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion nicht eine Epoche der Entwicklung zum Sozialismus, sondern zum Kapitalismus ist. In diesem abgrundtiefen Pessimismus, in diesem starken Unglauben gegenüber den inneren Kräften der Oekonomie der Sowjetrepublik ist der charakteristischste Zug unserer Opposition und die beste Bestätigung ihres Trotzkismus enthalten. Zu dieser Skepsis stehen in keinerlei Widerspruch, ja diese Skepsis bestätigt gerade die lauten linken Phrasen der Opposition und die von ihr empfohlene Politik des Sektierertums, der Abenteuer und der hysterischen Gesten, sowohl in der Innenpolitik, in der Wirtschaftspolitik und in der internationalen Politik (z. B. in den Fragen der chinesischen Revolution und des Anglo-Russischen Komitees). All das sind Aeußerungen von „Tapferkeit“ aus Verzweiflung.

Die in bezug auf die Verhüllung des faulen Opportunismus durch eine linke Phraseologie überaus erfahrenen linken Sozialdemokraten begreifen dies vorzüglich.

Deshalb solidarisiert sich z. B. die „Leipziger Volkszeitung“ mit jener Einschätzung der wirtschaftlichen und politischen Lage der Sowjetunion, die auf dem Plenum des ZK von der Opposition gegeben wurde, und macht dieser nur den Vorwurf, daß sie nicht den Mut zur Konsequenz besitze.

Ueber die Aktionen unserer Opposition auf dem Augustplenum des ZK schreibt die „Leipziger Volkszeitung“:

„Der Thermidor, die Liquidierung der revolutionären Diktatur, die Verwandlung der jetzigen Männer des kommunistischen Staatsapparates aus Beauftragten der proletarischen Regierung in Diener einer bäuerlich-bürgerlichen Regierung auf Grund eines aus der privatkapitalistischen Wirtschaft emporgewachsenen politischen Regimes — das ist es, was nach Ansicht der kommunistischen Opposition die nächste Etappe der russischen Revolution sein wird. Die Opposition stellt sich das Ziel, die Entwicklung der russischen Revolution in letzter Minute auf einen anderen Weg zu lenken, ihr behilflich zu sein, den sozialistisch-proletarischen Charakter zu erhalten. Aber gerade in diesem Punkte hat die Stalinsche Mehrheit recht und die Opposition unrecht: wenn sich die Revolution an der Schwelle des Thermidors befindet, wenn sie sich dem Kapitalismus nähert, so ist es eben eine bürgerliche Revolution, dann hat sich der Menschewismus in seinen historischen Voraussagen im Recht befunden und der kommunistischen Opposition bleibt nichts übrig, als die Bahn freizugeben für ein Hervortreten der Sozialdemokratie, um auf den Trümmern der Revolution neue Formen der Arbeiterbewegung erstehen zu lassen. . . . Das ist die Folgerung, die sich zwangsläufig aus der von der Opposition gegebenen Analyse des sozialen Aufbaus der Sowjetstaaten ergibt.“

Wir sehen, wohin die Linie der Opposition führt, sie ist bereits bis an die Grenze des Menschewismus gelangt. Weil die von der Partei losgelöste, eigenbrödelnde Opposition in ihrer fraktionellen Verblendung so weit vom Leninismus abgerückt ist, gerade weil sie nahezu nichts mehr zu verlieren hat, fordert sie eine uferlose, die Partei desorganisierende Diskussion. Das ZK der KPSU ist aber gegen eine solche Diskussion, weil es über der Diktatur des Proletariats wacht, weil die Opposition unter der Flagge innerparteilicher Zerwürfnisse und Streitigkeiten versucht, die Tribüne nicht nur für eine der Partei fremde, sondern auch feindselige Ideologie zu gewinnen, weil sie im Wege der Diskussion Anschauungen in Umlauf bringen will, die schon wiederholt als kleinbürgerliche, als sozialdemokratische Abweichung sowohl auf der 13. Parteikonferenz, auf dem 13. Parteitag der KPSU, auf dem 5. Kongreß der Komintern, auf dem 14. Parteitag der KPSU, der 15. Parteikonferenz und auf zwei Plenums des EKKI verurteilt wurden. Dieses Argument der Kongreßbeschlüsse existiert indes für die Opposition nicht. Sie hat sich gegenüber der Partei und ihren Kongressen jenen „Edelanarchismus“ zu eigen gemacht, den Genosse Lenin dem Genossen Trotzki einst zum Vorwurf machte. Was ist die Parteimehrheit? Vom Standpunkt des Leninismus ist es die Partei. Vom Standpunkt der trotzkistischen Opposition ist es eine „Stalinsche Fraktion“. Und was sind Delegierte der Parteikongresse und der Parteikonferenzen? Vom Standpunkt des Leninismus sind es Träger des Parteiwillens, vom Standpunkt der trotzkistischen Opposition — sind es verächtliche „Apparatschiki“ (sozusagen „gute Beamte“ im Parteiapparat), die wie aufgezogen alles nachplappern und herdenmäßig abstimmen. Für sie ist die Partei — eine Handvoll Führer, die mit der Parteimasse nach Gutdünken umspringen können, und nichts weiter. Bei einem solch hochmütigen, verächtlichen Verhalten gegenüber der Parteimasse, gegenüber dem gesamten Parteifunktionärkörper ist die Aufgabe, die sich die Opposition stellt, allerdings eine überaus einfache. Es bedarf nur der Bemächtigung des Parteizentrums, dann kann im Handumdrehen eine radikale Veränderung der Parteilinie und eine Ablenkung der Partei vom „thermidorianischen“ Wege auf einen „revolutionären“ Weg vorgenommen

werden. Die Genossen Sinowjew und Kamenew haben, durch das ZK in Harnisch gebracht, es ja fertig gebracht, ihr Verhalten zum Trotzismus jäh zu verändern und mit einem Male eine Wendung um 180 Grad zu vollführen. Ebenso hat der Genosse Sinowjew, der seinerzeit Ruth Fischer mit ihrem „Doppelspiel“ als Trägerin der Ideologie der deklassierten Kleinbourgeoisie bezeichnete, es vermocht, jäh umzulernen und sie auf das Piedestal einer musterhaften Revolutionärin und Leninistin zu erheben\*.

Warum sollte nicht die ganze Partei eine so jähe Wendung machen können, wenn Trotzki wieder ans Ruder käme? Und diese überaus dringliche Aufgabe der Bemächtigung des Parteizentrums und der Verjagung der gegenwärtigen Parteiführer („Die Termidorianer werden wir langsam hinausbefördern“, wie sich Trotzki ausgedrückt hat) muß denn auch nach der Ansicht der Opposition durch eine ausgedehnte Parteidiskussion gelöst werden.

Es ist dies jedoch keine leichte Aufgabe. Die KPSU hat jetzt 1 200 000 Mitglieder, die Opposition vermochte aber in ihrer „Petitionskampagne“ nur 2000 Unterschriften zu sammeln, d. h. einen winzigen Prozentsatz. Zudem ist die soziale Zusammensetzung dieser „Unterzeichner“ die beste Widerlegung dessen, daß die Opposition angeblich ein „linker, proletarischer, leninistischer Flügel“ der Partei sei. In der KPSU haben wir mehr als 56 Prozent Arbeiter; Angestellte und „Sonstige“ zählt man in ihr insgesamt

---

\* Wir erinnern daran, wie Genosse Sinowjew, der jetzt die Rückkehr der Gruppe Ruth Fischer-Maslow in die Komintern zur Rettung der KPD fordert, über diese Gruppe in seiner Rede in der deutschen Kommission des EKKI am 13. August 1925 geurteilt hat:

„Diese spießbürgerliche Gruppe. . . . Diese Gruppe wird gegenwärtig in keiner einzigen Partei ernst genommen, weil sich die Genossen davon überzeugt haben, daß alle Ratschläge dieser Gruppe keinen Kommunismus darstellen, sondern dummes Zeug. Diese Gruppe bildete sich ein, daß sie die wahre westeuropäische Vertreterin des revolutionären Marxismus sei. Wir in Rußland seien angeblich durch die Nep demokratisiert, wir seien ein Bauernland (von uns gesperrt. D. Red.). Lenin ist tot, Maslow aber lebt. Maslow ist der westeuropäische Lenin . . . Wenn Maslow und Ruth Fischer schweigend ihre Fehler eingeständen, so wäre es gut. Wie steht aber die Sache? . . . Er (Maslow) gesteht nicht nur nicht ein, daß seine Politik die Arbeiter bis an den Rand des Abgrunds gebracht hat, er behauptet, daß Lenin sie dahin geführt habe. . . . Wir haben ihnen die Möglichkeit gegeben, zu zeigen, wessen sie fähig sind und sie haben gezeigt, wessen sie fähig sind. Sie sind fähig, die Komintern zugrunde zu richten, die Kommunistische Partei zugrunde zu richten. Das ist jetzt durch die Geschichte bewiesen. Allein schon das Kunststück der Vergiftung der Partei durch die Legende, daß wir nach rechts abschwenken wollen, bedeutet einen politischen Verrat am EKKI. . . . einen politischen Verrat an der Komintern (von uns gesperrt. D. Red.) . . . Wenn Leute den Kopf verlieren, keinerlei Linie besitzen, sich mit Demagogie abgeben, sich einbilden, ein Lenin-Westeuropas zu sein, ohne das „Kapital“ von Marx gelesen zu haben, so müssen sie, offen gesagt, amerikanische Reklame machen. . . . Ich habe gehört, daß Schneller hier in einer Rede gesagt hat, diese ganze Sache bedeute den Bankrott des linken Flügels. Ich teile nicht diese Ansicht. Das ist der Bankrott eines Teiles der ultralinken Intellektuellen, der Bankrott der Vorurteile, der Unreife, des Dünkels dieser kleinen Gruppe von Intellektuellen, aber nicht der Bankrott des linken Flügels.“ (Der neue Kurs, Reden der Genossen Bucharin und Sinowjew, S. 17, 18, 20, 22, 23 russische Ausgabe.)

In dieser Weise hat Genosse Sinowjew vor zwei Jahren die Ansichten Ruth Fischers und Maslows gegeißelt. Nunmehr verteidigt er selbst diese Ansichten. „Tempora mutantur, et nos mutamur in illis“ („Die Zeiten ändern sich und wir ändern uns mit ihnen“).

16,2 Prozent. In der Opposition ist jedoch das Verhältnis, nach der bei den Unterzeichnern der Deklaration vorgenommenen Enquete zu urteilen, ein umgekehrtes. Bei ihnen zählt man Angestellte und Sonstige 58 Prozent, d. h. fast um das Vierfache mehr als in der Partei. Die proletarische Hauptmasse ist von der Opposition keineswegs berührt. An ihr sind in der Hauptsache verkrachte Intellektuelle, nach rechts abgeschwenkte Georgier und ähnliche Parteielemente beteiligt. Unter solchen Bedingungen — im Wege der Diskussion — die Leitung in unserer proletarischen Partei an sich zu reißen, ist eine phantastische Aufgabe. Die Opposition denkt aber anders: Wir sind noch wenige, wir müssen also diesen zahlenmäßigen Mangel durch die Qualität des Angriffs ersetzen, wir müssen also einen ganz vehementen Vorstoß gegen die Partei unternehmen und dürfen dabei vor keinem Mittel zurückschrecken. Man kann sich aus dem Verhalten der Opposition in der letzten Zeit eine Vorstellung davon machen, zu welcher Art von „Diskussion“ sie sich am Vorabend des 15. Parteitages gern herbeilassen würde.

Die Partei und die Sowjetrepublik stehen unmittelbar vor der Gefahr einer kriegerischen Intervention; um diese Gefahr abzuwehren, muß die Partei ihre Arbeit verzehnfachen, ihre Energie aufs äußerste anspannen, ihre Reihen auf das engste zusammenschließen. Und siehe, in solcher Situation will die Opposition die Diskussion auf zwei, auf drei Monate ausdehnen, damit die Partei während zwei bis drei Monaten ihre Arbeit aufgabe und sich auf die Diskussion werfe, — in der Hoffnung darauf, daß im letzten Augenblick Trotzki hoch zu Roß in das Politbüro reiten und auf einen Wink mit dem Zauberstab mit einem Male alles in Ordnung bringen werde, Genosse Trotzki, der seit 1923 der Partei permanent am Zeuge flickt, sich fruchtlos bemüht, sie vom leninistischen Wege abzubringen, seit dem Jahre 1923 unausgesetzt krächzte, daß bei uns alles zugrunde gehe und sich hierbei immerfort irrte.

Die Partei, die Sowjetrepublik ist von einer Intervention bedroht, und in einem solchen Augenblick verspricht Genosse Trotzki, dem Beispiel Clemenceaus zu folgen, der gegen die französische Regierung eine Attacke vollführte, als der Feind 80 Kilometer vor Paris stand.

Um den sich vorbereitenden Angriff der Interventionisten auf die Sowjetrepublik abzuwehren, muß die Fahne der Sowjetmacht in den Augen des internationalen Proletariats hochgehalten werden. In einer solchen Situation krächzen nun der Genosse Trotzki und seine Gesinnungsgenossen, entgegen den Tatsachen, entgegen den Ziffern, daß in der Sowjetrepublik die Elemente des Kapitalismus schneller wüchsen als die Elemente des Sozialismus; in solcher Situation bringen sie gegen die Sowjetregierung die Anschuldigung einer thermidorianischen Entartung vor, tun das bewußt anschwärzend, bewußt verleumdend, denn, je nach Bedürfnis, wird diese Beschuldigung bald vorgeückt, bald gemildert, bald in die Tasche gesteckt. Trotzki sagt: Wir werden die Thermidorianer aus der Leitung hinausjagen; Kamenew kommentiert: Die Thermidorianer sitzen nicht in der Leitung, sondern im Lande; ein Dritter sagt: Niemand hat das behauptet, — außer Salutski; sie alle aber vereinigen sich, wenn sie in die Enge getrieben werden, unter der zweideutigen Formel: „Wir weisen den Gedanken von uns, daß unsere bolschewistische Partei, ihr ZK und ihre ZKK thermidorianisch geworden seien,



. . . wir fordern aber, daß die Parteileitung diesen Erscheinungen, ihrem Einfluß auf gewisse Glieder der Partei eine systematischere und planmäßigere Abwehr entgegensetze.“ Auf welche „Glieder der Partei“ hat denn der Thermidorismus eingewirkt? Wie weit geht die Indifferenz der Leitung gegenüber einer Abwehr gegen die Thermidorianer? Diese Fragen bleiben in der „endgültigen“ Formel offen. Und es ist auch verständlich, weshalb. Wenn es nötig sein sollte, wird man dies so deuten können, daß der Thermidorismus auch in das „Glieder“ eingedrungen sei, das man ZK nennt, und das seine Indifferenz gegenüber einer Abwehr das Ausmaß einer Begünstigung erreicht habe.

Um die heraufziehende Gefahr der Intervention abzuweisen, muß man alle Kräfte der Komintern zusammenschweißen, muß man die Autorität all ihrer Sektionen in den Augen des Weltproletariats hochhalten. Und in dieser Zeit schließt die Opposition in der KPSU einen Block mit den aus der KPD ausgeschlossenen Renegaten Maslow und Ruth Fischer und macht ihr Blättchen zum Sprachrohr für einen Appell an die Massen gegen das ZK der KPSU, gegen das ZK der KPD und gegen das EKKI. Die Opposition schließt nicht nur mit Maslow und Ruth Fischer einen Block, sondern auch mit Souvarine. Der Genosse Sinowjew forderte ja, daß man Souvarine wieder in die Partei aufnehme und ihn zur Prüfung auf den exponiertesten, auf den ehrenvollsten Kampfposten nach China entsende. Diese Protektion Souvarines gaben sie selbst dann nicht auf, als in seinem Organ schwarz auf weiß zu lesen stand, daß er von jenen Geldern lebe, die er von Herrn Easton für das an die kapitalistische Presse verkaufte „Leninsche Testament“ erhielt. So kräftigt die Opposition die Komintern!

Um den der Sowjetrepublik drohenden Angriff abzuwehren, muß die Parteidisziplin verzehnfacht werden; in so einer Situation baut jedoch die Opposition einen illegalen Apparat auf, betreibt eine illegale Tätigkeit, bemüht sich, alle Parteiführer systematisch zu diskreditieren und verschmäht es nicht, an die parteilosen Massen gegen die Partei zu appellieren. Das geschieht aber nicht nur im Eifer des Gefechts. Daß dies auch in Zukunft geschehen wird, wird offen im Plenum des ZK angekündigt. Da wurde folgendes gesagt:

„Die Meinungsverschiedenheiten haben sich nur noch verschärft; indem ihr sie aus dem Politbüro verscheucht habt, habt ihr es erreicht, sie ins Plenum des ZK hineinzutragen. Und jetzt, mit der Entfernung zweier Genossen aus dem ZK tragt ihr die Meinungsverschiedenheiten in die Partei hinein. . . . Wenn sich aber die Drohung bewahrheiten sollte, daß uns, wenn wir unsere Anschauung weiter verteidigen sollten, der Ausschluß aus der Partei erwartet, so wird damit der Streit in die Reihen der parteilosen Arbeiter und der Bauernmassen getragen.“

Die Opposition droht nicht nur, sondern beginnt schon, gegen die Partei an die parteilosen Massen zu appellieren. Das ist bereits der Beginn einer offenen Spaltung. Und nicht genug an dem. Die Opposition beeilt sich, noch weiter zu kommen. Bisher hatten wir Gelegenheit, in der Sowjetrepublik Sanatorien und Erholungshäuser „auf den Namen Trotzki“ zu begegnen. Nunmehr erfahren wir, daß sich in Georgien im Leninschen kommunistischen Jugendverband ein Verband der Verteidiger der inneren Verbandsdemokratie auf den Namen des Genossen Trotzki gebildet habe. Bisher existierte ein kommunistischer Jugendverband auf den Namen Lenins;

jetzt aber versucht die Opposition, einen Jugendverband auf den Namen Trotzki zu gründen; es ist so, als wenn dies geflissentlich geschähe, um zu betonen, daß der Leninismus seinen Platz dem Trotzismus einräumen müsse.

Wodurch ist es zu erklären, daß die trotzkistische Opposition in der KPSU sich gerade jetzt in so ungewöhnlich scharfen Formen zeigt, die an ein Verbrechen gegen die Partei grenzt. Wodurch ist es zu erklären, daß der Trotzismus jetzt seine negativsten Seiten hervorkehrt, wie in der Epoche der Stolypinschen Reaktion, als Trotzki von der permanenten Revolution bis zum Blocke mit den liquidatorischen rechten Menschewiki hinabglitt? Ist dies etwas Zufälliges? Nein. Es ist die indirekte Widerspiegelung der Stabilisierung des Kapitalismus, der sich zuspitzenden internationalen Situation und der damit verknüpften Schwankungen der Kleinbourgeoisie innerhalb der Sowjetunion, die ihren Einfluß auf nicht gefestigte Elemente der KPSU ausübt. Nicht umsonst hat ja der „Sozialistische Bote“ anläßlich des letzten Plenums des ZK der KPSU von einer aktiven Einmischung der parteilosen Kräfte in den innerparteilichen Hader gesprochen, der bis jetzt den „spontanen“ Ansturm widerspiegelt.

Die proletarischen Parteimassen sehen dies. Daher die Zunahme ihrer Empörung gegen die Opposition, daher ihre Forderung nach energischeren Maßnahmen gegen die Opposition. Die Opposition hat zwar keinerlei Erfolg in der Partei, wohl aber besitzt sie solchen außerhalb derselben. Auf ihre destruktive Tätigkeit spekulieren die offenen Klassenfeinde der Sowjetrepublik; sie spekulieren nicht allein, sondern beginnen bereits, sich an die Opposition heranzuschmieren. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß in Sibirien eine ganz unzweideutig reaktionäre Organisation es versucht hat, unter der Flagge der Opposition hervorzutreten. Gegen ihren Willen erleichtert die Opposition den offenen Angriff der imperialistischen Konterrevolution auf die Sowjetrepublik.

Das ZK der KPSU tat und tut alles Erdenkliche, um die Opposition vor jenem traurigen Schicksal zu bewahren, das sie sich selbst bereitet. Eingedenk der großen Verdienste der Genossen Trotzki, Sinowjew, Kamenew und andere um die Partei in früherer Zeit, bemüht sich das ZK, trotzdem diese jetzt ihr politisches Kapital sinnlos vergeuden, sie der Partei zu erhalten. Das letzte Plenum des ZK der KPSU hat der Opposition drei äußerste Bedingungen gestellt, um die Einkehr des Friedens in der Partei zu ermöglichen. Erst nachdem das Plenum im Prinzip den Beschluß gefaßt hatte, die Genossen Trotzki und Sinowjew wegen ihrer unerhörten Verletzung der Parteidisziplin aus dem ZK auszuschließen, trat die Opposition den Rückzug an und nahm diese Bedingungen an, behielt aber einen Stein unter dem Rockschoß, indem sie an einen jeden Punkt ihrer Erklärung solche Vorbehalte knüpfte, die je nach Wunsch die von ihnen übernommenen Verpflichtungen illusorisch machen können. Ungeachtet dieser Vorbehalte zog das Plenum des ZK die Frage des Ausschlusses Trotzki und Sinowjews aus dem ZK zurück. Das Plenum des ZK machte noch einen letzten Versuch, die Opposition vor dem endgültigen Fall zu retten, und ihre besten Elemente in die Parteigemeinschaft zurückzuführen. Besteht noch eine Hoffnung darauf? Die Opposition verhält sich gegenüber der Partei unauf-

richtig, so wie man sich nur einer fremden, feindlichen Partei gegenüber verhalten darf. Schon einmal gab sie ein feierliches Versprechen (Deklaration 16) und brach es in der gröblichsten Weise; und jetzt, nach dem Augustplenium, nach dem zweiten Versprechen, tut sie das Gleiche: die für eine Veröffentlichung nicht freigegebenen Dokumente werden von ihr nach wie vor im Blättchen Maslows veröffentlicht. Die Beschlüsse der Leningrader, Charkower und anderer Parteikontrollkommissionen beweisen, daß die fraktionelle Tätigkeit wie früher fortgeführt wird.

Die Opposition legt offenbar die ihr gegenüber auf dem Augustplenium des ZK bewiesene Nachgiebigkeit als Zeichen der Schwäche aus. Sie irrt sich jedoch, wie sich die offenen Klassenfeinde der Sowjetrepublik irren werden, die auf eine Desorganisierung unserer Partei spekulieren.

Als Wladimir Iljitsch starb, da antwortete das Proletariat auf diesen Schlag für die Partei damit, daß es sich noch enger um ihre Fahne scharte, daß es neue 300 000 Mitglieder in ihre Reihen brachte. Wenn die Opposition in der bevorstehenden Vor-Kongreß-Diskussion versuchen sollte, den vom Zentralkomitee der Diskussion gezogenen Rahmen zu durchbrechen und vor den breiten Massen eine tolle Attacke gegen das ZK zu beginnen, so wird sie auf eine einmütige, stürmische, vernichtende Abwehr unserer gesamten werktätigen Parteimasse stoßen.

## DAS ERGEBNIS DER PARTEIDISKUSSION DER KPP

Der im Mai v. J. erfolgte faschistische Umsturz, der eine schwere Niederlage des polnischen Proletariats bedeutete, wurde unmittelbar unterstützt und erleichtert durch ein grundfalsches Verhältnis der KPP zur Pilsudskiade. Die Parteileitung begriff nicht den faschistischen Charakter des nahenden Umsturzes Pilsudskis und sah nicht den zwischen diesem Umsturz und den gegen die Sowjetunion gerichteten aggressiven Plänen Englands bestehenden Zusammenhang. In dem Antagonismus zwischen dem Lager Pilsudskis und dem Lager Chiena-Piasts erblickte die Parteileitung den Kampf der kleinbürgerlichen Demokratie gegen die junkerlich-kapitalistische Reaktion. In dieser ihrer Beurteilung der Pilsudskiade ging die Parteileitung von der unrichtigen Voraussetzung der selbständigen Rolle der Kleinbourgeoisie in der Nachkriegsepoche sowie von der Unterschätzung des Proletariats und seiner Aufgaben in bezug auf die Leitung der Bewegung der Kleinbourgeoisie aus. Dies führte dahin, daß die Kommunistische Partei den werktätigen Massen die Gefahr der Pilsudskiade nicht nur nicht signalisierte, sondern selbst dem Einfluß des kleinbürgerlichen Elements erlag und, anstatt während des Umsturzes die werktätigen Massen zum Kampfe gegen den Faschismus zu mobilisieren, diesem half, die werktätigen Massen mit sich fortzureißen.

An diesem schweren opportunistischen Fehler, der die Untergrabung der Parteiautorität als eines Führers der revolutionären Massen nach sich zog

und eine innerparteiliche Krise bedingte, waren, wie schon in dem Schreiben des EKKI an die Partei vom August v. J. hingewiesen wurde, „alle hervorragenden Vertreter der verschiedenen Richtungen in der Partei im Bestande des jetzigen ZK schuld . . .“, vor allem das ZK, aber auch die Führer der lokalen Organisationen, die sich von den Stimmungen der kleinbürgerlichen Elemente fortreißen ließen“.

Es versteht sich von selbst, daß die notwendige gründliche Korrektur der von der Partei begangenen schweren Fehler nicht ohne einen innerparteilichen ideologischen Kampf vor sich gehen konnte. Die Tatsache jedoch, daß dieser Kampf sich nicht im Rahmen einer kameradschaftlichen Diskussion hielt, sondern in vielen Beziehungen die Form eines überaus erbitterten fraktionellen Kampfes annahm, hat der Partei großen Schaden zugefügt. Und doch muß ungeachtet dessen konstatiert werden, daß diese Parteidiskussion für die Hebung des bolschewistischen Niveaus der KPP große Bedeutung gehabt hat. Sie beleuchtete vor der Partei in eingehender Weise eine Reihe der ernstesten Probleme: das Wesen des Faschismus, die Rolle der Kleinbourgeoisie, die bürgerliche Demokratie und der Parlamentarismus, das Umschlagen der bürgerlich-demokratischen Revolution in eine sozialistische Revolution, Teilforderungen unter der faschistischen Diktatur usw. Die Partei ist durch diese Diskussion gewachsen. Außerdem zeigte es sich, daß die im Verlaufe dieser Diskussion zutage getretene Verschärfung des innerparteilichen Kampfes keineswegs dem Umfange der wirklichen politischen Meinungsverschiedenheiten zwischen der Mehrheit und der Minderheit entsprach. Nach Klärung einer Reihe strittiger Fragen schuf die Diskussion den politischen Boden für eine Verständigung beider Seiten und für eine Konsolidierung der Partei auf der Grundlage wahrer Leninscher Anschauungen.

\*

Im Verlaufe der Diskussion versuchte die Opposition zu beweisen, daß die Mehrheit des ZK im Grunde ihre Linie nach dem Mai-Umsturz nicht revidiert habe und noch immer auf einer falschen opportunistischen Plattform stehe. Dies trifft nicht zu. Die Mehrheit des ZK begann die Ueberprüfung ihrer Linie schon in den Juni-Thesen, wiewohl sie im Juni in einer ganzen Reihe von wichtigen Fragen (Mangel einer richtigen Beurteilung der Triebkräfte des Umsturzes, Ueberschätzung der Bedeutung der Kleinbourgeoisie, nicht genügend klare Behandlung der Frage der Hegemonie des Proletariats) die Ueberreste ihrer früheren verfehlten Opposition noch nicht überwunden hatte. Der Hauptanstoß für die tiefgehende politische Umorientierung der Partei war der offene Brief des EKKI vom August 1926. Auf dem September- und November-Plenum 1926 und auf dem Februar-Plenum 1927 machte die Parteileitung jedesmal einen neuen ernsthaften Versuch zur Korrektur der alten, falschen Anschauungen. Die Diskussion in der Partei hat dem Zentralkomitee beträchtliche Hilfe in der Ausarbeitung einer richtigen bolschewistischen Linie geleistet, obwohl die Kritik der Opposition keine geringe Zahl von Fehlern und polemischen Uebertreibungen enthielt.

Die Opposition mußte, als sie zum Beweise der angeblich nicht korrigierten Linie der leitenden Gruppe auf Fehler und Fehlgriffe in den Juli- und September-Thesen des ZK hinwies, Uebertreibungen um so mehr vermeiden, als einzelne Bestandteile der Minderheit (die sogenannten „kleinbürgerlichen Vier“, das Warschauer Komitee, das Komitee des Kohlenbeckens) seinerzeit selbst länger als andere den faschistischen Charakter des Mai-Umsturzes und der Diktatur Pilsudskis bestritten. Einige Genossen aus der späteren Opposition bestritten es nach wie vor, daß Pilsudski die gesamte Bourgeoisie um sich zusammenschleße; später sahen sie aber ihren Fehler ein und gaben ihren falschen Standpunkt auf; deshalb sind aber auch die Genossen aus der Mehrheit seitdem nicht im Rechte, die prinzipielle Linie dieser Genossen, und noch weniger die der gesamten Opposition unter Hinweis auf solche überwundenen Fehler — als irrig zu bezeichnen.

Weder die Mehrheit noch die Minderheit können auf Unfehlbarkeit in ihrer Einstellung gegenüber einzelnen prinzipiellen Fragen, die das Streitobjekt in der Parteidiskussion bildeten, Anspruch erheben. Die Partei hat im großen und ganzen ihre Mai-Irrtümer korrigiert, hat beträchtliche Erfolge erzielt und ist auf dem Wege, sich in eine wirkliche Massenpartei des polnischen Proletariats zu verwandeln. Im großen und ganzen war die Linie des ZK und ebenso die Linie der Minderheit in der letzten Zeit eine richtige, und die Abweichungen von der Linie hatten relativ nebensächlichen Charakter, obwohl in einer Reihe von Fragen auf der einen wie auf der anderen Seite einzelne große Fehler begangen wurden.

Nichtsdestoweniger muß auf diese Fehler hingewiesen werden, wengleich sie für die Beurteilung der Linie der Partei schlechthin von keiner entscheidenden Bedeutung sind.

\*

Das Fazit der Diskussion über die wichtigsten Fragen läuft in der Hauptsache auf folgendes hinaus:

a) Die Vertreter der Mehrheit haben die Tatsachen und Erfolge der relativen Stabilisierung des polnischen Kapitalismus unter dem faschistischen Regime ernsthafter untersucht und im allgemeinen richtig erkannt. Die Vertreter der Minderheit waren geneigt, diese Tatsachen zu leugnen — besonders auf dem Gebiet der bearbeitenden Industrie. Etliche von ihnen überschätzten den Rückgang der Industrie (Broschüre des Genossen Fiedler), oder ignorierten lange den Prozeß des Zusammenschlusses der gesamten Bourgeoisie um Pilsudski. Daß Polen einer der schwächsten Punkte in der Front des Weltimperialismus ist, ist eine Tatsache; ebenso ist es aber eine Tatsache, daß das faschistische Polen eine teilweise Stabilisierung erreicht hat. Diese beiden Tatsachen sind aufs innigste miteinander verknüpft. Dem polnischen Kapitalismus gelingt es, seine Lage zu bessern, und zwar spielen hier nicht nur innere Gründe mit, hier fällt auch die internationale Lage Polens in der gegebenen Entwicklungsphase ins Gewicht. Gerade weil der englische Imperialismus den Krieg gegen die Sowjetunion vorbereitet, sind dessen Bemühungen auf die Schaffung einer ökonomischen Voraussetzung für diesen Krieg in Form einer kapitalistischen „Stabilisierung“ in Polen gerichtet, was natürlich von neuen inneren Widersprüchen begleitet ist.

b) Bei der Beurteilung des Wesens des Faschismus in Polen war sowohl die Mehrheit als auch die Minderheit während der Parteidiskussion geneigt, ihre volle Aufmerksamkeit nur auf eine Seite der Frage zu konzentrieren. Die Minderheit betonte den hervorstechenden Klassencharakter (d. h. den kapitalistischen) der faschistischen Diktatur, vor allem als einer Diktatur der Großbourgeoisie in der gegenwärtigen Epoche, ohne indes den Grad der Konsolidierung ihrer verschiedenen Schichten richtig einzuschätzen und eine Analyse des inneren Mechanismus des Umsturzes vorzunehmen (Ausnützung der Kleinbourgeoisie, eines Teiles des Proletariats usw.). Die Mehrheit jedoch, die den kapitalistischen Charakter der faschistischen Diktatur anerkennt und sich mit der Erläuterung der spezifischen Formen und Methoden ihrer Realisierung beschäftigt (Ausnützung der Kleinbourgeoisie, antidemokratischer und antiparlamentarischer Charakter des Faschismus), hat durch einige falsche Thesen, die sich auf der Linie einer Ueberschätzung der Bedeutung der Kleinbourgeoisie bewegen, die These über den großkapitalistischen Charakter des Faschismus abgeschwächt. Um ein vollständiges, konkretes Bild vom Faschismus zu erhalten, mußte man ihn von diesen beiden Gesichtspunkten aus betrachten. In der Diskussion wurden jedoch diese beiden Seiten der Frage bis zu einem gewissen Grade einander entgegengesetzt. Die Minderheit erblickte bei der Mehrheit das mangelnde Verständnis für den dominierenden (kapitalistischen) Klassencharakter des polnischen Faschismus, als einer Form der Diktatur der Bourgeoisie in der Epoche des monopolistischen Kapitalismus und der proletarischen Revolution; die Mehrheit dagegen stellte bei der Minderheit das mangelnde Verständnis für den spezifisch-faschistischen Charakter der Pilsudskiade fest. Weder die eine noch die andere Seite hatte jedoch genügenden Grund für solche gegenseitigen Anschuldigungen, zumindest nach dem Septemberplenium des ZK.

Man kann jedoch nicht leugnen, daß die falsche Einstellung einiger Genossen teilweise von der oben erwähnten Einseitigkeit des Ausgangspunktes herrührte. So gingen beispielsweise im Herbst vergangenen Jahres einige Genossen, die der Opposition angehörten, so weit, daß sie in den Ueberbleibseln des Antagonismus zwischen Pilsudski und den Nationaldemokraten eine Teilung des polnischen Faschismus in zwei Lager erblickten und sich auf den gegenseitigen Kampf beider Gruppen orientierten. (Gen. S. B. Tradizia betrachtete sogar damals die Nationaldemokraten als „wahre Zankow-Faschisten“.)

Andererseits stellte die Genossin Kostrschewa bei ihrer Analyse der Mechanik des Umsturzes die These auf, daß die Kleinbourgeoisie „zum dritten Male auf die historische Arena als selbständige politische Macht“ getreten sei (das erstemal während der französischen Revolution). Diese These ist, obwohl sie auch schon zu den anderen Behauptungen des gleichen Aufsatzes in Widerspruch steht, objektiv historisch und folglich auch taktisch falsch. Wenn während der französischen Revolution die Kleinbourgeoisie (die Jakobiner) wirklich eine selbständige Rolle spielte, und den Vertretern der Großbourgeoisie (den Girondisten) die Köpfe abschlug, so tritt in der Periode der faschistischen Umstürze die Kleinbourgeoisie wohl als Macht, aber gerade als un selbständige Macht auf. Die Betonung der „Selbständigkeit“ der Kleinbourgeoisie ist deshalb unvermeid-

lich mit ihrer politischen Ueberschätzung verbunden, woher sich auch falsche taktische Schlüsse ergeben können.

Außerdem ist die These der Genossin Kostrschewa, die italienischen Faschisten und Pilsudski seien die Vertreter der Kleinbourgeoisie, die die Rolle von „Realisatoren des Programms einer andern Klasse“ (der Bourgeoisie) gespielt hätten, gleichfalls falsch. Hier wird nicht der Entartungsprozeß der ehemaligen Ideologen der Kleinbourgeoisie berücksichtigt, die schnell in der Großbourgeoisie aufgehen (Millerand, Briand, Mussolini, Pilsudski usw.). Hier werden die kleinbürgerlichen Massen und die großbürgerlichen Geschäftemacher, die aus diesen Massen hervorgehen, in einen Topf geworfen.

Diese beiden Thesen der Genossin Kostrschewa haben die These über die großkapitalistische Natur der faschistischen Diktatur beträchtlich geschwächt und damit zugleich die Position der Mehrheit des ZK. Indem sie das bürgerliche Parlament als ein „Organ der Kompromisse der Klassen untereinander“ bezeichnete (das sich für die Bourgeoisie nicht mehr als geeignet erweise und deshalb mit Hilfe der Kleinbourgeoisie zerstört und in eine Fiktion verwandelt werde), griff die Genossin Kostrschewa zu einer Formulierung, die den eigentlichen Klassencharakter des bürgerlichen Parlaments verwischt, während andererseits die Opposition das bürgerliche Parlament als „Vollzugsorgan der Großbourgeoisie“ bezeichnet und damit seine Funktionen allzu sehr einengt.

c) Die Mehrheit des ZK schätzte die Rolle der kleinbürgerlichen und kompromißlerischen Parteien unter dem Faschismus als Helfershelfer und Schrittmacher seines Einflusses auf die werktätigen Massen richtig ein. Die im allgemeinen von der Mehrheit gegebene richtige Einschätzung der kleinbürgerlichen Parteien schloß jedoch nicht aus, daß einzelne Vertreter der Mehrheit sich dahin verstiegen, dem Faschismus die kompromißlerischen Parteien, als „demokratische“ Parteien gegenüberzustellen. Die Tatsache, daß an die Spitze der Parteikampagnen die Losung einer Aufhebung der Pilsudski vom Sejm gegebenen Vollmachten gestellt wurde, wie dies von der Minderheit in ihren September-Thesen vorgeschlagen wurde, hätte die Massen in der irrigen Vorstellung bestärken können, daß die kleinbürgerlichen und kompromißlerischen Parteien als die „parlamentarische Demokratie“ der faschistischen Diktatur Pilsudskis wirklich ernsthaften Widerstand hätten entgegensetzen können. Es wäre selbstverständlich einseitig, diese Parteien (wie z. B. die Bauernpartei und die PPS) kurzerhand als faschistisch zu bezeichnen und das Bestehen irgendwelchen besonderen Charakters und einer spezifischen Rolle derselben zu leugnen. Unter außerordentlichen Bedingungen — im Falle großer Niederlagen des Faschismus und der Unfähigkeit des Proletariats zur unmittelbaren Eroberung der Macht — könnten diese Parteien sogar vorübergehend als Regierungsparteien eine besondere Rolle spielen. Diese Rolle wäre keineswegs eine revolutionäre und auch keine selbständige, sondern würde nur den Versuch darstellen, mit Hilfe von halbfaschistischen, halbreformistischen Methoden und Schwankungen die Klassenherrschaft des Kapitals zu verlängern. Gleichzeitig aber könnte ein solches Regime gegen den eigenen Willen seiner Leiter günstigere objek-

tive Bedingungen für die Heranreifung und den Ausbruch einer revolutionären Bewegung der Arbeiter- und Bauernmassen schaffen.

Die Theorie der zwei Etappen der Revolution, die vom ZK nach dem Mai-Umsturz liquidiert wurde, war unbedingt falsch. Die Unfähigkeit der Kleinbourgeoisie zu einer selbständigen Rolle bedeutet jedoch nicht die Unmöglichkeit von revolutionären Aktionen der kleinbürgerlichen, besonders der Bauernmassen. In einem solchen Lande wie Polen, in dem in der Sphäre der agrarischen Verhältnisse bedeutende feudale Ueberbleibsel erhalten geblieben sind, ist — vor der Diktatur des Proletariats — die Möglichkeit revolutionärer Explosionen, die durch die von kleinbürgerlichen Illusionen noch nicht befreiten werktätigen Massen hervorgerufen werden, keineswegs ausgeschlossen.

Es ist die Aufgabe der proletarischen Partei, diese Strömungen der politischen Leitung des Proletariats unterzuordnen, um sie auf den Weg des Kampfes gegen die proletarische Diktatur zu führen.

d) Die Mehrheit des ZK hat richtig gehandelt, als sie die Wichtigkeit und die revolutionäre Bedeutung der großen wirtschaftlichen Streiks im Kampfe gegen die faschistische Diktatur betonte. Die Opposition hat vergebens versucht, auf Grund eines einzelnen Ausdruckes in den September-Thesen des ZK den Standpunkt der Mehrheit des ZK als „opportunistischen Oekonomismus, Propagandismus und Spontaneität“ zu deuten. Das Zentralkomitee hätte nur möglichst klar unterstreichen müssen, daß die Ausnützung des Streiks keineswegs dem Kampf gegen die Teuerung oder z. B. dem Kampf um politische Teilforderungen entgegenzusetzen werden dürfe; das ZK hätte betonen sollen, daß das eine das andere nicht ausschließe, sondern ergänze. Nur durch die Verschärfung des fraktionellen Kampfes kann man die Tatsache erklären, daß die Frage, ob man den Streikkampf dem Kampfe gegen die Teuerung vorziehen solle, oder umgekehrt, überhaupt als Streitfrage in der Diskussion zwischen beiden Seiten figurieren konnte, oder daß etliche Genossen aus der Mehrheit den unter den gegebenen Umständen richtigen Vorschlag der Minderheit bezüglich der Losung einer Einräumung des Wahlrechts an die Soldaten abgelehnt haben. Falsch war auch die Ansicht der Mehrheit des ZK, daß man unter einer faschistischen Diktatur keine Teillosungen aufstellen könne, die sich auf der Linie allgemeiner demokratischer Forderungen bewegen. Die Aufstellung solcher Losungen oder agitatorischer Forderungen hätte nach Ansicht der Mehrheit nur der Verbreitung schädlicher Illusionen „über die Möglichkeit der Rückkehr vom Faschismus zur Epoche der bürgerlichen Demokratie“ gedient. Die Gefahr einer Verbreitung demokratischer Illusionen durch einen falsch geführten Kampf für diese Teilforderungen ist während der faschistischen Diktatur nicht größer, sondern eher geringer als vor dem faschistischen Umsturz. Unter der Voraussetzung einer im bolschewistischen Sinne richtigen Durchführung der Kampagnen müssen sich diese Teilforderungen unter dem faschistischen Regime als durchaus geeignet für die Agitation, wie für die Mobilisierung der Massen und die Entlarvung des faschistischen Charakters der Diktatur oder der verräterischen Rolle der kompromißlerischen Parteien erweisen. Die Beschuldigung, daß die Opposition durch ähnliche Vorschläge — „nach dem Beispiel der II. Internationale“ — die Illusionen genährt habe, daß die jetzige Epoche der politischen Reaktion in ihrer verschärften Form des Faschismus



durch eine „demokratische Aera“, wie sie von der II. Internationale gepredigt werde, abgelöst werden könne, wäre falsch.

Trotz des im Mai begangenen Fehlers gelang es der Partei, ihre Autorität und ihren Einfluß unter den Arbeiter- und Bauernmassen zu heben. Infolge der gesteigerten Ausbeutung und Bedrückung der werktätigen Massen, sowie dank der schnellen Ueberwindung der an Pilsudski geknüpften Illusionen wurde die KPP in den Augen der werktätigen Massen zum Banner des Kampfes gegen die faschistische Diktatur und ebenso zum Führer in diesem Kampfe. Diese **E r f o l g e** und **E r r u n g e n s c h a f t e n** der Partei kamen in einer ganzen Reihe von Gebieten zum Ausdruck. Wir sehen in dieser Periode:

a) eine Zunahme der Mitgliederzahl der Partei um mehr als das Doppelte — sowohl in Kongreßpolen, wie im westlichen Weißrußland —, im letzteren vornehmlich unter den Bauern; wir sehen eine bedeutende Erweiterung des Netzes der Betriebszellen und eine Zunahme des Prozentsatzes des Industrieproletariats unter den Parteimitgliedern. Wir sehen die Wiederherstellung der in der vorhergegangenen Periode zerstörten Bezirksorganisationen (Lomsha, Krakau, Plozk, Czenstochau, Kielce, Radom);

b) wir sehen das Wachstum des Einflusses der Partei und des Vertrauens zu ihr, was in dem Ausgange der Wahlen für die Krankenkassen und für die städtischen Selbstverwaltungen in Warschau, Pruschnow, Girardow, Brest, in Oberschlesien u. a. unmittelbar zum Ausdruck kam. Die Partei bildet unter der Arbeiterklasse in ganz Polen einen großen Machtfaktor und hat sich im Warschauer und Dombrowaer Bezirk die absolute Mehrzahl der Arbeiter erobert;

c) die Partei konnte, besonders in Kongreßpolen, in der Gewerkschaftsbewegung bestimmte Erfolge erzielen, sie eroberte eine Reihe von Gewerkschaftsabteilungen der Eisenbahner, Bergarbeiter, Metallarbeiter und selbst eine Reihe von Gewerkschaften, organisierte eine ausgedehnte Gewerkschaftsopposition usw.;

d) die Partei hat eine beträchtliche Steigerung ihres Einflusses unter der weißrussischen Bauernschaft erreicht;

e) es sind Erfolge der Kommunistischen Jugendorganisation zu verzeichnen, die ihren Einfluß auf die Arbeiter- und Bauernjugend erweiterte und sicherte und eine große Initiative und Aktivität entfaltete;

f) eine ganze Reihe großer Streiks wurde in der letzten Periode durch die Partei vorbereitet und organisiert; viele Streiks wurden von der Partei faktisch geleitet. Die Partei nahm an der wirtschaftlichen Kampagne der Metallarbeiter, Eisenbahner und am Kampfe der Arbeitslosen aktiven Anteil;

g) in den Demonstrationen anläßlich der 1.-Mai-Feiern 1927 schritten die breiten Massen im ganzen Lande zum ersten Male seit 1919 unter dem Zeichen der KPP, wobei diese Demonstrationen zahlenmäßig die der letzten Jahre, besonders im Dombrowa-Becken, in Lemberg und im westlichen Weißrußland, übertrafen;

h) die Partei hatte die ungeteilte Leitung der machtvollen revolutionären Bewegung im westlichen Weißrußland, von der Hunderttausende von Bauern erfaßt wurden;

i) die Partei war bemüht, eine Reihe von Massenkampagnen zu entfalten

und erreichte damit gewisse Resultate, besonders in der Kampagne für die Amnestie (ungeachtet einzelner Fehler).

Es wäre falsch, wollte man andererseits die großen Fehler und Fehlgriffe in der Tätigkeit des ZK der KPP leugnen. Diese bestanden vor allem darin, daß das ZK das Anwachsen eines äußerst gefährlichen Opportunismus in der Leitung der KP der westlichen Ukraine (KPWU) nicht bemerkte und nicht rechtzeitig einen Kampf gegen diesen begann.

Die einerseits auf die Zerstörung der nationalen Organisationen und andererseits auf die Bestechung und Demoralisierung der Spitzen der nationalen Minderheiten gerichtete Politik Pilsudskis hatte eine Umorientierung der nationalen ukrainischen Bourgeoisie und der kleinbürgerlichen ukrainischen Intelligenz zur Folge. In der Situation des gegen die Sowjetunion vorbereiteten Krieges bildet diese Umorientierung des ukrainischen bürgerlichen Nationalismus eines der Momente der Stärkung des nationalen Hinterlandes des kapitalistischen Polens. Solche Organisationen, wie der „Selroh“, spiegeln den Einfluß dieses Prozesses wider. Die Frage, wer die Hauptkaders der armen, landlosen und mittleren ukrainischen Bauernschaft nach sich ziehen wird, — die nationale ukrainische Bourgeoisie und die ukrainische kleinbürgerliche Intelligenz oder das ukrainische Proletariat im Bündnis mit der polnischen Arbeiterklasse, — hängt von der richtigen politischen und taktischen Linie der KPWU ab. Inzwischen hat die Leitung der KPWU in der kleinbürgerlichen Umgebung dem Einfluß der kleinbürgerlichen, nationalistischen Elemente nachgegeben. In der Sowjetukraine hat der Vertreter des ZK der KPWU, Maximowitsch, in Wirklichkeit jene Strömungen unterstützt, in denen die Elemente der Ideologie der ukrainischen bürgerlichen Intelligenz, die sich nach dem „psychologischen Westen“ orientiert (Schumski, Chwiljowy), zum Ausdruck kommen.

Das ZK der KPP hat erstens die Gefahren dieser Abweichungen nicht rechtzeitig signalisiert, zweitens nicht die erforderlichen Schritte unternommen, um mit fester bolschewistischer Hand diese äußerst groben nationalistischen Fehler der Spitze der KPWU zu korrigieren. Anstatt eine ihrer größten Organisationen wirklich zu leiten, verfolgte es in Wirklichkeit eine Politik der Nichteinmischung in die Angelegenheiten der KPWU, sanktionierte einen zu weitgehenden Autonomismus der KPWU.

Ebenso war es ein Fehler des ZK der KPP, daß es den Standpunkt des ZK der KPWU in der Frage der Kampfmethoden gegen die Parzellierungspolitik der Pilsudski-Regierung nicht kritisierte.

Das ZK der KPWU begriff nicht den spezifischen Sinn dieser Art von „Agrarpolitik“ Pilsudskis. Diese Politik bildet eines der Hauptglieder in der kriegerischen Vorbereitung Polens für den Angriff auf die Sowjetunion und insbesondere auf die Ukrainische Sowjetrepublik. Mit Hilfe dieser Politik versuchte Pilsudski die „Befriedung“ der Grenzgebiete, versuchte er eine Schicht ländlicher „Pilsudskisten“ zu schaffen, die durch ihre Interessen mit dem polnischen Faschismus verknüpft sind und ihn in seinen Kriegsabenteuern gegen die Sowjetunion unterstützen. Zugleich ist es ein Versuch zur Entwaffnung der bäuerlichen Revolution und ein Schutz des polnischen Gutsbesitzers gegen die ukrainische Bauernschaft. Obwohl nun die Folgen dieser

„Reform“ winzige waren, war die Partei verpflichtet, gegen sie in der energischsten Weise anzukämpfen und ihren konterrevolutionären Charakter aufzudecken. Sie darf es nicht zulassen, daß in Wirklichkeit die bolschewistische Losung — „das Land entschädigungslos an die Bauern“ — durch andere abgeschwächte Losungen in der Art wie — „das Land nach einem von den Bauern selbst festgesetzten Preise“ unter dem Vorwand einer Mobilisierung der Massen eingetauscht wird. Solche Losungen sind nicht nur nicht dazu angetan, die Massen zu mobilisieren, sondern lenken deren Aufmerksamkeit vom Kampfe gegen die faschistische Diktatur ab.

Dieser Fehler der KPWU zusammen mit dem Fehler in der Nationalitätenfrage zeugen davon, daß die KPP es hier mit einer überaus ersthaften opportunistischen Abweichung zu tun hat, die von der Partei energisch bekämpft werden muß.

\*

Für die Parteiarbeit im Dorfe hat das ZK keine genügend konkreten Direktiven ausgearbeitet und überhaupt diesen Kampf in zu geringem Maße geleitet. Angesichts der verschiedenen praktischen Maßnahmen, die von der Regierung und den Gutsbesitzern an vielen Ortschaften zum Zwecke einer Beruhigung der Bauernschaft durchgeführt wurden, mußte die Kommunistische Partei unter den Bauernmassen, besonders in Kongreßpolen, eine bedeutend größere Wachsamkeit und Energie entfalten, um einen möglichst großen Teil der Bauernschaft für den Kampf gegen die Politik Pilsudskis und der Gutsbesitzer zu mobilisieren. Für diesen Zweck reicht aber die allgemeine Propaganda unter den alten Parolen keineswegs aus, sondern es ist eine richtige Einstellung der Kommunisten und ihrer Anhänger in allen solchen aktuellen praktischen Fragen des Dorfes erforderlich, wie die Beseitigung der Streuländereien, die Frage der Servitute, der Parzellen, die Frage einer wahrhaften Massenpartei, der örtlichen Selbstverwaltung usw.; hierbei darf die Sorge um die Entlarvung der Tatsache, daß die Politik des Pilsudski-Regimes gegen die Interessen der bäuerlichen Armut, wie des größten Teiles der mittleren Bauernschaft gerichtet ist, niemals außer acht gelassen werden. Diese Arbeit wurde bisher in durchaus ungenügendem Maße durchgeführt. In der gleichen Weise zeigt auch die Durchführung der organisatorischen Aufgaben auf diesem Gebiete (verschiedene Aktionskomitees der Bauernschaft, legale und halblegale örtliche Bauernorganisationen, kommunistische Fraktionen und Agenten in den Reihen der kompromißlerischen Bauernparteien usw.) in erster Linie in Kongreßpolen große Schwächen. Der Einfluß der Partei unter den Landarbeitern ist in den letzten Jahren zurückgegangen, und zwar in überaus bedeutendem Grade, was davon zeugt, daß das ZK in der Praxis dieser Sache zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt hat.

Die Tätigkeit der Sejm-Fraktion wurde durch das ZK der KPP nur sehr schwach kontrolliert. Freilich, die Situation, in der die Sejm-Fraktion zu arbeiten hatte, war eine äußerst schwierige; doch ungeachtet aller Schwierigkeiten gelang es der Sejm-Fraktion, in engere Verbindung mit den Arbeitermassen zu kommen und einer der Stützpunkte für die Mobilisierung des Proletariats und der werktätigen Massen in Stadt und Land zu werden. Das ZK hat jedoch einige verfehlte und opportunistische Formulierungen in den

Reden einzelner Deputierter nicht rechtzeitig korrigiert; es waren Formulierungen, die den Keim einer rechten Abweichung bilden können und um so schädlicher sind, als sie von öffentlicher Tribüne herab ausgesprochen wurden.

\*

Das ZK hat Umfang und Bedeutung der kapitalistischen Rationalisierung unterschätzt und keine konkreten Losungen und Methoden für den Kampf gegen sie ausgearbeitet. In der Anwendung der Einheitsfronttaktik in der Gewerkschaftsarbeit bei der Zusammenfassung des Verbandes der Chemiearbeiter wurde ein ganz offener opportunistischer Fehler begangen, für den der Vorsitzende der Gewerkschaftsabteilungen des ZK die Hauptverantwortung trägt.

\*

All das zeugt davon, welch ungeheure Arbeit der polnischen Kommunistischen Partei bevorsteht, damit sie sich auf eine feste bolschewistische Grundlage stellen kann. Die Hauptgefahren, die für die nächste Zeit in der Parteiarbeit ernsthaft ins Auge gefaßt werden und zu deren Ueberwindung und Beseitigung die Kräfte der gesamten Partei konzentriert werden müssen, sind im großen und ganzen folgende:

a) Die Gefahr einer ungenügenden Aktivität in der Entfaltung des Massenkampfes gegen den Krieg und in der erforderlichen vorbereitenden Tätigkeit für den Kriegsfall. Mit eiserner Strenge und Entschlossenheit muß die KPP ihre Mitglieder aufrufen, jede, selbst die kleinste Tendenz zur Passivität und jedes geringste Anzeichen einer nationalistischen Abweichung auf diesem Arbeitsgebiet, ähnlich der in der KPWU hervorgetretenen, zu beseitigen;

b) die Gefahr einer Loslösung von den Massen der kleinen Bauern und Landarbeiter. Die Ueberwindung dieser Gefahr, die dank der Aktion Pilsudskis im Mai des vergangenen Jahres in bedrohlicher Form auftrat und nach der Auflösung der NPCh und der Hromada sich noch steigerte, muß als eine brennende Tagesaufgabe der Partei, insbesondere in Kongreßpolen, betrachtet werden;

c) die Gefahr eines erneuten Auftretens rechter, wie auch ultralinker Tendenzen. Die Lehren der rechten und ultralinken Parteikrisen, ebenso wie des im Mai begangenen Fehlers müssen jedem Parteimitglied in Fleisch und Blut übergehen. Bei gleichzeitiger Kampfstellung gegen die ultralinken Tendenzen muß die Partei eine gesteigerte Aufmerksamkeit den rechten Fehlern als den im gegebenen Augenblick gefährlicheren zuwenden;

d) die Gefahr einer Fortsetzung des fraktionellen Kampfes. Die Partei kann selbst nicht einen Tag länger Verletzungen der elementaren Parteidisziplin und solche Diskreditierungen des ZK dulden, wie wir sie bisher gesehen haben. Es ist absolut unzulässig, daß ein Parteimitglied ungestraft das ZK als eine „Bande von Erpressern“ oder als „Menschewiki“ bezeichnen kann. Andererseits haben die gegen die Minderheit gerichteten Beschuldigungen, daß diese der Opposition der KPSU nahe stünden, keine Berechtigung. Notwendig ist eine vollkommene und bedingungslose Liquidierung jeder fraktionellen Arbeit und die Wiederherstellung einer ungeteilten Einheit der Partei. Jeder Versuch der Wiederherstellung des Fraktionskampfes muß einer energischen Abwehr durch die Partei und ihre leitenden Organe begegnen.

Die Partei muß alle Genossen zu williger gemeinschaftlicher Arbeit aufrufen. Das polnische Proletariat braucht gegenwärtig unbedingt die Konsolidierung der Partei, um die ihm auferlegten großen historischen Aufgaben zu erfüllen. Das Ende der Diskussion muß ein neues Blatt in der Parteigeschichte aufschlagen, das Blatt einer geeinten bolschewistisch-leninistischen Partei, die in schwersten Kämpfen stählerne Reihen polnischer Bolschewiki geschmiedet hat.

HERMANNREMMELE:

## DIE NEUE OFFENSIVE DER OPPOSITION IN DEUTSCHLAND

Maslow prägte das Wort von den „zwei Linien“, die in der Politik der Komintern und in jener der Opposition gegeneinander laufen und „unvereinbar und unversöhnlich“ miteinander sind. Er prägte dieses Wort zum Zwecke der entschiedensten Kampfansage gegen die Komintern und als Sammelruf zu einer neuen Offensive. Der Nichtausschluß von Trotzki und Sinowjew durch das Juli-Plenum des ZK der KPSU wird von der „Fahne des Kommunismus“ triumphierend als „Stalins Niederlage auf dem Plenum“ gefeiert, nach welcher man die Zeit für die Offensive für gekommen hält. Diese Offensive der Opposition ist ein Teil der Gesamtoffensive aller Feinde des Kommunismus, sie ist eine Ergänzung des Generalangriffs des Weltimperialismus gegen die Sowjetunion.

Die Imperialisten rechnen auch mit dieser Hilfe. In der „Deutschen Bergwerkszeitung“, dem größten und maßgebenden Blatt der deutschen Schwerindustrie, schreibt ein Professor Dr. Hans von Eckhardt aus Heidelberg am 1. September unter der bezeichnenden Ueberschrift: „Thermidor-Stimmung. Trotzki der kommende Mann“ — unter anderem das folgende:

„Die Lage bleibt weiterhin gespannt; die innere Eintracht der Beherrscher Rußlands ist dahin, das Reich Lenins in sich gespalten, die immer wieder prophezeite Krise des Kommunismus ist jetzt offen zum Ausbruch gekommen. Charakteristisch für die augenblicklichen Verhältnisse ist die Tatsache, daß die Parteiregierung es nicht wagen darf, die Opposition niederzuwerfen. Soweit wäre man denn: eine zweite, höchst bedrohliche Bewegung hat sich entfaltet und rührt an den Fundamenten der Macht, ohne daß die regierende Partei sich so zur Wehr setzen könnte, wie dies in den vergangenen Jahren selbstverständlich gewesen wäre . . .

Gewiß ist Trotzki — der kommende Mann — auch Kommunist und wirft seinen Feinden heute Verrat am Leninschen Programm und dergl. vor: andererseits ist aber gerade er ein Realpolitiker ersten Ranges, ein Taktiker und Opportunist. Seine Regierung dürfte die öffentliche Meinung verstehen, sich ihr so oder so anzupassen eher geneigt sein, wie der despotische Kaukasier Stalin hierzu bereit sein könnte. Vorläufig wagt der Kampf noch unentschieden, erbittert und aufs Ganze gehend, hin und her. Kommt aber einmal der Tag der Wendung, des Sturzes der heutigen Parteimehrheit, so ist damit fraglos die Thermidor-Stimmung zur öffentlichen Macht geworden — der die neuen Machthaber dann entweder folgen oder werden weichen müssen.“

Wir sehen, wie die Imperialisten mit dem scharfen Auge des Feindes erkennen, von welcher Seite für sie der Thermidor der russischen Revolution zu erwarten ist.

Doch wir wollen uns mit der Offensive der deutschen Handlungen des Imperialismus, die sich „Orthodoxe Marxisten-Leninisten“ nennen, beschäftigen.

Die Maslow-Ruth Fischer-Gruppe begann nach dem Plenum des ZK der KPSU eine lebhaftere Aktion, die angeblich das Ziel der „Wiedervereinigung“ mit der KPD haben soll. In einem „Offenen Brief“ in Nr. 24 der „Fahne des Kommunismus“ stellte sie an das Exekutivkomitee der Komintern den Antrag auf Wiederaufnahme in die KPD. Zugleich telephonierte Urbahns das ZK der KPD an, um die Bereitwilligkeit seiner Gruppe zu Aufnahmeverhandlungen zu bekunden, und unter Führung Eppsteins meldete sich beim ZK eine Delegation, welche die „Wiedervereinigungsverhandlungen“ einleiten wollte. Was aber diese „Wiedervereinigung“ sein soll, stellte sich bald heraus. Die „Rote Fahne“ vom 28. August war in der Lage, einen Bericht über die Fraktionssitzung der Urbahns-Gruppe in Zeitz vom 16. August 1927 abzudrucken. Nach diesem Bericht erklärte Urbahns:

„Dieser Kampf um die Wiederaufnahme soll in Wirklichkeit nur ein taktisches Manöver sein. . . . Das Manöver soll ausgenutzt werden, um wiederum neue Argumente für einen Kampf gegen die Partei zu schaffen und um neue Genossen für ihre (der Maslow-Urbahns) Politik zu gewinnen. Zur Unterstützung der Wiederaufnahmekampagne soll eine Unterschriftensammlung innerhalb der Partei von den oppositionellen Genossen durchgeführt werden. Desgleichen sollen in allen Mitglieder- und Zellenversammlungen Resolutionen, die die Wiederaufnahme fordern, angenommen werden.“

Interessant ist in dem Bericht aus Zeitz noch die folgende Stelle:

„Urbahns behandelt dann die Lage in der KPSU. Hier betonte er, daß auch, wenn die russische Opposition kapituliert, die deutsche Opposition ihre Arbeit fortsetzen und sich in der Arbeit nicht behindern lassen wird.“

Die Nr. 23 der „F. d. K.“ beschäftigt sich nun eingehend mit dem Ergebnis der Plenarsitzung des ZK der KPSU. Maslow erklärt da:

„Die politische Übereinstimmung unserer Anschauungen mit denen der russischen Opposition gehen eindeutig hervor aus den von uns veröffentlichten Dokumenten der russischen Opposition einerseits, unserer eigenen, seit Jahren bekannten Stellung und der Haltung unseres Organs andererseits.“

Unter den üblichen Verleumdungen und Schmähungen des „opportunistischen und kulakisierten Stalinschen ZK“ wird die „schmähliche Niederlage Stalins“ auf dem Plenum gepriesen und der „Vormarsch und Sieg der Opposition“ gefeiert. Dieser „Sieg“ der Opposition wird als Hauptbegründung der „Wiederherstellung der Einheit“ angeführt; denn erstens „ist unsere deutsche Opposition nichts anderes als die russische, und wenn die KPSU die russischen Oppositionellen im ZK duldet, muß man uns deutsche Oppositionelle mindestens in der Partei dulden“; zweitens zeige die „Niederlage Stalins“, daß die „Grundmassen“ der kommunistischen Bewegung sich immer mehr von der Richtigkeit der Politik der Opposition überzeugen und die Nichtwiederaufnahme der Maslows die gesamte kommunistische Bewegung auseinanderprengen würde.

Der „orthodoxe“ Maslow spricht am konsequentesten von allen „Oppositionellen“ aus, was ist. Unter dem Titel „Die politische Hauptfrage“ sagt er:

„Worum es sich in Wirklichkeit handelt, das ist der Kampf um zwei Linien der Politik im russischen Maßstabe, wie international. Um zwei Linien, die unvereinbar und unversöhnlich sind, welche organisatorischen Kompromisse auch zeitweilig erzielt werden mögen.“

Was soll aber bei einer solchen Lage der Dinge die „Wiedervereinigung“ der „gespaltenen KPD“?

In demselben Aufsatz sagt Maslow:

„Was die Stalinsche Linie im internationalen Maßstab bedeutet, das ist: Liquidation der Komintern und Spaltung der Sektionen, wo Widerstand gegen diesen Liquidatorenkurs entsteht.“

Ueber die Forderungen und Bedingungen, die er für die „Wiedervereinigung“ aufstellt, sagt Maslow:

„Wir sind bereit, unsere Gruppe in die KPD zurückzuführen, vorausgesetzt, daß alle unsere Parteirechte wiederhergestellt werden, vorausgesetzt, daß wir die Garantie (organisatorischer Natur) erhalten, in den Reihen der Parteien und der Komintern unsere politischen Anschauungen in Wort und Schrift zu vertreten.“

Maslow fordert also nichts Geringeres als eine Art Nebenregierung, ein zweites Zentrum der Komintern unter seiner Leitung, unter offiziell anerkannten „organisatorischen Garantien“.

Damit bekommen wir das ganze Bild des Maslowschen, überhaupt des oppositionellen Kriegsplanes gegen die Komintern: „Die in einem rückständigen Bauerlande zustandegekommene russische Leitung ist außerstande, der westeuropäischen Arbeiterbewegung die richtigen Wege zu weisen“. (Sinowjew.) So oder ähnlich sagten es auch Levi und Friesland. „Wesentlich ist, daß die Führer der Linken versucht haben, einen neuen, vervollkommenen westeuropäischen Leninismus ausfindig zu machen.“ Maslow fordert jetzt „Garantien organisatorischer Natur“, „um in Wort und Schrift innerhalb der Reihen der Parteien und der Komintern“ diesen „westeuropäischen Leninismus“, der dem „russischen Leninismus“ „unvereinbar und unversöhnlich gegenübersteht“, praktizieren zu können.

Maslow bespricht in der „Fahne des Kommunismus“ des langen und breiten die Vorteile und Nachteile des Beschlusses des Plenums des ZK der KPSU. Als Vorteil für die „Stalinsche Kulakendiktatur“ verzeichnet er:

„Der erste mögliche Vorteil ist der, daß sie sich als die „Friedfertigen und Langmütigen“ aufspielen werden, was bei den politisch rückständigen Parteischichten im In- und Auslande einen gewissen Erfolg hat.“

Als solche „rückständigen Parteischichten“ werden Genossin Krupskaja und Genosse Sokolnikow genannt.

Aber diesem Nachteil für die Opposition steht der Vorteil gegenüber, daß die gleichen Friedens- und Versöhnungsstimmungen infolge des Beschlusses des Plenums auch in den kommunistischen Parteien Platz greifen; Maslow sieht mit Recht, daß in diesem Bestreben, Versöhnungsstimmung im feindlichen Lager zu erzeugen, um es zu zersetzen, der im Vorteil ist, der am

aktivsten und rührigsten in den Massen arbeitet. Maslow schreibt aus diesem Grunde:

„Die russische Opposition muß daher jetzt sehr aktiv sein. Wenn sie sich nicht rührt, d. h. wenn sie den durch Stalins Niederlage erzwungenen Waffenstillstand nicht ausnützt zur Verstärkung ihrer eigenen Position, so würde sich ihr taktischer Sieg auf dem Plenum noch nachträglich in eine Niederlage verwandeln. Sie wird sich daher rühren müssen. Welches werden die unmittelbaren Wirkungen des Kompromisses sein? Das hängt ab von der Fähigkeit der russischen Opposition wie der deutschen Opposition, den Sieg auszunützen.“

Weiter heißt es:

„Der 16. Oktober 1926 hat verheerend gewirkt auf die Bildung internationaler oppositioneller Gruppen. Daß diese Bildung notwendig ist, wird kein Kommunist angesichts der Spaltungspolitik des jetzigen EKKI bestreiten. Das jetzige Kompromiß wird wiederum den Prozeß der Bildung kommunistischer oppositioneller Gruppen in den europäischen Parteien ungünstig beeinflussen, wo der taktische Sieg nicht ausgenützt wird, und das wird gerade dort sein, wo erst schwache Ansätze vorhanden sind. Aber ist denn überhaupt die Bildung solcher Oppositionsgruppen noch notwendig nach dem Siege der russischen Opposition auf dem Plenum? Wird so die Gefahr der Spaltung der Komintern nicht vergrößert? — so werden pazifistisch gestimmte Genossen fragen. Die Fragestellung ist ganz falsch.“

Auch die möglichen Konsequenzen einer Spaltung der KPSU sieht Maslow voraus. Er schreibt:

„Der Ausschluß Sinowjews und Trotzki aus dem ZK würde der erste offene Schritt sein zur Spaltung der russischen Partei (und natürlich auch der Komintern), und zwar zur Spaltung nach Klassenunterschieden: Sinowjew und Trotzki würden weder als „Disziplinbrecher“ noch als „Menschewiki“ ausgeschlossen werden, sondern als die Bremser und Verhinderer beim Abrutschen von der proletarischen Linie, d. h. als die Wortführer und Vertreter der Klasseninteressen des Proletariats, gleichgültig wie viele Proletarier ihnen momentan folgen würden. . . .

Die Konsequenzen des Ausschlusses würden sein: eine ungeheure Verschiebung der Stalinschen Partei nach rechts und Entstehung einer neuen Klassenpartei des Proletariats, gleichgültig, ob groß oder klein, legal oder illegal in Rußland. Dazu aber eine tödliche Bedrohung der Sowjetunion und der proletarischen Diktatur, die trotz aller Degenerationserscheinungen und trotz aller im Auslande wachsenden, ihr feindlichen Kräfte, doch besteht.“

Am Schluß dieses Artikels spricht die „Fahne des Kommunismus“ schon nicht mehr von der Forderung einer Wiederaufnahme der Maslow-Gruppe in die KPD, sondern sie stellt die Forderung auf Wiedervereinigung.

Die Nr. 25 der „F. d. K.“ beschäftigt sich nochmals mit dieser Frage. Hier wird schon mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß der Wiederaufnahmeantrag nichts anderes als ein Manöver zur Gewinnung von KPD-Mitgliedern für die Maslow-Gruppe ist. Es heißt in dem Artikel:

„So wenden wir uns unmittelbar an die Mitglieder der KPD. Wollt ihr, daß dieser unerträgliche Zustand weitergeht zum Schaden des Proletariats? Habt ihr noch nicht genug von diesen „Führern“, die euch versprochen haben, die Partei zu normalisieren und die Massen der Arbeiterklasse zu erobern? Habt ihr noch nicht genug von diesem Kurs, der von Niederlage zu Niederlage geführt hat?“

„Wir haben den Antrag gestellt, damit innerhalb der Partei die Differenzen ausgetragen werden, die heute . . . außerhalb der Partei ausgetragen werden.“ „Wir werden uns auf diese Linie (nämlich der Komintern) nie einlassen, also doch zwei Linien? Ja, und zwei unvereinbare . . . Wir haben doch in unserem Antrag laut und offen betont, daß wir von unseren Anschauungen, von unserer Linie nichts aufzugeben gewillt sind.“



**Ganz anders spricht Maslow in seinem Antrage an das EKKI um Wiederaufnahme. Die Hauptpartien dieses Antrages lauten:**

„Der Ausgang des letzten Plenums des ZK und der ZKK der KPSU, auf welchem der Ausschluß der Genossen Sinowjew und Trotzki aus dem ZK der WKP verhindert wurde — welcher Ausschluß zweifellos die inneren Kämpfe in der gesamten KI noch gesteigert hätte — spiegelt das Bestreben der Grundmassen der WKP und der KI zur Wiederherstellung der Einheit der kommunistischen Reihen wider.

Wenn wir diesen Ausgang als einen gewissen Schritt zum Frieden auffassen sollen, könnten wir ihn begrüßen: wir sind der Ansicht, daß die einzig richtige Antwort auf die heutige Situation, die durch die verstärkte Offensive gegen das Proletariat und das reale Heranrücken der Kriegsgefahr charakterisiert ist, der größtmögliche Zusammenschluß der kommunistischen Reihen sein müßte, die Schaffung einer größtmöglichen Einheit auf leninistischer Grundlage.

Wir betrachten selbstverständlich unseren Ausschluß als einen verhängnisvollen Fehler, der die Zersplitterung der kommunistischen Reihen herbeigeführt hat, und wir erklären daher wieder, wie bereits mehrere Male: Wir sind bereit, alles in unseren Kräften Stehende zu tun in der Richtung der Wiederherstellung der Einheit der kommunistischen Reihen.

Wir erklären daher nochmals:

1. Wir werden unbedingt und vorbehaltlos das erste Land der proletarischen Diktatur, die USSR verteidigen, unabhängig davon, ob auch im Moment der unmittelbaren Gefahr die jetzige Leitung der KPSU und der KI existieren.
2. Wir sind gegen die Spaltung der KPD und der KI und wir haben unseren Kampf stets geführt als Kampf gegen die Spaltung und für die Einheit der kommunistischen Bewegung, als Kampf um die Kommunistische Partei.
3. In den Hauptfragen der internationalen revolutionären Bewegung sind wir, wie allgemein bekannt, solidarisch mit der russischen Opposition. Diese aber ist nicht nur nicht aus der Partei und der KI ausgeschlossen, sondern ihre Vertreter bleiben nach wie vor Mitglieder des ZK der WKP, d. h. der maßgebenden Partei der KI.“

Im jetzigen, besonders schwierigen Moment, der mehr als je zuvor die Einheit in den Reihen der revolutionären Kommunisten fordert, der jedem Revolutionär eine besonders große Verantwortung auferlegt, wenden wir uns erneut an die Exekutive der Komintern mit unserem Vorschlage. Wir sind unsererseits bereit, bei den ersten wirklich entgegenkommenden, ehrlichen und unzweideutigen Schritten, die uns die Ueberzeugung geben würden, daß unser Streben nach kommunistischer Einheit und Geschlossenheit auf wirkliches Entgegenkommen stößt, für die Auflösung der Elemente der Fraktionen, für die Einstellung unseres Organs, wenn es politisch entbehrlich geworden ist, für den Verzicht auf selbständige politische Schritte einzutreten.“

Diese weicheren Töne zeigen, zu welchen demagogischen, heuchlerischen Mitteln die Opposition ihre Zuflucht nimmt.

Es kann auch nicht bestritten werden, daß diese Manöver eine gewisse Wirkung ausübten.

Die Bewegung der „Orthodoxen“ ist ja nicht nur eine deutsche Pflanze. So wie sich in der Sowjetunion unter dem harten Druck der Arbeiterdiktatur alle kleinbürgerlichen und bourgeois Elemente und Ueberreste, alle Unzufriedenen und Mißvergnügten um die Opposition in der KPSU sammeln, weil sie in dieser den einzigen Ausdruck ihres eigenen Widerstandes und ihres Gegensatzes zur proletarischen Herrschaft sehen, ebenso sammeln sich in den kapitalistischen Ländern alle Außenseiter und zur Komintern und den kommunistischen Parteien offen feindlichen Gruppen um die russische Opposition. In Deutschland die sogenannten „Orthodoxen“, die im „linken“ Gewande erscheinen, in Frankreich die extremen Rechten Souvarine und Monate, in Holland die Anarchosyndikalisten der NAS usw. Alle Gruppen, die schon seit Jahr und Tag mit der Komintern gebrochen haben und die

unversöhnlichsten Feinde des Kommunismus sind, entdecken nach der Reihe, daß sie nie etwas anderes gewollt und gesagt haben als das, was die russische Opposition heute auch sagt. Dabei versteht es jede Gruppe, sich aus der bunten Kollektion der russischen Opposition das auszuwählen, was im eigenen Lande und im eigenen Lager noch nicht anrühlich ist. Für die deutschen „Orthodoxen“ ist Sinowjew der besonders Auserwählte. Trotzki darf noch so nebenbei neben Sinowjew erscheinen, denn Maslows „Kampf gegen den Trotzkiismus“ ist eingestellt. Dagegen vermeiden es die „Orthodoxen“ auf das peinlichste, Radek auch nur zu erwähnen, denn Radek war für Maslow und die Seinen der Ausbund des Opportunismus und sein Einfluß galt als die „Versumpfung der Komintern“. Bei Souvarine und Monatte hinwiederum sind Trotzki und Radek in den hohen Ehren des „reinen Leninismus“ und Sinowjew ist das illegitime Kind, an das man nicht gern erinnert. So hat ein jeder das, was er braucht.

Diese internationale Verbindung funktioniert auch ganz gut. Zur selben Zeit, wo die russische Opposition auf dem letzten Plenum des ZK und der ZKK der KPSU ihre Erklärung abgab, erschien in Berlin ein 180 Seiten starkes Buch, dessen Titel lautet:

**Der Kampf  
um die  
Kommunistische Internationale  
Dokumenteder russischen Opposition  
Nicht veröffentlicht vom Stalinschen ZK  
Veröffentlicht vom  
Verlag „Fahne des Kommunismus“**

Von den Genossen Trotzki und Sinowjew werden in dem Maslowschen Buche „Wider das Stalinsche ZK“ die folgenden „Dokumente“ veröffentlicht: von Seite 14—66 „Aus den Thesen des Genossen Sinowjew über die chinesische Revolution“; Seite 67—109 „Die chinesische Revolution und die Thesen des Genossen Stalin“ von L. Trotzki; auf Seite 110—125 „Der Kampf um den Frieden und das Anglo-Russische Komitee“ von L. Trotzki; auf Seite 126—133 „Zweite Rede zur chinesischen Frage“ von L. Trotzki; auf Seite 134—137 „Erklärung der Genossen Trotzki und Wujowitsch; auf Seite 138—142 „Zusatzanträge über die Lage in England“; 143—146 „Ist es nicht Zeit zum begreifen?“; Seite 147—148 „Hankau und Moskau“ von L. Trotzki; 149—164 „Erklärung der 500“; von 165—170 „Der sichere Weg“ von L. Trotzki.

Am charakteristischen für die Methoden der Opposition ist von diesen „Dokumenten“ eins, das die Ueberschrift trägt:

„Erklärung der Genossen Trotzki und Wujowitsch (abgegeben auf dem Plenum der Exekutive als Antwort auf die noch nicht geschriebene Schimpfresolution gegen die Opposition).“

So eilig hat es also die Opposition mit ihren Angriffen gegen die Komintern, daß sie sogar schon eine „Antwort“ auf eine Resolution gibt, die noch gar nicht existiert! In dieser „Erklärung“ heißt es über die Politik der Komintern:

„Als Ergebnis einer Reihe von Niederlagen — bei unrichtiger, im Schwanze der Bourgeoisie kriechender Leitung — ist die rechte Abweichung

gewachsen und stärker geworden. Wenn diese Linie sich halten wird, so werden innerhalb der Komintern unvermeidlich Strömungen entstehen, daß man eine Brücke hinüberschlagen soll zur II. Internationale . . . .“

„In Wirklichkeit hat die bisherige Linie der derzeitigen Führung der Komintern einen völligen und für das internationale Proletariat überaus folgenschweren Bankrott erlitten.“

**Und endlich lesen wir in Fettdruck die Losung:**

„Fort mit der jetzigen Führung der Komintern!“

Das ist die Sprache, die die russische Opposition in ihrem Buche, das im kapitalistischen Auslande herausgegeben wurde, gegen das ZK der KPSU und die Exekutive der Kommunistischen Internationale führt.

Die Zeitungen der II. Internationale sind mit Zitaten und Auszügen aus dem Buche der Opposition gefüllt, alle Pamphlete der Opposition werden mit Wohlbehagen abgedruckt und mit wüsten Schimpfereien auf die kommunistische Bewegung kommentiert. Die II. Internationale lebt heute in ihrer Agitation gegen die USSR und die Komintern von dem von der Opposition gelieferten Material. Damit sind die „Brücken“, die hinübergeschlagen werden zur II. Internationale“, durch die Opposition hergestellt worden.

Auch die Konkurrenzgruppe der „Orthodoxen Marxisten-Leninisten“, die Korsch-Gruppe, verkündet jetzt in ihrem Organ die Losungen gegen die Kriegsgefahr:

Diese sind:

„Gegen den weißen und gegen den roten Imperialismus!“

„Im kommenden imperialistischen Kriege müssen wir gleichermaßen gegen den englischen wie gegen den russischen Imperialismus kämpfen.“

Diese Korsch-Gruppe steht mit der Maslow-Fischer- und Urbahns-Gruppe in Verbindung.

Bei den Verhandlungen mit der Maslow-Gruppe vor der Komintern haben die Ruth Fischer, Scholem und Urbahns auf die Frage nach ihrem Verhältnis zur Korsch-Gruppe und auf die Vorhaltung, daß sie mit Korsch gemeinsame Sitzungen und Besprechungen abgehalten, ganz freimütig erklärt:

„Selbstverständlich ist nicht Korsch unser Hauptfeind gewesen. Der Hauptfeind ist die Zentrale.“

Welcher Unterschied besteht noch zwischen den Losungen Korsch und der Stellung der II. Internationale in der Frage des Krieges gegen die Sowjetunion? Wir sehen auch hier ganz deutlich die letzte Brücke, die ins feindliche Lager führt: die organisatorische und ideologische Verbindung der russischen Opposition mit der Gruppe Maslow, Urbahns, die organisatorische und ideologische Verbindung der Gruppe Maslow mit der Gruppe Korsch und endlich die ideologische Uebereinstimmung der Gruppe Korsch mit der II. Internationale.

ANGERT:  
 ÜBER DIE ULTRALINKEN KONTER-  
 REVOLUTIONÄRE

Die Gruppe der deutschen Ultralinken mit Maslow und Ruth Fischer an der Spitze pocht hartnäckig an die Tür der Komintern, durch die sie vor gar nicht langer Zeit hinausbefördert wurde. Welche Gründe führt diese Gruppe für ihre Wiederaufnahme in die Komintern an? Diese sind überaus eigenartig. Am prägnantesten kennzeichnet sie beispielsweise folgende Erklärung dieser Gruppe, die in ihrem gelben Blättchen „Die Fahne des Kommunismus“ gemacht wurde. Indem sie von „zwei Linien“ sprechen und darunter einerseits die Linie der Komintern, andererseits ihre eigene Linie verstehen, die sie als mit der Linie der russischen Opposition identisch erklären, schreiben die Redakteure dieses Blättchens:

„Es handelt sich um den Kampf zweier Linien der Politik im russischen Maßstab wie international. Um zwei Linien, die unvereinbar und unversöhnlich sind, welche Kompromisse auch zeitweilig erzielt werden mögen.“

(„Fahne des Kommunismus“ Nr. 23)

Die Pose, in die sich hierbei das Häuflein der aus den Reihen der revolutionären Arbeiterbewegung hinausgejagten Gaukler wirft, erinnert sehr an die bekannte Fabel, in der der kleine Kläffer den Elefanten anbellt. Sie vergleichen sich mit der Komintern! Als wenn diese beiden politischen Linien in der internationalen Arbeiterbewegung nebeneinandergestellt werden könnten! Nichts — als Stoff für eine Karrikatur kann diese ihre Pose abgeben.

Ihre Frechheit und Gemeinheit übersteigt indeß alle Grenzen. Diese Leute nennen sich Beschützer der „Vermächtnisse des Leninismus“. Hat etwa zu den Organisationsprinzipien des Leninismus jemals die Vereinigung unvereinbarer und unversöhnlicher Linien in einer Parteiorganisation gehört? Weiß etwa nicht heutzutage jeder einfache Arbeiter, daß das Prinzip des Aufbaues einer Partei nach der „Lappen-Methode“ ein typisch reformistisches, sozialdemokratisches Prinzip ist? In Rußland wird ein solches Prinzip von Trotzki verteidigt, seit der Zeit, wo er als Menschewik gegen Lenin gekämpft hat. Solch ein „Statut“ paßt deshalb für ein „sozialdemokratisches Kloster“, weil seine Insassen schon längst die Idee der Diktatur des Proletariats verlassen haben, vergessen haben, was der revolutionäre Kampf der Massen bedeutet und sich als einziges Ziel die Zersetzung der Arbeiterbewegung und die Auslieferung der Arbeiterorganisationen an die Gnade der Bourgeoisie stellen. Eine Organisation, die das Proletariat in seinem Kampfe um die Diktatur leitet, kann jedoch nur auf dem Fundament einer proletarischen Linie, deren Name — Leninismus ist, aufgebaut werden.

Die ultralinken Renegaten haben darin unbedingt recht, daß ihre „Linie“ mit der Linie der Komintern unversöhnlich und unvereinbar ist. Und eben deshalb werden sie eine Wiederaufnahme in die Komintern, wo sie

während einer Reihe von Jahren bewiesen haben, daß sie zum revolutionären Kampfe nicht fähig sind und sich nur für eine opportunistische Zersetzung der proletarischen Reihen eignen, nicht erleben.

Die Gruppe Maslow-Urbahns würde an sich zur Zeit in keiner Beziehung unsere Aufmerksamkeit verdienen, wenn sich gegenwärtig nicht neue Vormünder und Beschützer dieser Gruppe aus der russischen Opposition angekündigt hätten. Zur Zahl dieser Vormünder gehört der ehemalige Menschewik, von der Komintern wegen sozialdemokratischer Abweichungen wiederholt verurteilte Genosse Trotzki sowie der Genosse Sinowjew, der vor gar nicht langer Zeit noch gegen Trotzki und außerdem nicht minder leidenschaftlich auch gegen die ultralinke Gruppe Maslow-Fischer in einer Zeit angekämpft hat, als er den Vorsitz in der Komintern innehatte. Unter Vorsitz des Genossen Sinowjew fand beispielsweise das 6. Plenum des EKKI statt, das die Resolution annahm, in der die Ideologie Maslows als Ausdruck einer „defaitistischen Stimmung der ruinierten Kleinbourgeoisie“ bezeichnet wurde. In derselben Resolution wird Ruth Fischer „der Unterschätzung der deutschen Arbeiterbewegung, der antibolschewistischen Analyse der russischen Revolution und der internationalen Politik, der Förderung der zersetzenden Legende über eine angebliche Rechtsschwenkung, d. h. über eine opportunistische Entartung der KPSU und der KI“ beschuldigt.

Jetzt haben die ehemaligen „Feinde“ die früheren Beleidigungen und Verfehlungen einander rührend verziehen und haben sich zum gemeinsamen Kampfe gegen die KPSU und die KI zusammengeschlossen. Die russische Opposition sieht die von Lenin gegründete „Prawda“ nicht mehr als das Zentralorgan des Bolschewismus an und hat es gegen das hindenburgische Verleumdungsfreiheit genießende Blättchen eingetauscht, veröffentlicht in ihm und unter seiner Firma ihre parteifeindlichen Dokumente und fordert hierbei die Wiederaufnahme solcher „alten Bolschewiken-Leninisten“ (!) wie Maslow, Fischer u. a. in die Komintern.

Was stellt denn nun die Gruppe Urbahns-Maslow in ideologisch-politischer und sozialer Beziehung in Wirklichkeit vor? Bei der Beantwortung dieser Frage wäre es vor allem falsch, wollte man diese Gruppe außerhalb ihrer organisatorischen und ideologischen Verbindung mit einer ganzen Reihe anderer offenkundig konterrevolutionärer, für die Arbeiterbewegung abgefaner ultralinker Gruppen, wie die Gruppe Korsch, die Gruppe Katz, die Gruppe mit dem hochtrabenden Namen „Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschlands“ (die im Jahre 1921 aus den Reihen der Komintern ausgeschieden ist) betrachten. Diese Gruppen in ihrer Gesamtheit bilden sowohl historisch, politisch, wie sozial eine konterrevolutionäre „ultralinke Strömung“. Und wiederum waren es die gleichen Resolutionen der Komintern, die unter Anteilnahme des Genossen Sinowjew angenommen wurden, die mehr als einmal davon sprachen, indem sie eindeutig die Maslow-Fischer der ideologischen und organisatorischen Verbindung mit der Gruppe Korsch und anderen beschuldigten. Das Bestehen einer solchen Verbindung zu leugnen, vermag nur, wer die deutsche Wirklichkeit ganz und gar nicht kennt.

Es ist allgemein bekannt, daß im deutschen Reichstage Ruth Fischer, Scholem und Urbahns faktisch eine gemeinsame Fraktion mit Katz und

Korsch bilden. Hierbei muß bemerkt werden, daß für die Ultralinken, die kein Amt in irgendwelchen anderen legalen Massenorganisationen (Gewerkschaften usw.) haben, das Parlament eine außerordentlich große Rolle spielt. Politisch spielt die Parlamentsfraktion der Ultralinken, die zu den Organisationsprinzipien der Sozialdemokratie zurückgekehrt sind, für sie, ebenso wie es bei der Sozialdemokratie der Fall ist, die Rolle einer Art von Zentralkomitee. Sie wiegt jedenfalls auf der politischen Arena mehr, als die Gruppen zusammengenommen an sich wiegen. Ein Auftreten Ruth Fischers auf der Parlamentsbühne gegen Sowjetrußland „macht eben Sensation“. Und es ist im höchsten Grade bezeichnend, daß alle ultralinken Gruppen gerade in diesem ihrem größten politischen Unternehmen, in der Parlamentsfraktion, faktisch zu einem Ganzen zusammengeflossen sind.

Die ultralinke Bewegung hat ihre geistigen Quellen noch in jenen „linkskommunistischen“ Elementen, gegen die innerhalb der Komintern Genosse Lenin ankämpfte, und die er in folgender Weise charakterisierte:

„Im Auslande ist es allzu ungenügend bekannt, daß der Bolschewismus aufgewachsen ist, sich entwickelt hat und gestählt worden ist in langjährigem Kampfe gegen kleinbürgerlich-revolutionäre Stimmungen (gesperrt von Lenin; weitere Sperrungen von uns. D. Red.), die dem Anarchismus ähnlich sind oder manches von ihm entlehnt haben, die in allem wesentlich von den Bedingungen und Anforderungen des konsequenten proletarischen Klassenkampfes abweichen. Theoretisch steht es für die Marxisten fest — und ist durch die Erfahrung aller europäischen Revolutionen und revolutionären Bewegungen durchaus bestätigt —, daß der kleine Besitzer (ein sozialer Typus, der in vielen europäischen Ländern eine breite Massenvertretung hat), der unter dem Kapitalismus beständig unterdrückt wird und sehr häufig einer unglaublich einschneidenden und schnellen Verschlechterung der Lebenshaltung und dem Ruin unterworfen ist, leicht zu äußerst revolutionärer Stimmung übergeht, aber nicht fähig ist, Konsequenz, Organisiertheit, Disziplin, Festigkeit zu beweisen. Der infolge der Schrecken des Kapitalismus „wild gewordene“ Kleinbürger — das ist eine soziale Erscheinung, die wie der Anarchismus allen kapitalistischen Ländern eigen ist. Die Unbeständigkeit einer solchen revolutionären Stimmung, ihre Fruchtlosigkeit, ihre Eigenschaft, schnell in Ergebenheit und Laskenhaftigkeit, Apathie, Phantasterei überzugehen, oder sich bis zur „Tollheit“ von dieser oder jener bürgerlichen „Mode“-Strömung fortreißen zu lassen — alles das ist allgemein bekannt. Aber die theoretische abstrakte Anerkennung dieser Wahrheiten befreit die revolutionären Parteien durchaus nicht von all den Fehlern, die immer aus unerwartetem Anlaß in noch nicht dagewesener Hülle oder Umgebung unter originellen mehr oder weniger originellen Umständen auftreten.

(Lenin: „Kinderkrankheiten des „Radikalismus“ im Kommunismus“, Verlag Viva, Berlin, S. 41—42.)

Dies wurde von Lenin im Jahre 1920 geschrieben, als der Donner der europäischen Revolutionen noch nicht verhallt war. Damals war der Kommunismus im gewissen Sinne eine Modeströmung, und die von Lenin erwähnten wildgewordenen kleinbürgerlichen Elemente strömten ebenfalls der Komintern zu, indem sie sich dem Proletariat unter der Flagge „extremsten Revolutionarismus“ anschlossen. Seit jener Zeit ist der europäische Kapitalismus in die Aera einer gewissen Stabilisierung eingetreten. „Modern“ ist aufs neue die opportunistische Sozialdemokratie geworden, und der Radikalismus der kleinbürgerlichen „Revolutionäre“ begann sich unentwegt in einen gewöhnlichen Sozialdemokratismus zu verwandeln. Das beste Bei-

spiel hierfür zeigen Professor Korsch und Katz, die schon einige Monate nach ihrem Hinauswurf aus der Komintern in einer Front mit der deutschen Sozialdemokratie gegen die deutsche Kommunistische Partei standen. Professor Korsch trat beispielsweise im Parlament mit der Forderung auf, die deutsche Regierung solle mit der Sowjetunion keinen Vertrag schließen; Katz schrie von einem „roten Imperialismus“ der Bolschewiki usw.

Mit welcher Virtuosität den ultralinken Renegaten ihr Hinüberwechseln „von links nach rechts“ gelang, zeigt das Beispiel ihres Verhältnisses zum Parlament. Mit der prinzipiellen Ablehnung des Parlamentarismus beginnen, dann als Kandidat der Kommunistischen Partei in den Reichstag gelangen, und dann mit dem Diebstahl der Parlamentssitze dieser Kommunistischen Partei endigen —, das ist wahrlich eine imponierende politische Karriere!

Für die Opposition Katz' ist im höchsten Grade sein Verhältnis zur Sowjetunion charakteristisch, die in folgenden Zeilen seines „Mitteilungsblatts“ (Nr. 28) zum Ausdruck kommt:

„Von dem Augenblicke an, wo in Rußland eine neue ökonomische Basis geschaffen wurde, von dem Augenblicke an, wo die am Ruder befindliche Partei den Kapitalismus einführt, um das Monopol der Gewalt in Händen zu behalten, muß sich das russische Proletariat gegenüber dieser Gewalt ebenso verhalten, wie gegenüber einem beliebigen kapitalistischen Staate...“

„Praktisch sind die Bolschewiki — die Verwalter — das ausführende Organ der besitzenden Klasse, die dank dem auf unblutige Weise eingeführten Kapitalismus zur Macht gelangte.“

Dieser Renegatenstandpunkt unterscheidet sich nicht um ein Jota vom Standpunkt der eingefleischten rechten Sozialdemokraten. Im Grunde genommen unterscheidet sich von ihnen auch nicht der Standpunkt der „Fahne des Kommunismus“, wo der Herr Maslow beispielsweise folgendes schreibt:

„Die gesamte russische Politik der jetzigen „Führung“ der KPSU züchtet die Gegenrevolution heran. Die Gegenrevolution wird legal herangezüchtet.“  
(„Fahne des Kommunismus“ Nr. 14)

„Bessere Helfershelfer ... als das jetzige Politbüro der KPSU könnte sich Chamberlain wirklich nicht wünschen ... Sie wollen die Komintern liquidieren, schließen, zumachen, auslöschen ... Wir zweifeln nicht daran, daß in kurzer Zeit sie auf ihrem konterrevolutionären Wege soweit kommen werden, daß sie auch ... reine Thermidorakte erwägen werden.“  
(„Fahne des Kommunismus“ Nr. 13)

Jeder unparteiische Beobachter wird bei einem Vergleich der Aussprüche von Katz und Maslow sagen, daß man es mit dem Standpunkt ein und derselben konterrevolutionären Strömung, mit dem gleichen sowjetfeindlichen Standpunkt zu tun hat, innerhalb dessen zwei Nuancen sich voneinander ganz unbedeutend „unterscheiden“. In der Politik sind solche Unterschiede völlig bedeutungslos. Es ist deshalb auch nicht verwunderlich, daß die internationale Bourgeoisie die Tätigkeit der einen, wie der anderen unterstützt, um sie für ihre Kampagne zur Vorbereitung eines neuen Krieges gegen die Sowjetunion auszunutzen. Im gewissen Sinne leistet ihr gerade die Gruppe Maslow einen größeren Dienst, insofern sie denselben politischen Gedanken in „aalglatte“ und „wohlfrisierte“ Formulierungen kleidet. Der bestimmtere konterrevolutionäre Inhalt der Formu-

lierungen Körschs macht sie vom Standpunkt der bürgerlichen Konterrevolution weniger wertvoll, denn diese Formulierungen wiederholen einfach buchstäblich den in sehr weiten Arbeiterschichten bereits diskreditierten opportunistischen rechten sozialdemokratischen Standpunkt. Die linkssozialdemokratische „Variation“ der Maslow-Fischer gibt der Bourgeoisie die Hoffnung, an dieser neuen Angel alle Arbeiter einfangen zu können, die sich mit dem verrosteten sozialdemokratischen Haken nicht mehr fangen lassen.

Diese Hoffnung ist aber vergeblich. Ein organischer Fehler des „linken Kommunismus“ von Anbeginn seiner Entstehung war das Unvermögen, die Massen um seine Losungen und Organisationen zu mobilisieren.

Die Geschichte aller gegenwärtigen ultralinken Gruppen hat dies glänzend bewiesen: sie waren und blieben winzige Grüppchen, die in der Hauptsache aus verkrachten Intellektuellen bestanden, die sich nicht einmal dauernd miteinander zusammenschließen vermochten und einander ewig anstänkern. Vor irgendeinem Einfluß dieser Gruppen auf die Arbeitermasse in Deutschland kann keine Rede sein, selbst ihre öffentlichen Versammlungen und Demonstrationen werden jedesmal nur von einem einige Dutzend, im besten Falle einige Hundert zählenden buntscheckigen Publikum besucht, in dem Intellektuelle und verschiedene deklassierte Elemente, Angestellte usw., einen beträchtlichen Teil bilden. Was die einzelnen wenigen Arbeiter betrifft, die mit den Ultralinken noch nicht gebrochen haben, so besteht keinerlei Zweifel, daß alle ehrlichen Elemente unter ihnen von der Komintern gewonnen werden, die die von den Arbeitermassen anerkannte führende revolutionäre Macht der Arbeiterbewegung darstellt.

Die Bourgeoisie gewährleistet den ultralinken Gruppen ihre Legalität, der deutschen Polizei ist das Blättchen sehr angenehm, weil in ihm systematisch die Namen der illegalen Arbeiter der Komintern preisgegeben werden, weil in diesem Blättchen verschiedene „pikante“ Mitteilungen über die Sowjetregierung und die Kommunistische Partei der Sowjetunion veröffentlicht werden, die unter anderen Verhältnissen nur durch eine spezielle Spionageorganisation der Bourgeoisie beschafft werden könnten. All das beweist in der glänzendsten Weise den „revolutionären“ Charakter der Gruppe Urbahns-Fischer.

Im gegenwärtigen Zeitabschnitt der internationalen Entwicklung, wo im Brennpunkt des Klassenkampfes zwischen Bourgeoisie und Proletariat die Frage der Sowjetunion steht, wo die Hauptaufgabe der von den englischen Diehards angeführten internationalen Bourgeoisie in der Vorbereitung einer neuen Intervention gegen die Sowjetunion besteht, da ist der Prüfstein für revolutionäre oder konterrevolutionäre Gesinnung irgendeiner Gruppe naturgemäß gerade die Frage des Verhältnisses zur Sowjetunion. Die Hauptlosung der Komintern im gegenwärtigen Kampfabschnitt ist die **V e r t e i d i g u n g d e r r u s s i s c h e n R e v o l u t i o n**. Um unter dieser Losung die Arbeitermassen zu mobilisieren, besitzt die Komintern nur ein Hauptmittel: Die Kommunisten müssen allen Arbeitern beweisen, daß der Sowjetstaat der **e i n z i g e p r o l e t a r i s c h e**, wahrhaft klassenmäßige Arbeiterstaat ist, der **e i g e n e** Staat des gesamten internationalen Proletariats, dessen **s o z i a l i s t i s c h e s** Vaterland. Eine andere Methode des wirklichen Kampfes zum Schutze der USSR hat die Arbeiterklasse nicht und kann



sie auch nicht haben. Und deshalb ist der schlimmste Verrat am Sozialismus, die gemeinste Untreue der Ultralinken ihr sozialdemokratischer Standpunkt in der Frage des Charakters des Sowjetstaates. Jene Hetze, die sie tagtäglich gegen die Kommunistische Partei und den von dieser geleiteten Sowjetstaat gerade in dem für die Sowjetunion schwierigsten internationalen Moment betreiben, beleuchtet deutlich das politische Gesicht der Gruppe Urbahns-Fischer. Selbst wenn sie ihrem konterrevolutionärem Beginnen nichts weiter hinzufügte, so würde dies allein vollkommen ausreichen, damit die Komintern sie zu ihrem schlimmsten Klassenfeinde zählt.

Eine gemeine Heuchelei und Lüge sind jene rein formalen „Antworten“ und „Erklärungen“ der Herren Maslow darüber, daß sie angeblich bereit seien, die Sowjetunion zu verteidigen. Wer wird ihnen Glauben schenken? Wer von den Arbeitern wird ihnen folgen, wer ruft zur „Verteidigung“ . . . „einer thermidorianischen Macht“ auf? Es ist dies das Beispiel schlimmsten Jesuitentums und übelster Verlogenheit, wie es zur Zeit diese politischen Scharlatane brauchen, um aufs neue den Versuch zu machen, in die Komintern einzudringen, aus der sie hinausbefördert wurden, indem sie auf die mythische, in Wirklichkeit gar nicht bestehende „Kraft“ der russischen Opposition spekulieren, der Opposition, die in den letzten Jahren ihr gesamtes politisches Kapital innerhalb der KPSU restlos vergeudet hat.

Der winzigen Gruppe der bankerotten „ehemaligen Führer“ innerhalb der KPSU wird es nicht gelingen, die sich als deren Gesinnungsgenossen ausgebenden deutschen politischen Abenteurer, unter denen es Leute von so zweifelhafter Vergangenheit gibt wie Maslow, in die Komintern hineinzu-schmuggeln.

Für die kleinbürgerlichen, konterrevolutionären Kreaturen gibt es keinen Raum in den proletarischen Reihen der kommunistischen Internationale;

D. MANUILSKI:

## DIE SOZIALDEMOKRATISCHEN HENKER DES ÖSTERREICHISCHEN PROLETARIATS

Die Ereignisse in Wien vom 15. Juli werden als unauslöschlicher Schandfleck auf der österreichischen Sozialdemokratie haften bleiben. Ihr Verrat in diesen Tagen war ein neuer vierter August des Austromarxismus. Hier wurden die Interessen der aufständischen Klasse verraten, von den Händen einer der mächtigsten Parteien der II. Internationale, die revolutionäre Bewegung des österreichischen Proletariats niedergedrückt. Dank der Politik der Sozialdemokratie standen die Massen unbewaffnet auf den Straßen; sie blieben unbewaffnet, auch dann, als die Polizei, unter der sich auch Polizeimänner mit dem sozialdemokratischen Mitgliedsbuch in der Tasche befanden, ungestraft Arbeiter niedergeschossen hatte.

Der republikanische Schutzbund, der vornehmlich aus sozialdemokratischen Arbeitern besteht, wurde zum Schutze der Polizei verwendet. Diesen

blutigen Schandfleck wird Otto Bauer nie von sich abwaschen können. Die geriebenen Gauner der II. Internationale, die Renaudels und Boncour, die in Frankreich für das neue Militärgesetz stimmten, die internationalen Noskes und Scheidemanns, haben allen Grund, ein homerisches Gelächter über die frühere „Fronde“ des Austromarxismus anzustimmen. Das verstehen die Führer der österreichischen Sozialdemokratie und versuchen jetzt, sowohl in der österreichischen, als auch in der internationalen Presse, die Spuren zu verwischen, ihre Haltung vor den Arbeitern zu rechtfertigen. Das Haupt des Austromarxismus, Herr Otto Bauer, zieht vor, nach seinem Auftreten traurigen Angedenkens im österreichischen Parlament, zu der Zeit, als das Arbeiterblut vom Pflaster noch nicht weggewischt war, sich heute auszusprechen. Für ihn bemühen sich jetzt seine Helfershelfer, die nichts zu verlieren haben. Vor kurzem versuchte Julius Deutsch vor einer „gewählten Gesellschaft“, der sozialdemokratischen Leipziger Parteifunktionäre, die Verdienste der Sozialdemokraten nachzuweisen, weil sie die Massen vom revolutionären Kampf zurückgehalten haben. Ueber diesen Verrat berichtet der nicht ganz unbekannt Theoretiker Dr. Renner in den Spalten der „Sozialistischen Monatshefte“ mit dem größten Zynismus im Ton des Chronisten Nestor. Endlich zieht Kunfi im Zentralorgan „Der Kampf“ die Bilanz der Ereignisse vom 15. Juli und bemüht sich, für die sozialdemokratische Masse daraus manche Lehren zu entnehmen. Es ist schwer, alle diese Betrachtungen der sozialdemokratischen Säulen, die vom Geiste des trivialsten Philistertums durchdrungen sind, ohne ein tiefes Ekelgefühl zu lesen. Wie ersaufende Kätzchen stoßen sie auf allen Seiten mit den zerschlagenen Schnauzen an und versuchen, sich trocken aus dem Wasser herauszukrabbeln. Das subjektive Verantwortungsgefühl des sozialdemokratischen Stabes, seine durch die Arbeitermassen allgemein anerkannte Schuld, geht in einem Meere der Sophistik von den objektiven Schwierigkeiten unter, die das Proletariat angeblich hinderte, am 15. Juli weiter vorzugehen. Die kommunistische Presse aller Länder, vor allem aber unsere kleine, in den Julitagen heroisch kämpfende österreichische kommunistische Partei, muß das natürliche Gefühl des Widerwillens gegen die verächtliche Anstrengung der Teilnehmer an den Wiener Erschießungen überwinden, Schritt für Schritt das listige Auskneifen der Herren Kunfi, Deutsch und anderer entlarven. Den Verrätern auf den Fersen sein, sie verfolgen, ohne daß sie zu Atem kommen können; alles festhalten, was sich jetzt in den Massen gegen die österreichische Sozialdemokratie zusammenballt, — das ist die wichtigste Aufgabe der österreichischen Genossen.

Der Austromarxismus stellt seine Methoden der unblutigen Revolution, des Hineinwachsens über die Demokratie in den Sozialismus, des allmählichen Absterbens der kapitalistischen Ordnung, die durch die sozialistischen Brocken aus ihren Positionen herausgedrängt wird, den Methoden der bolschewistischen Revolution in der USSR entgegen. Das „rote Wien“ mit seinem sozialdemokratischen Bürgermeister Seitz, das Wien, das neue Arbeiterwohnungen, Pissoirs für sie baute, wurde von den Sozialdemokraten als lebendiges Symbol der Vorzüge des friedlichen Aufbaues des Sozialismus im Rahmen des kapitalistischen Staates, ohne Risiko eines Bürgerkrieges, der angeblich den Sieg der Reaktion nach sich zieht, gepriesen. Die schwache österreichische Bourgeoisie hat vorgezogen, indem sie die kapitalistische

Sanierung durchführte, sich vom österreichischen Proletariat loszukaufen. Das soziale Reformatertum war der Preis der Herren Seitz und Bauer, durch den sich die Bourgeoisie von der Revolution loskaufte. Aus diesem Grunde war das soziale Reformatertum nur ein Bestandteil der kapitalistischen Sanierung. Allein, die Toleranz der herrschenden Klassen in bezug auf das Bauersche Sozialreformatertum seiner vollständigen Klassenimpotenz und Unschädlichkeit wegen, setzt der Austromarxismus auf sein Konto. Er habe sozusagen die österreichische Bourgeoisie vor der Arbeiterklasse auf die Knie gezwungen und nötigte sie, ihren Interessen zu dienen. Dabei, wenn die wirkliche Revolution und die Arbeiterklasse qualitativ über ein Viertel jener Macht verfügen würde, die in Oesterreich Otto Bauers Partei zur Verfügung steht, hätten sie schon längst dem Faschismus der bürgerlichen Regierung der katholischen Kirche ein Ende gemacht und Wien zur wirklichen Arbeiterfestung erhoben. Aber wie geschah es trotzdem, daß der Austromarxismus, trotz seiner niederträchtigen opportunistischen Politik, in der II. Internationale den Ruf einer „linken Partei“ hatte? Die Erklärung dieser Erscheinung liegt in jenen spezifisch internationalen und inneren Verhältnissen, in die Oesterreich nach dem Kriege geriet. Die österreichische Sozialdemokratie konnte sich den Luxus gestatten, pazifistischer als andere Sektionen der II. Internationale zu sein. Aber dieser Pazifismus war die Folge davon, daß der österreichisch-ungarische Imperialismus im Kriege die Zähne verlor. Oesterreich konnte auf keinerlei aktive internationale Politik Anspruch erheben. Es war das Objekt der imperialistischen Politik und nicht das Subjekt. Es blieb ihm nur übrig, von der Angliederung an Deutschland zu träumen, und durch das Wiederaufleben des deutschen Imperialismus zu versuchen, sich auf die breite Straße der imperialistischen Politik zu begeben. Daraus folgt die Sympathie in Oesterreich für die Bildung von „Vereinigten Staaten“ in Osteuropa und in Europa im allgemeinen. Ferner, Herr Otto Bauer hat auf dem Marseiller Kongreß mit seiner Nachsicht den kolonialen Bewegungen gegenüber kokettiert, während die Sozialisten der Länder, die mit den Kolonien zu tun haben, ihrer Stimmung nach an die kolonialen Satrapen erinnerten. Aber Herr Otto Bauer hat in Marokko, in Tunis oder in China nichts zu verlieren. In dieser Hinsicht ist die Stufe dieser „Opposition“ nichts weiter als die „Freiheitsliebe“ des deutschen Spießers, der nicht ohne geheimes Vergnügen die Mißerfolge der englischen Politik verfolgt. Aber auch dieser leichte austromarxistische Oppositionismus erlitt bei der ersten ersten Probe einer wirklichen Revolution in den Kolonien eine Niederlage. So in bezug auf China; nach dem Verrat von Tschang Kai-schek hat sich der Austromarxismus nicht nur entschieden gegen die kommunistische Bewegung erklärt, sondern bezeichnete Tschang Kai-schek als den einzigen Menschen, der imstande sei, die objektiven Aufgaben der chinesischen Revolution zu lösen, die nach dem Begriff des Austromarxismus durch den Sieg der Bourgeoisie und dem Triumph des Kapitalismus begrenzt ist. Endlich hing die mehr zurückhaltendere Stellung der österreichischen Sozialdemokratie der USSR gegenüber auch von der inneren industriellen Entwicklung Oesterreichs ab. Das aus kleinen Fetzen bestehende heutige Oesterreich entspricht weder dem Umfang des Apparates der heutigen österreichischen Industrie, noch seiner Produktionsfähigkeit. Die österreichische Industrie, an Märkten interessiert, besitzt für die Verwirklichung dieses Be-

dürfnisses keine Mittel, über die die großen kapitalistischen Länder verfügen. Sie ist auf die Reste angewiesen, die von der Herren Tische fallen. Das einzige Land, in dem sie als gleichberechtigter Teilnehmer des Welthandelsumsatzes auftritt, wo man sie ihre erniedrigende Bettelarmut nicht spüren lassen wird, ist die USSR. Da aber die österreichische Sozialdemokratie ihre Politik durch unzertrennliche Bande mit ihrem Kapitalismus vereinigte, widerspiegelt sie, was den Markt anbetrifft, der USSR gegenüber die Gedanken ihrer Bourgeoisie, nicht aber die Interessen der proletarischen Solidarität. Man darf auch nicht vergessen, daß die große Sowjetrepublik einer der Faktoren ist, der den imperialistischen Raub bremst. Die ganze „Unabhängigkeit“ Oesterreichs hängt an einem dünnen, faulen Faden des „Gleichgewichts“, das man nach dem Kriege herstellte. Trotz ihres ganzen organischen Hasses gegen den Bolschewismus begreift das die österreichische Sozialdemokratie. Hier liegt die Wurzel einer gewissen Frivolität, die sich der Austromarxismus in bezug auf die USSR zum Unterschied vom „Vorwärts“ gestattete.

Aber diese ganze Fronde hat seit langem die österreichischen Arbeiter betrogen. Bei ihnen entstand der Eindruck, als ob ihre Partei qualitativ sich von der Noskes in Deutschland unterscheidet, weil eben die Hände der österreichischen Sozialdemokratie nicht vom Arbeiterblut besudelt waren, wie es bei ihren deutschen Gesinnungsgenossen der Fall ist.

Die Bedeutung der Ereignisse vom 15. Juli besteht darin, daß sie endgültig dem Austromarxismus die Maske vom Gesicht gerissen haben. Was für uns Kommunisten schon vor den Ereignissen klar war, das eröffnete sich vor den breiten Massen der sozialdemokratischen Arbeiter erst durch die blutigen Lehren dieses Tages. Die österreichische Sozialdemokratie rettete noch einmal die österreichische Bourgeoisie vor dem Untergang, und Arbeiterblut floß dabei. Einige hundert ermordeter und verstümmelter Wiener Proletarier, das ist der Preis, den das österreichische Proletariat für diese schwere Lehre bezahlte. Die Legende von der unblutigen Revolution, die durch den Austromarxismus eine Reihe von Jahren erhalten wurde, während die Bourgeoisie offen faschistische Detachements unterstützte, ging in Arbeiterblut unter. Die Sozialdemokratie führte die Arbeiterklasse systematisch von einer Kapitulation zur anderen, bis sie sie zum blutigen Graben des 15. Juli brachte. Tränen und Zorn würgen Millionen von Arbeitern der ganzen Welt, wenn sie an die Tragödie des betrogenen und verratenen Wiener Proletariats denken. Sie fragen die ehrlichen sozialdemokratischen Arbeiter, die bis jetzt der Partei geglaubt haben: Wer trägt hieran die Schuld? Hier kann man nicht zur üblichen Lüge Zuflucht nehmen, daß die Kommunisten die Massen in Erregung gebracht haben, daß sie sie auf die Straßen führten und sie zur Erschießung hinstellten. Weder Bauer noch Renner, noch Kunfi werden wagen, dies zu behaupten. Die Wiener Kommunisten waren während dieser Tage, wie immer, bei den Massen. Seitz' und Bauers Kugeln machten während des Julikampfes keinen Unterschied zwischen den kommunistischen und sozialdemokratischen kämpfenden Arbeitern. Dieses Blut verlangt Rechenschaft. Im neuen Programm der österreichischen Sozialdemokratie ist ein Punkt enthalten, daß, im Falle die Bourgeoisie die „Loyalität“ verletzen und zur Gewalt übergehen sollte, die Sozialdemokratie auf die Gewalt mit Gewalt antworten und „während eines Bürgerkrieges nur Mittel der Diktatur anwenden“ wird. Wir Kommunisten haben diesen Punkt des österreichischen

Programms immer für ein Manöver gehalten, das darauf berechnet ist, die Arbeiter leichter irreführen zu können. Aber hunderttausend sozialdemokratische Arbeiter haben aufrichtig daran geglaubt, daß ihre Partei auf Gewalt mit Gewalt antworten werde, daß sie der Bourgeoisie nicht gestatten wird, Arbeiter wie Spatzen zu erschießen. In der Bewertung der Vergangenheit gingen wir mit unseren Klassengenossen, den sozialdemokratischen Arbeitern auseinander. Wir haben gedacht und denken auch jetzt, daß jede bürgerliche Regierung eine Regierung der kapitalistischen Diktatur sei, d. h. der organisierten Gewalt über die Arbeiterklasse. Wir waren dafür und sind auch jetzt dafür, daß es die primitivste Pflicht einer Arbeiterpartei sei, den Arbeitern das Wesen der bürgerlichen Regierung aufzuzeigen und ihnen den Gedanken beizubringen, daß man nur durch die Gewalt die Bourgeoisie auf die Knie zwingen könne und sie verpflichten, auf den Gebrauch der Gewalt im Kampfe gegen die werktätigen Massen zu verzichten. Und jetzt, nach den Erschießungen vom 15. Juli, sind wir von der Richtigkeit unseres Standpunktes überzeugt. Mit um so mehr Grund fragen wir die sozialdemokratischen Arbeiter: ist dieser Programmpunkt von Seitz oder Bauer und anderen Säulen erfüllt? Die Ereignisse des 15. Juli waren Bürgerkrieg, aber ein einseitiger, der durch die bewaffneten Abteilungen der Bourgeoisie gegen die unbewaffnete Arbeiterklasse geführt wurde. Die Bourgeoisie begann als erste diesen Krieg, indem sie mit der Niederschießung von Arbeitern begann. Daß dem so ist, finden wir in den Schilderungen über den Gang der Ereignisse in überzeugender Weise:

„Von 3 Uhr an begann nun eine wilde Schießerei in allen Straßen Wiens, blind, ohne Ansehen, ob es sich um ruhige Passanten oder Demonstranten handelte, ein Schießen nicht bloß zu Warnungszwecken, sondern ein wohlgezieltes Schießen auf jeden, der nicht den weißen Kragen trug, ein Schießen bis in die letzten Nachtstunden, das am Sonntag sich in den Arbeitervierteln fortsetzte.“ („Sozialistische Monatshefte“, S. 606.)

So erzählt Herr Renner über das Vorgehen der Polizei des Herrn Schober. Eine Schießerei gegen jeden, „der nicht einen weißen Kragen trug“, eine Schießerei gegen Passanten in den Arbeitervierteln; das sind die blutigen Praktiken des Bürgerkrieges, die von allen internationalen Schobers von Cavaignac und Thiers geerbt wurden. So war es in Ungarn, so war es in Finnland, in Deutschland — überall, wo zwischen der Arbeiterklasse und dem Kapital ein bewaffneter Kampf entbrannte. Aber in diesen Ländern hatten die Arbeiter wenigstens die Möglichkeit, sich im Bürgerkrieg zu verteidigen. In Wien sorgten die Herren Bauer, Seitz und Renner dafür, daß den Arbeitern diese Möglichkeit genommen wurde. Als Hohn auf den gesunden Menschenverstand mutet die Erklärung der Herren Kunfi und Renner an, daß die Sozialdemokratie die Massen zum Rücktritt auffordern mußte, damit kein Bürgerkrieg entstehe.

„Es war,“ schreibt Herr Kunfi, „ein tief erschütternder, tragischer Augenblick, als angesichts der Menschenjagd, die die Ordnungsmänner veranstalteten, von Tausenden der Ruf nach Waffen erhoben wurde,

Aber die sozialdemokratische Partei hat sich mit aller Entschlossenheit dem Rufe „Zu den Waffen“ entgegengestellt.

Als die Karabiner der Ordnungsgewalten auf die Arbeiter Wiens gerichtet waren, dürfte so mancher Arbeiter gedacht haben: „Wenn der Seipel und Schober auf Arbeiter schießen dürfen, dann sollen auch Bauer, Seitz die Waffen den Arbeitern nicht vorenthalten. Wie mächtig und instinktmäßig dieser Ruf auch hervorbrach, wie

schwer es ist, ihm in einer solchen Lage zu widerstehen, so hätte seine Befolgung doch die Kapitulation der sozialdemokratischen Partei vor einer durch die Demonstration zusammengeführten, gewiß bunten Masse bedeutet, sie hätte den blutigen Bürgerkrieg entfesselt und dem österreichischen Proletariat schließlich das Schicksal der ungarischen oder italienischen Arbeiterschaft bereitet.“ („Kampf“, S. 349/350.)

Kann man sich etwas Niederträchtigeres denken, als diese Begründung des Verrats des Austromarxismus in den Julitagen? Man veranstaltet eine Jagd auf die Arbeiter, man verfolgt sie in den Arbeitervierteln, Dutzende von Leichen liegen in den Straßen herum, aus tausend Arbeiterkehlen dringt der Ruf: Zu den Waffen, und die Partei, die in Wien allein 365 000 Mann zählt, die bei den Wahlen zwei Drittel der Stimmen der Wiener Bevölkerung auf sich vereinigt, hält mit aller Gewalt die Massen von der Verteidigung zurück und mobilisiert ihren Schutzbund, unter dem Vorwand, die Polizei und Richter vor den „Exzessen“ der empörten Arbeiter zu schützen und den Bürgerkrieg zu vermeiden. Selbstverständlich, die Erschießung von Arbeitern ist ja kein Bürgerkrieg! Es ist klar, wenn die Gewehre sich gegen die wenden, die einen weißen Kragen anhaben, gegen die Stammgäste der Wiener Restaurants und der vornehmen Bordells — erst das ist ein Bürgerkrieg. Wie tief muß man gesunken sein, um mit solchen Erklärungen vor hunderttausende organisierter Arbeiter zu treten! Die Kufis und Bauers schüchterten die Arbeiter mit dem Schicksal des ungarischen und italienischen Proletariats ein, aber erlaubte etwa die ungarische und italienische Arbeiterklasse, die nie eine solche umfangreiche Organisation war, wie es die österreichische Sozialdemokratie ist, gänzlich unbewaffnet, ungestraft sich niederschließen zu lassen? Die ungarische Arbeiterklasse erfuhr im Kampfe eine Niederlage, aber sie kapitulierte nicht. Was aber die italienische Arbeiterklasse anbelangt, so büßt sie gerade jetzt wegen einer derartigen Taktik, wie sie die österreichische Sozialdemokratie in den Julitagen durchgeführt hat. Wer sich an die Bewegung des italienischen Proletariats im Jahre 1920 erinnert, des elementaren Charakters der Fabrikbesetzungen im Moment der Desorganisation des bürgerlichen Staates, wer sich an die verbrecherische Rolle erinnert, die damals in diesen Ereignissen die italienische Sozialdemokratie spielte, indem sie die Arbeiter aufforderte, auf die Machtübernahme zu verzichten, sich buchstäblich im Staube wälzend, die Arbeiter mit dem Gespenst der Reaktion und des Bürgerkrieges einzuschüchtern suchte, der wird aus der Lehre der italienischen Arbeiterklasse, die im Jahre 1920 von der Sozialdemokratie verraten wurde, begreifen, wohin die Politik der Herren Bauer die österreichische Arbeiterklasse führt. Mit der Kapitulation im Jahre 1920 hat die Arbeiterklasse Italiens sich nicht nur weder vor dem Bürgerkrieg, noch vor dem Faschismus gerettet, im Gegenteil, die Kapitulation der Sozialdemokratie erleichterte dem Faschismus, die Macht in seine Hände zu bekommen. In dem Augenblick, als die Sozialdemokratie die Arbeiterklasse vom Kampffelde abführte, die einzige Macht, die dem Faschismus Widerstand leisten konnte, war der Sieg des römischen „Feldzuges“ Mussolinis gesichert. Vielleicht wird aber die österreichische Sozialdemokratie sich bemühen, nach den Erschießungen am 15. Juli den Arbeitern zu erklären, welcher Unterschied es sei zwischen den Methoden der Unterdrückung der Arbeiterklasse durch den Faschismus, den Typus eines Mussolini, und den Methoden der Seipel-Demokratie. Die österreichische „Demokratie“ erwies sich als nicht

besser und nicht schlechter als der italienische Faschismus. Diese Wahrheit hat das Wiener Proletariat in den Julitagen erfahren, und das darf Kufni nicht leugnen. Wenigstens charakterisiert er diese Demokratie selbst mit folgenden Worten:

„Überall ist der Zerfall der bürgerlichen Demokratie offenkundig, aber es wird kaum ein demokratisches Land geben, wo sie so restlos verschwunden wäre, wie in Oesterreich. Oekonomisch und sozial bestehen natürlich auch hier die Mittelschichten, politisch haben sie aber zu existieren aufgehört. Es gibt keinen stufenweisen Uebergang zwischen rot und schwarz, die „eine reaktionäre Masse“ ist in Oesterreich zur Wirklichkeit geworden.

In Oesterreich führt keine ideologische Brücke hinüber zu irgend welchen Teilen des Bürgertums, und wenn man es untersuchen würde, würde es sich zeigen, daß es das Bürgertum war, das alle diese Brücken hinter sich abbrach und sich der schlimmsten Spielart der Reaktion verschrieb. So ist das Verhältnis der Klassen in Oesterreich zu einander von einer beispiellosen Schärfe.“ („Kampf“, S. 348.)

Hier hat Kufni sich verraten. Vor allem plaudert er da ganz einfältig das Geheimnis der sogenannten politischen Funktion des Austro-Marxismus aus. In Oesterreich sind nicht zufällig keine „Brücken“ vorhanden zwischen der Arbeiterklasse und der Bourgeoisie, keine Zwischenpartei. Die österreichische Bourgeoisie benötigt solche Partei nicht. Diese Parteien sind nicht da, weil heute die „Massenpartei“, die österreichische Sozialdemokratie ihre Funktion verrichtet. Sie bildet die „ideologische Brücke“ zwischen der Arbeiterklasse und der Bourgeoisie. Diese Partei erfaßt nicht nur die Arbeiter, sie löst sich immer mehr in den Schichten der kleinbürgerlichen Bevölkerung auf. Zweitens stellt Kufnis Erklärung die Argumente der Sozialdemokratie auf den Kopf, daß nämlich die weitere Entwicklung der Erhebung sich zu einem Schlag gegen die Demokratie gestaltet hätte, die nach der Erklärung Kufnis aus Oesterreich verschwunden sei. Endlich, drittens, wenn man sich sogar auf den Standpunkt des Austro-Marxismus stellt, daß nur die Arbeiterklasse in Oesterreich die Trägerin der Demokratie sei, so entsteht die Frage, warum hat die österreichische Sozialdemokratie vor dem 15. Juli nicht die Positionen der Arbeiterklasse im Kampfe mit der österreichischen Reaktion nach Kräften gestärkt? Warum hat sie als mächtigste Partei im Lande die Arbeiter nicht bewaffnet, oder wenigstens die Entwaffnung der faschistischen Bataillone erreicht? Ist es etwa nicht klar, daß, wenn eine Partei die Demokratie aufrichtig vor der Reaktion schützen will, sie bei dieser den Stachel ausreißen muß? Zweifellos, wenn die Sozialdemokratie das getan hätte, wären die Ereignisse vom 15. Juli unmöglich gewesen, denn die Reaktion hätte nie gewagt, die Arbeiterklasse zu provozieren und gegen sie das Polizeigewehr zu richten. Die ganze Haltung der Sozialdemokratie bis zum 15. Juli bereitete die Metzelei des Wiener Proletariats vor. Vor allen diesen einfachen und für jeden Arbeiter klaren Fragen ziehen die Säulen der Sozialdemokratie vor, auszukneifen und sich mit den allgemeinen Betrachtungen über das Fehlen der revolutionären Situation und der Drohung der Interventionen zu decken. Zweifellos bildet die Frage über die internationale Situation bei der Entscheidung des Problems der Machtübernahme, die Frage über die allgemeine Situation, eine der wichtigsten Momente. Niemanden würde es in den Sinn kommen, einer wirklich revolutionären Partei darüber Vorwürfe zu machen, daß sie infolge der ungünstigen internationalen Bedingungen, wenn die objektive

Situation fehlte, oder wegen der Unreife der Bewegung, die Frage der Machtübernahme von der Tagesordnung provisorisch abgesetzt hätte. Die Bolschewiki, die im Juli 1917 zurücktraten, handelten richtig. Sie blieben eine revolutionäre Partei und haben das nach vier Monaten im Oktober bestätigt. Die österreichische Sozialdemokratie aber wich vor der Machtübernahme zurück, und zwar in einem solchen Moment, als die internationale Situation dafür günstig war. War je in ihrer Geschichte oder in der einer anderen Partei das Vorhandensein einer revolutionären Situation, die Bereitschaft der Sozialdemokratie diese Situation zum Sturze der kapitalistischen Macht ausnutzen? Solche Fälle gab es nicht und konnte auch nicht geben, denn die Sozialdemokratie ist nicht eine Partei des revolutionären Marxismus, die aktiv den historischen Prozeß des proletarischen Klassenkampfes fördert, sie ist eine Partei des historischen Fatalismus, die nur das registriert, was ohne ihr aktives Zutun geschieht. Sie gleicht dem Gärtner, der nur die Früchte sammelt, die aus Ueberreife vom Baume fallen. Ueberall erscheint sie als Bremsfaktor der revolutionären Ereignisse. Der verstorbene Ebert hat im Magdeburger Prozeß aufrichtig ausgesagt, daß er den Januarstreik des deutschen Proletariats gegen die Hohenzollern im Jahre 1918 sabotiert hat, ganz genau, wie Kunfi und Renner, ohne sich zu genieren, erzählen, wie sie in den Julitagen die Parole des allgemeinen Streiks proklamierten, um die Massen von der Straße abzubringen.

„Selbstverständlich und von selbst geraten alle Fabriken, Werkstätten und Aemter schon am Freitag zum Stillstand. Parteivorstand und Gewerkschaftskommission sprechen den Generalstreik aus, indem sie ihn zugleich auf 24 Stunden befristen. Diese Maßregel sollte die Arbeiter von dem Straßenkampf weg zu den Mitteln des ökonomischen Kampfes hinüberleiten und dem Protest eine andere Form des Ausdrucks geben.“ („Kampf“, Seite 606.)

Die Säulen der österreichischen Sozialdemokratie lügen bewußt, wenn sie behaupten, daß im Juli in Oesterreich keine revolutionäre Situation war. Der Umstand, daß die Massen auf den Freispruch des Faschisten so heftig reagierten, zeigt, wie viel Zündstoff im Juli 1927 in Oesterreich angehäuft war. Lenin hat einmal zur Charakteristik der revolutionären Situation drei Grundbedingungen festgehalten:

Erstens eine außergewöhnliche Verschlechterung der Lage der breitesten werktätigen Massen, die das Bewußtsein erzeugt, daß man nicht so weiter leben könne, z. B. das Steigen der Massenarbeitslosigkeit, die Schwierigkeiten der internationalen Stellung des betreffenden Staates, die seine Zersetzung bestimmen und zur permanenten Krise der herrschenden Spitze führen,

zweitens die Bereitwilligkeit der Massen zum Kampfe, bereit für diesen Kampf die größten Opfer zu bringen,

drittens das Vorhandensein einer revolutionären Partei, die die Massen in den Kampf führt, ohne sich vor dem Risiko der Niederlage zu ängstigen und die nicht der Machtübernahme ausweicht.

Waren diese Bedingungen in Oesterreich vorhanden? Die ersten zwei Bedingungen zweifellos — die Massen stürzten sich in den Kampf, sie stiegen auf die Straße ohne die Sozialdemokratie und gegen ihren Willen. Sofort nach dem Mord in Schattendorf gelang es den Sozialdemokraten nur mit Mühe, die in Streik getretenen Arbeiter in die Unternehmungen



zurückzubringen, wie das Renner berichtet. Und wenn die Bewegung am 15. Juli gegen den Willen der Sozialdemokratie ausbrach, trotzdem ihr großer Apparat in Funktion trat, um die Bewegung nicht zuzulassen, so beweist das, daß die Massen die Untauglichkeit ihres Stabes richtig erkannt haben. Was in Oesterreich fehlte, ist eine Partei, die über einen revolutionären Willen verfügt hätte und imstande gewesen wäre, die breitesten Massen in den Kampf zu führen. Unsere österreichische kommunistische Partei ist noch zu schwach, um endgültig die Führung der Massen den sozialdemokratischen Feiglingen und Lakeien der Bourgeoisie zu entreißen. Es ist vollständig klar, daß, solange die Masse mit ihrem untauglichen Stab nicht brechen wird, wird sie die dritte Bedingung, die für die revolutionäre Situation unentbehrlich ist, nicht erfüllt haben. Die schwache österreichische Bourgeoisie übersieht die Kapitulationsstimmung der großen sozialdemokratischen Partei nicht. Die Dreistigkeit ihres Vorgehens am 15. Juli gegen die Arbeiterklasse ist die Folge der verhängnisvollen sozialdemokratischen Propaganda. Warum soll die Bourgeoisie die Arbeiter nicht erschießen, wenn sie von vornherein überzeugt ist, daß sie es ungestraft machen könne, wenn sie von vornherein weiß, daß die Sozialdemokratie wegen ihrer sklavischen Feigheit vor der Macht des Weltkapitals nicht wagen werde, ihr Widerstand zu leisten? Warum soll die Schmarotzer-Bourgeoisie nicht als erste die „Loyalität“ verletzen? und nicht wagen, offen, ohne demokratische Phrasen, unter Ausnutzung der sozialdemokratischen Stimmung die faschistische Diktatur errichten? Das Prinzip, daß es nicht angebracht sei, als erster die imperialistische Front zu durchbrechen, beruht auf einer falschen Begründung; es geht von einer falschen Voraussetzung aus, daß das internationale Proletariat die Arbeiter eines Landes, wo die Revolution ausbreche, fallen lassen werde. Aber eine solche Stellung der Frage ist die Verneinung der Idee der proletarischen Solidarität, die Fortsetzung der sozialdemokratischen Politik während des Krieges. Auch damals hat die Sozialdemokratie eines jeden kapitalistischen Landes zum Schutze der Interessen ihres Kapitals die Arbeiter in den Krieg gerufen und behauptet, wer als erster gegen den Krieg sich auflehnt, das Risiko trage, isoliert zu werden. Wenn die russischen Arbeiter im Oktober 1917 diesem Prinzip gefolgt wären, unter dem Vorwand, daß sie vor der Front des österreichisch-deutschen Imperialismus stehen, hätten sie nie die siegreiche Revolution vollbracht. Man hört oft, daß man Oesterreich mit der USSR nicht vergleichen könne. Darin liegt zweifellos etwas Wahres.

Wir hatten zur Verteidigung vor dem Weltimperialismus einen viel umfangreicheren Platz als ein x-beliebiger europäischer Staat. Uns rettete, wie Lenin sehr richtig wiederholt darauf hinwies, das enorme Territorium. Wir hatten aber nicht jene Vorteile, die heute das Proletariat eines jeden kapitalistischen Landes haben würde, wenn es sich entschließen sollte, nach den russischen Arbeitern den Durchbruch der imperialistischen Front fortzusetzen. Das Proletariat würde an der USSR, die schon 10 Jahre existiert, vor allem einen starken Rückenschutz haben, den wir im Jahre 1917 entbehren mußten. Dieser Rückenschutz zieht sich 10 000 Werst entlang bis China, bis zum anderen Punkt der größten Schwierigkeiten des Weltimperialismus. Der Ueberfall des Imperialismus auf das proletarische Oesterreich wäre keine isolierte Sache, würde die Klassen in der inter-

nationalen Arena mit ungewöhnlicher Heftigkeit aufeinanderstoßen. Das Schicksal des proletarischen Oesterreichs wäre unter den gegebenen Verhältnissen unvermeidlich mit den Geschicken der USSR, Chinas und der ganzen internationalen Arbeiterbewegung verknüpft. Wenn die Bourgeoisie gegen das revolutionäre Oesterreich einen Krieg wagen würde, würden sich Millionen von Arbeitern gegen sie erheben. Was sich in Europa im Zusammenhang mit der Hinrichtung von Sacco und Vanzetti abspielte, ist nur ein schwacher Abglanz jener revolutionären Bewegung, die bei den Versuchen, die österreichische Revolution, die im Herzen Europas sich entlud, zu erdrosseln, ausbrechen würde. Wer nicht versteht, daß jede ernste revolutionäre Bewegung, selbst in so einem kleinen Lande wie Oesterreich, unvermeidlich durch die Kanäle aller internationalen Beziehungen des Klassenkampfes des internationalen Proletariats mit dem Kapital, des heranwachsenden Krieges, der Erhebung der Kolonialvölker, der kapitalistischen Widersprüche zwischen den größten kapitalistischen Staaten, des auf dem Horizont sich abzeichnenden Kampfes zwischen Amerika und England, dem Kampf um die SU, der chinesischen Revolution usw. geht, der spricht wie ein Provinzler, dessen Horizont nicht weiter als der vom Turm seiner Pfarrkirche ist. Der bürgerliche Revolutionär Danton aus der Epoche der französischen Revolution hat im Moment der Verschwörung des Königtums und der Aristokratie, des Angriffes auf die französische Revolution durch die ausländischen Armeen, der größten inneren Schwierigkeiten der Revolution seiner Klasse zugerufen:

„Kühnheit, noch einmal Kühnheit und immer Kühnheit!“

Das was jetzt dem internationalen Proletariat und besonders dem Proletariat in Oesterreich nottut, bei dem seit langem die sozialdemokratischen Ideen von seiner Machtlosigkeit, Erniedrigung, Selbstaufopferung zu Gunsten des bürgerlichen Staates kultiviert wurden — ist Kühnheit, revolutionärer Drang, der Glaube an seine eigenen Kräfte, der Glaube an die Idee der internationalen Solidarität, die sich im lebendigen Werk des großen Kampfes gegen das Weltkapital verkörpert. Und wenn die blutigen Lehren des 15. Juli der österreichischen Arbeiter und ihrer Avantgarde, dem Wiener Proletariat helfen werden, mit der Ideologie der Demut aufzuräumen, vor dem Kapital das Haupt höher zu erheben, das Klassenbewußtsein seiner eigenen Kraft gewinnen, der Partei, die von den Sozialdemokraten in den Julitagen so schändlich beschimpft wurde, der einzigen Partei des revolutionären Kampfes, der kommunistischen, die Treue schenken, so werden die von ihm getragenen Opfer gerächt werden und das Blut, das am 15. Juli vergossen wurde, dieses Blut wird nicht umsonst geflossen sein.

**CHRISTO KABAKTSCHIJEW:**  
**DER SEPTEMBERAUFSTAND IN BULGARIEN\***  
 Zum 4. Jahrestag des Aufstandes

Die faschistische Regierung der vereinigten bulgarischen Bourgeoisie erwürgte im September den Massenaufstand der Arbeiter und Bauern in Strömen von Blut, nachdem sie in der Nacht vom 9. Juni 1923 durch einen militärischen Putsch die Macht an sich gerissen und im Verlauf des Juni mit wütender Grausamkeit die Bauern niedergeschlagen hatte, die sich zum Schutz ihrer Regierung erhoben.

Aber obgleich der Septemбераufstand unterdrückt wurde und mit einer Niederlage endete, bildet er doch eines der glorreichsten Kapitel in der Geschichte der revolutionären Arbeiter- und Bauernbewegung Bulgariens. Die Bulgarische Kommunistische Partei ging im September 1923 von der Propaganda und Agitation zu Kampfhandlungen über. Das bulgarische Proletariat empfing während des Septemбераufstandes im blutigen bewaffneten Kampf mit seinen Ausbeutern und Unterdrückern seine revolutionäre Feuerprobe. Die kämpfenden bulgarischen Arbeiter und Bauern machten dabei ihre eigenen geschichtlichen revolutionären Erfahrungen, die für den künftigen Befreiungskampf eine hervorragende Bedeutung haben.

Die Bulgarische Kommunistische Partei konnte sich unter den neuen Verhältnissen nach dem Kriege, die ihr verholten hatten, sich an die Spitze der revolutionären Arbeiter- und Bauernbewegung zu stellen, nicht auf die früheren Methoden der Organisation, der Agitation und des Kampfes beschränken; sie mußte zu neuen Methoden greifen. Die KPB eignete sich diese neuen Methoden nicht auf einmal an, nicht ohne Fehler und Schwan-

---

\* Der vorliegende Artikel ist von besonderem Interesse, weil hier einer der prominentesten Führer der bulgarischen Arbeiterbewegung, der selbst an den Ereignissen teilgenommen hat, zum ersten Male eine eingehende Analyse des Juni-Umsturzes und des Septembaraufstandes von 1923 gibt.

Genosse Christo Kabaktschijew ist einer der alten Führer der bulgarischen Arbeiterbewegung. Seit mehr als 30 Jahren gehört er dem ZK der Kommunistischen Partei Bulgariens an (früher die Partei der „Engherzigen“).

Bei der Spaltung der Partei trat Genosse Kabaktschijew aktiv gegen die Opportunisten auf. 15 Jahre lang redigierte er das Parteiorgan „Rabotnitscheskij Westnik“, das 1923 von Zankow verboten wurde. Genosse Kabaktschijew ist einer der besten marxistischen Theoretiker in Bulgarien und auf dem Balkan. Lange Jahre hindurch war er Sekretär der Kommunistischen Balkanföderation und nahm von der Gründung der Föderation an regen Anteil an ihrer Arbeit.

Am 12. September 1923, am Vorabend des Aufstandes, wurde Genosse Kabaktschijew, der politischer Sekretär der KP Bulgariens war, verhaftet und erst 1925 wieder freigelassen. Die 2½ schrecklichen Jahre, wo alle Politiker der Kommunisten und der linken Bauernbündler von den Zankow-Henkern buchstäblich ausgerottet und die Kommunistische Partei sowie alle anderen proletarischen Organisationen zertrümmert wurden, saß er im Gefängnis. Nur durch ein Wunder entging er nach seiner Freilassung der Rache der Zankow-Mörder. Genosse Kabaktschijew bekennt sich vorbehaltlos zu der Linie der Partei und der Komintern. Die Redaktion.

kungen. So wurde von ihr ein schwerer Fehler von verhängnisvoller Bedeutung am 9. Juni 1923 begangen.\*

Aber mit dem Septemberaufstand der Arbeiter- und Bauernmassen betrat die KPB fest und entschlossen den Weg der richtigen revolutionären Taktik unter neuen Verhältnissen, eine Taktik, die den marxistischen Grundsätzen entspricht und die sich logisch aus dem selbständigen Klassenkampf ergibt, den unsere Partei immer geführt hat.

Der Septemberaufstand wurde in Strömen von Blut erstickt, doch die Kraft der bulgarischen Arbeiter und Bauern war nicht gebrochen. Trotz zahlloser Opfer setzten sie den Kampf fort — den Kampf um die Niederwerfung des faschistischen Regimes und der Klassendiktatur der Bourgeoisie, für die Eroberung der Macht und für die Bildung einer Arbeiter- und Bauernbundregierung. Der Aufstand wurde im September zerschlagen, wobei über 10 000 Arbeiter und Bauern getötet wurden. Aber nur 2 Monate später, im November desselben Jahres, gewannen die Arbeiter und Bauern — vereinigt in der gemeinsamen Front der KPB und des Bauernbundes, zusammengeschweißt durch das in den Juni- und Septemberschlachten gemeinsam vergossene Blut — bei den Wahlen, die unter dem Regime des weißen Terrors und unter Anwendung ungeheurer Schwindeleien durchgeführt wurden, 300 000 Stimmen (ein Drittel aller an der Abstimmung beteiligten Wähler) und sandten eine ganze Reihe von Vertretern ins Parlament. Die KPB wurde als außerhalb der Gesetze stehend erklärt. Alle Arbeiterorganisationen wurden aufgelöst, die Gefängnisse wurden von Arbeitern überfüllt — trotz all dem gelang es der Bourgeoisie nicht, den Willen des kämpfenden bulgarischen Proletariats zu besiegen und seinen revolutionären Kampf abzuwürgen. Die faschistische Regierung unternahm mehr als einmal Pogrome auf die Arbeiter- und Bauernorganisationen, sie organisierte ungeheuerliche Massenmorde, die die ganze Welt erschütterten. Aber trotz der unaufhörlichen wütenden Angriffe der tollgewordenen Henker des bulgarischen Volkes begannen die Arbeiter und Bauern nach jedem Schlag, als das Blut der letzten Opfer noch nicht getrocknet war, immer von neuem mit unermüdlicher Energie und mit unerschöpflicher Begeisterung den Kampf unter Führung der Kommunistischen Partei Bulgariens. Dieser Kampf dauert auch heute noch an und wird bis zur Erreichung des vollen Sieges nicht aufhören.

## I.

Der Umsturz vom 9. Juni 1923 war der Beginn eines entschlossenen Angriffs der Bourgeoisie zwecks Vernichtung der revolutionären Arbeiter und Bauernbewegung Bulgariens. Nach dem Schlag, der am 9. Juni erfolgt war, als die Bourgeoisie die Bauernbundregierung stürzte, den Bauernbund zer-

\* Die Taktik der KPB am 9. Juni 1923, auf die wir unten noch zurückkommen, wurde von der ganzen Parteizentrale — einschließlich des Autors dieser Zeilen — einstimmig genehmigt. Nur Genosse W. Kolarow, der sich in diesem Augenblick in Moskau aufhielt, trat zusammen mit dem EKKI dagegen auf.

Der Verfasser dieser Zeilen änderte seinen Standpunkt in bezug auf diese Taktik noch während seines Aufenthalts im Gefängnis, im November 1923, und seine in diesem Sinne lautende Erklärung wurde in der bulgarischen und ausländischen kommunistischen Presse veröffentlicht. Bezüglich des Septemberaufstandes teilte der Verfasser immer den Standpunkt der Mehrheit der Zentrale der KPB, den er auch in diesem Artikel vertritt.

schlug und die Macht an sich riß, begann sie sofort, sich zu einem neuen Schlag gegen die Kommunistische Partei — neben dem Bauernbund die mächtigste Partei im Lande — vorzubereiten; ohne deren Niederlage konnte die Macht der faschistischen Regierung vom 9. Juni nicht fest und gesichert sein. Ueberall, wo sich die Arbeiter und Bauern unter der Führung der örtlichen kommunistischen Organisationen gegen die Umsturzregierung erhoben, wurden sie, schon am 9. Juni und in den folgenden Tagen, erschossen, verhaftet und grausamen Folterungen ausgesetzt. Eine große Anzahl von ihnen wurde zum Tode verurteilt. Nachdem die faschistische Regierung etwas mehr Boden unter den Füßen gewann, unternahm sie im ganzen Lande eine Massenverfolgung gegen die Kommunistische Partei; sie ordnete die Schließung der Parteiklubs an, beschlagnahmte die Parteizeitungen, führte Verhaftungen, Metzereien und Morde an Kommunisten durch. Gleichzeitig unternahm sie umfangreiche Maßnahmen zur Vorbereitung eines allgemeinen und entscheidenden Schlages gegen die Kommunistische Partei.

Es gelang der Bourgeoisie Bulgariens, die revolutionäre Arbeiter- und Bauernbewegung zu zerschlagen, ihre Organisationen zu zerstören, die Macht wieder völlig zu erobern — während der Bauernbundregierung war nur ein Teil der Dorfbourgeoisie unmittelbar an der Macht — und ihre grausame Klassendiktatur herzustellen, weil es ihr gelungen war, die Arbeiter und Bauern zu trennen und sie einzeln zu schlagen. Warum war ihr das gelungen? Man muß hier auf die Fehler der Bauernbundregierung und des Bauernbundes einerseits, und auf die der Kommunistischen Partei Bulgariens andererseits hinweisen. Wir wollen gerade bei diesen Fehlern Halt machen, bevor wir zum Septemberaufstand selbst übergehen. Denn der Septemberaufstand kann nur richtig begriffen werden nach einer Klärung der Bedingungen, die der Umsturz vom 9. Juni geschaffen hatte.

Der Bauernbund war nicht durch einen revolutionären Kampf gegen das Bürgertum zur Macht gelangt, sondern durch das Parlament; er war erst in einer Koalition mit den bürgerlichen Parteien, die später selbst die ganze Macht der Bauernbundregierung überließen und sie in der ersten Zeit unterstützten. Die Welle der allgemeinen Empörung des Volkes, die das ganze Land nach den katastrophalen Kriegen überflutete (Balkankrieg 1912/13 und der imperialistische Krieg 1915—1918), der vor den Toren der Hauptstadt emporgeflammt, der die Armee nach der Niederlage an der Front, der sich gegen die Junker und gegen die deutschen regierungstreuen Truppen richtete, die schwere wirtschaftliche und politische Krise — all das zerstörte die Grundlagen der Klassenherrschaft der bulgarischen Bourgeoisie. Die Bourgeoisie, die das Vertrauen der Volksmassen verloren hatte, was bei allen Wahlen nach dem Kriege zu verzeichnen war — war gezwungen, mit dem Bauernbund erst ein Kompromiß zu schließen und ihm dann die ganze Macht zu überlassen in der Hoffnung, daß die Bauernbundregierung die Massen beruhigen und so die Rückkehr der Bourgeoisie zur Macht wieder ermöglichen würde. Doch die Bourgeoisie hatte sich in ihrer Rechnung geirrt. Die Bauernbundregierung befestigte ihre Macht und befolgte unter dem Druck der Massen eine dem Bürgertum und insbesondere dem städtischen Bürgertum feindliche Politik.

Der Bauernbund besteht in seiner überwiegenden Mehrzahl aus Klein-eigentümern und besitzlosen Bauern, aber er umfaßt auch die Mittelbauern

und sogar einen Teil der Dorfbourgeoisie, ebenso die im Kriege reichgewordenen Mittelbauern. Die besitzlosen und Kleinbauern drängten die Bauernregierung zum Kampf mit der Bourgeoisie. Aber die mittleren und reich gewordenen Bauern, die allmählich die Führung im Vorstand des Bauernbundes an sich gerissen hatten, und die die Macht hauptsächlich zu ihren eigenen Gunsten ausnutzten, drängten die Bauernbundregierung zum Kampf gegen die Kommunistische Partei. Dieser innere Widerspruch in der Politik der Bauernbundregierung schwächte ihre Positionen; es gelang ihr nicht, die Städte auf ihre Seite zu bringen, und sie zog es vor, diese lieber den bürgerlichen Parteien als der Kommunistischen Partei zu überlassen; sie tat dies, indem sie eine Reihe von städtischen Gemeindeverwaltungen auflöste, die in kommunistischen Händen lagen. Sie stieß jedoch infolge ihres inkonsequenten und halben Kampfes gegen die Dorfbourgeoisie auf den Widerstand der großen Massen der bäuerlichen Armut (der Besitzlosen und Kleineigentümer).

Aber trotz der Widersprüche, der Inkonsequenz und der Halbheit in der Politik der Bauernbundregierung war die Spitze ihres Kampfes doch gegen die städtischen Handels- und Bankbourgeoisie gerichtet. Die Bauernbundregierung begünstigte die landwirtschaftlichen Genossenschaften und Syndikate beim An- und Verkauf landwirtschaftlicher Produkte und gewährte ihnen Staatskredite. Obgleich die Vergünstigungen hauptsächlich von den Mittelbauern ausgenutzt wurden, bedrohte diese Politik der Bauernbundregierung doch unmittelbar das Monopol des Handels- und Bankkapitals, das während und nach den Kriegen eine umfangreiche Spekulation mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen und mit sonstigen unentbehrlichen Lebensmitteln entfaltete und die Verbrauchermassen einer schrankenlosen Ausbeutung preisgab. Eben auf diesem Boden entbrannte der unversöhnliche und hartnäckige Kampf zwischen dem Block der bürgerlichen Parteien, mit den Großhändlern, Bankiers und Spekulanten an der Spitze einerseits, und dem Bauernbund andererseits.

Die Bauernbundregierung verringerte die direkten Steuern für die Klein- und Mittelbauern und erhöhte die Abgaben für die Großbourgeoisie, insbesondere für das große Handelskapital, die Aktiengesellschaften und Banken; sie erließ ein Gesetz, nach dem nur diejenigen Grund und Boden besitzen konnten, die das Land selbst bearbeiten, das einen Teil der mittellosen und kleinen Bauern, wenn auch in unzureichendem Maße, mit Land versah, welches man den Großgrundbesitzern wegnahm; es handelte sich dabei hauptsächlich um den Grund und Boden, den die städtischen Kapitalisten und die Großbauern, Mitglieder der bürgerlichen Parteien, zusammengeraubt hatten; sie stellte bedeutende staatliche Mittel für Schulen, Krankenhäuser, Wege und überhaupt für die materiellen und kulturellen Nöte der breiten Bauernmassen zur Verfügung, die vier Fünftel der bulgarischen Bevölkerung ausmachen. Gleichzeitig enteignete die Bauernbundregierung eine Reihe von großen Gebäuden der städtischen Großbourgeoisie; sie unterzog die Kriegsgewinne einer besonderen Steuer; sie verhaftete und stellte die bürgerlichen Führer, die unmittelbar am Krieg und an der darauffolgenden Katastrophe schuldig waren, vor Gericht. Aber die Bauernbundregierung blieb in ihrem Kampf gegen die Bourgeoisie auf halbem Wege stehen — weiter konnte sie, als eine Regierung des ländlichen Kleinbürgertums, nicht gehen.

Sie wagte es nicht, die Grundlagen der politischen und wirtschaftlichen Macht der Bourgeoisie anzutasten; sie nationalisierte nicht die Banken und die großen Handels- und Industrieunternehmungen, sie ließ den alten Kommandostab der Armee weiter bestehen (die Armee war laut Friedensvertrag in ein Söldnerheer umgewandelt worden), ebenso die alten Organisationen der Polizei und der Justiz. Sie ließ überhaupt den ganzen Staatsapparat unberührt, der der Herrschaft der Bourgeoisie dient und der von einer zuverlässigen Bürokratie geleitet wird, die ihre Posten beibehalten hatte. Eben das gab dem Bürgertum die Möglichkeit, die Macht der Bauernbundregierung von innen zu untergraben und mit Unterstützung der hohen Militärs das Heer auf seine Seite zu bringen und die Regierung über Nacht zu stürzen.

Von Anfang an nahm die Bauernbundregierung den Kampf gegen die Arbeiterklasse auf, anstatt sich einen Bundesgenossen für den Kampf gegen das Bürgertum zu suchen und die Arbeiter auf ihre Seite zu ziehen; und damit erschwerte sie der Kommunistischen Partei die Bildung einer Einheitsfront von Arbeitern und Bauern gegen das Bürgertum. Die Bauernbundregierung war schwach in den Städten, wo die wirtschaftliche und politische Kraft des Bürgertums konzentriert ist; ohne die Städte auf ihrer Seite zu haben, konnte sie sich nicht lange an der Macht halten. Nach dem Kriege gingen die städtischen werktätigen Massen fast restlos zu den Fahnen der Kommunistischen Partei über, und die Bauernbundregierung konnte in den Städten an Boden gewinnen, wenn sie ein Bündnis mit den Arbeitern und ihrer Kommunistischen Partei schloß. Aber statt dessen hatte die Bauernbundregierung die kommunistischen städtischen Gemeindeverwaltungen aufgelöst und sie den bürgerlichen Parteien ausgeliefert, wodurch sie die Positionen des Bürgertums verstärkte. Die Bauernbundregierung leitete ihre Herrschaft durch eine gewaltsame Abwürgung des allgemeinen Verkehrsstreiks ein, an dem etwa 20 000 Eisenbahner und Post- und Telegraphenbeamte teilnahmen (Dezember 1919 und Januar 1920). Sie verbot für die Dauer des Streiks die kommunistische und sonstige Arbeiterpresse, vollzog Tausende von Verhaftungen, setzte die verhafteten Streikenden Folterungen aus und stellte Hunderte von ihnen vor Gericht; ihre Agenten führten mehrere Ermordungen durch (z. B. die des kommunistischen Führers in der Stadt Dubniza, Mosturkow u. a.). Als der inkonsequente und halbe Kampf der Bauernbundregierung gegen die Bourgeoisie einen Teil der armen Bauern abzustoßen begann, und als der Einfluß der Kommunistischen Partei auf dem Lande schnell wuchs, wurde ihr Kampf gegen die KP auf dem Dorfe, wie im ganzen Lande, immer schärfer. 1921 steckten die Agenten des Bürgertums unter dem Schutz der Bauernbundregierung das Volkshaus der KPB in Sofia in Brand. Zur Zeit der Wahlen (Gemeinde-, Kreis- und Parlamentswahlen), im Jahre 1923, am Vorabend des Umsturzes, unternahm die Bauernbundregierung in der Befürchtung eines großen Wachstums der KPB einen wütenden Angriff gegen sie. Tausende von Parteimitgliedern wurden verhaftet, Hunderte wurden gefoltert; ein Ausnahmegesetz gegen die Partei wurde vorbereitet. Das Bürgertum nutzte gerade diesen Augenblick des Kampfes zwischen dem Bauernbund und der Kommunistischen Partei, zwischen den Arbeitern und Bauern, dazu aus, um erst die Bauernbundregierung zu stürzen und nachher auch die Kommunistische Partei zu zerschlagen.

Das war die Politik des Bauernbundes, die den Umsturz vom 9. Juni ermöglichte. Aber auch die Kommunistische Partei Bulgariens beging am 9. Juni einen großen Fehler.

## II.

Was tat das ZK der KPB am 9. Juni 1923? Es bezog eine neutrale Position und erklärte, daß es sich um einen Kampf zwischen Dorf- und Stadtbourgeoisie handle. Es gab keine Parole zur bewaffneten Aktion der Partei und der Massen gegen den Umsturz heraus — obgleich in dem durch die Bourgeoisie entfachten Bürgerkrieg des 9. Juni nur eine bewaffnete Einmischung möglich war — es hemmte den Kampf der Massen, ließ die Bauern, die sich zum Schutz ihrer Regierung erhoben, isoliert und erleichterte in dieser Weise den Sieg des bürgerlichen Umsturzes.

Der Fehler, den das ZK am 9. Juni begangen hatte, war schwer und verhängnisvoll. Was hätte es tun sollen? Es hätte eine Parole herausgeben sollen, die zum bewaffneten Kampf der Massen zusammen mit der Bauernbundregierung und mit dem Bauernbund gegen den Umsturz aufforderte. Der Umsturz war nicht nur gegen die Bauernbundregierung gerichtet, er richtete sich auch gegen die Kommunistische Partei, gegen die Stadt- und Landarbeiter und gegen die Massen der Kleinrentner, gegen den revolutionären Kampf der Arbeiter und Bauern, die nach den Kriegen die Klassenherrschaft der Bourgeoisie bedrohten.

Das Bürgertum war nach den Kriegen gezwungen, die Macht an die Bauernbundregierung abzutreten — in der Hoffnung, daß diese die Massen, in welchen Unzufriedenheit herrschte, versöhnen und beruhigen würde, daß sie ihre unter der Führung der KPB wachsende revolutionäre Bewegung abwürgen würde. Doch die Bourgeoisie täuschte sich in ihren Hoffnungen. Die Kommunistische Partei wuchs unter dem Regime der Bauernbundregierung und wurde nach dem Bauernbund zur stärksten Partei in der Stadt und zur zweitstärksten im Lande. Die KP dehnte ihren Einfluß auf die werktätigen Massen von Stadt und Land ständig aus, und die Zahl ihrer Wähler stieg von 80 000 im Jahre 1919 bis auf 250 000 im April 1923; das bedeutete, daß die KP unter ihrem Banner ein Viertel der Wähler des Landes vereinigte. (Die Bauernbundregierung hatte mehr als die Hälfte der Wähler hinter sich, dagegen der Block aller bürgerlichen Parteien, einschließlich der Sozialdemokraten — weniger als ein Viertel). Das Bürgertum sah darin mit Recht eine Bedrohung seiner Klassenherrschaft und seiner Privilegien, und um dieser ihm drohenden Gefahr zu begegnen, beschloß es, in erster Linie der Bauernbundregierung einen Schlag zu versetzen.

Die KPB verstand diese Politik des Bürgertums. Sie deckte seine Vorbereitungen zu einer gewaltsamen Machtergreifung vor den Massen auf. Es gelang der einflußreichen Handels- und Bankbourgeoisie, alle rechten und linken bürgerlichen Parteien einschließlich der Sozialdemokraten zu einem Block zusammenzuschließen, und die KPB war bestrebt, die Einheitsfront der Arbeiter und Bauern diesem Block entgegenzustellen. Aber es gelang der KPB nicht, diese Politik bis zu Ende durchzuführen.

Die KPB eignete sich die Parole des 3. Kongresses der Kommunistischen Internationale über die Einheitsfront an, ebenso die Parole des 4. Kongresses der KI über die Arbeiter- und Bauernregierung. Im April 1922 deckte



die KPB eine Verschwörung auf, die damals von in Bulgarien lebenden konterrevolutionären Wrangel-Offizieren und bürgerlichen Führern gegen die Bauernbundregierung vorbereitet wurde. Sie nahm offen die Taktik eines gemeinsamen politischen und bewaffneten Kampfes mit dem Bauernbund gegen das Bürgertum auf — die Resolution einer zu jener Zeit stattgefundenen Parteikonferenz der KPB wies darauf hin, daß eine Verständigung auf militärtechnischem Gebiet mit der Bauernbundregierung für den gemeinsamen Kampf gegen den Bürgerblock im Falle eines Umsturzes notwendig sei. Die KPB schloß die Arbeiter und Bauern zu einer Einheitsfront zusammen. Sie führte sie zu einem entschlossenen Massenkampf und verhinderte dadurch eine Verwirklichung des Umsturzes zu jener Zeit.

Im September 1922, als die bürgerlichen Parteien durch eine gemeinsame Demonstration in der Stadt Tyrnowo den Sturz der Bauernbundregierung vorbereiteten, stellte sich die KPB wieder auf die Seite der Regierung und führte die Taktik der Einheitsfront durch, diesmal allerdings nicht vollständig. Im November 1922, als die Bauernbundregierung eine Volksabstimmung über Auslieferung der Kriegsschuldigen — der ehemaligen bürgerlichen Minister — an ein Gericht anordnete, führte die KPB wieder ganz die Taktik der Einheitsfront durch, und die Uebergabe der Führer aller bürgerlichen Parteien an das Gericht wurde von einer überwältigenden Mehrheit von Wählern beschlossen, die durch den Bauernbund und die KPB zusammengeschlossen waren. Außerdem befürwortete die KPB im Parlament diejenigen Reformen der Bauernbundregierung, die den Schutz der Interessen der schaffenden Bauernmassen bezweckten. Endlich, die Resolutionen des Parteikongresses von 1922 und der Parteikonferenzen von 1922/23 wiesen auf die Gefahr eines Umsturzes hin, der vom Bürgertum vorbereitet wurde und riefen die Massen zur Bereitschaft und zu einem entschlossenen Kampf gegen den Umsturz auf.

Warum nahm denn die KP trotz alledem am 9. Juni einen so falschen Standpunkt ein? Es gibt gewisse Umstände, die diesen Fehler erklären, obgleich sie ihn nicht rechtfertigen können. Das ZK, das in seinem Beschluß vom 9. Juni einstimmig war, trägt die Verantwortung für diesen Fehler. Die Taktik des ZK vom 9. Juni wurde ebenfalls fast einstimmig von der erweiterten Sitzung der Parteikonferenz (sie bestand aus Delegierten der Distrikte, den Distriktparteisekretären und der Parlamentsgruppe) gebilligt; diese Konferenz fand einen Monat nach dem Umsturz statt, und nur ein oder zwei Delegierte äußerten sich gegen die beschlossene Taktik. Einzelne Parteimitglieder in Sofia und einige Parteiorganisationen und Gruppen waren von Anfang an gegen die Taktik des ZK vom 9. Juni. Aber erst, nachdem der Standpunkt des EKKI, der die Taktik vom 9. Juni entschieden verurteilte, bekannt wurde, bildete sich in der Partei eine oppositionelle Strömung gegen das ZK. Aus welchen Ursachen erklärt sich dieser einstimmige gemeinsame Fehler der ganzen Leitung der KPB?

Nach den Parlamentswahlen im April 1923 erwartete weder die Bauernbundregierung, noch die Kommunistische Partei einen Umsturz, dessen Vorbereitung man im Jahre 1922 einige Male aufgedeckt hatte, wodurch der Umsturz damals verhindert wurde. Im Juni schien ein Putsch weniger wahrscheinlich denn je. Beim Referendum im November 1922, bei den Gemeinde-

wahlen im Februar 1923 und endlich bei den Parlamentswahlen im April 1923 steigerte der Bauernbund seine Stimmenzahl auf mehr als 1 Million, und die KPB vereinigte fast 250 000 Wähler unter ihrem Banner — zusammen hatten sie vier Fünftel aller Wähler, während der Bürgerblock nur ein Fünftel der Stimmen bekam. Man nahm an, daß die Bauernbundregierung ihre Positionen stärker als je befestigt hatte. Aber gerade die aufeinanderfolgenden Wahlsiege des Bauernbundes und der KPB hinderten sie, in diesem Augenblick eine richtige Schätzung ihrer eigenen Kräfte und die ihrer Gegner vorzunehmen und schwächten ihre Wachsamkeit. Das Bürgertum, gewitzigt durch die erlittenen Mißerfolge, wählte gerade diesen Augenblick, um unter dem Lärm des Wahlkampfes und der Parlamentserfolge der Bauernbundregierung ganz konspirativ einen Umsturz vorzubereiten und unerwartet zum Schlage auszuholen.

Das Bürgertum unternahm den Umsturz und führte gerade dann den Schlag aus, als der Kampf zwischen der Bauernbundregierung und der Kommunistischen Partei am heftigsten tobte; bei den Gemeinde- und Parlamentswahlen des Jahres 1923 führte die Regierung überall einen erbitterten Kampf gegen die Kommunistische Partei. Ein Jahr vorher, im April 1922, als das Bürgertum zusammen mit den Wrangel-Leuten einen Umsturz vorbereitete, wagte es nicht, sein Vorhaben auszuführen, weil die Verschwörung aufgedeckt wurde und weil der Bauernbund und die Kommunistische Partei gemeinsam gegen die Bourgeoisie kämpften. Der erbitterte Kampf zwischen dem Bauernbund und der KPB im Jahre 1923 ließ das Bürgertum eben diesen Augenblick wählen, um die Gegner einzeln zu schlagen. Das ZK, welches monatelang vor dem 9. Juni einen Kampf gegen das reaktionäre Verhalten der Bauernbundregierung führte, verstand es am 9. Juni nicht, sofort das Steuer umzudrehen, eine entschlossene Wendung zu machen und sich mit seinem Gegner gegen den gemeinsamen und besonders gefährlichen Feind — das Bürgertum — zu vereinigen. Die Erbitterung gegen die Regierung, die in den Reihen der KP und in den städtischen Arbeitermassen herrschte, umnebelte den klaren Blick und das Bewußtsein der Parteileitung.

In der Hauptstadt Sofia führte das Bürgertum den Umsturz so geschickt aus — es ließ die Polizeireviere von Militär besetzen; dies geschah auf Befehl der an der Verschwörung beteiligten Offiziere und unter Mitwirkung des Kriegsministeriums der Bauernbundregierung selbst —, daß die Bauernbundregierung im Laufe von 1—2 Stunden während der Nacht gestürzt wurde und alle staatlichen Behörden auf Befehl der Offiziere der Kriegsliga von Militär besetzt wurden. Am nächsten Morgen war die Hauptstadt von Truppen okkupiert, die alle strategisch wichtigen Punkte besetzt hatten, und die der neuen Regierung treu waren. Die Organe der Bauernbundregierung, das Heer und die Polizei, sogar die nur aus ihren Anhängern speziell gebildeten Militär- und Polizeiregimenter leisteten keinen Widerstand. Und die wenig zahlreichen Anhänger der Bauernbundregierung in der Hauptstadt, wo sie am schwächsten vertreten war, dachten gar nicht daran, sich gegen den Umsturz aufzulehnen.

Das ZK, statt auf Nachrichten über die Ereignisse im Lande zu warten, insbesondere auf solche aus Orten, wo die Bauernbundregierung stark war, beeilte sich und bestimmte seine Position unter dem Eindruck eines schnellen,

leichten und vollen Sieges des militärischen Putsches in der Hauptstadt, von einer völlig irrtümlichen, doktrinär-sektiererischen Einschätzung der Bedeutung des Kampfes zwischen dem Block der bürgerlichen Parteien und der Bauernbundregierung ausgehend.

Das ZK vom 9. Juni blieb in der jahrelangen Tradition des friedlichen und legalen Kampfes der KPB befangen. Die KPB ist eine von den wenigen Parteien der II. Internationale, die lange Jahre vor dem Krieg einen Kampf gegen den kleinbürgerlichen Sozialismus und Opportunismus führte, die während des Krieges den richtigen revolutionären Standpunkt vertrat, die sich auf die Seite der russischen Revolution stellte, die sich der kommunistischen Internationale von Anfang an anschloß und die bereits im Jahre 1919 ihr Programm und ihren Geist im Sinne der Komintern änderte. Da sie immer an den Prinzipien des Marxismus und an der Taktik des selbständigen Klassenkampfes festhielt, war die KPB auch unter den neuen Bedingungen des Massenkampfes, die sich nach dem Kriege ergeben hatten, bestrebt, ihren revolutionären Traditionen treu zu bleiben. Aber die langsame Entwicklung der KPB in einer Umgebung von friedlichem kapitalistischen Aufstieg, ihr langjähriges Bestehen als legale Partei, die in einem demokratischen und parlamentarischen Lande kämpft, schufen in ihr auch andere, legal-pazifistische Traditionen, die allen Parteien der II. Internationale — mit Ausnahme der russischen Kommunistischen Partei, die sich unter besonderen Verhältnissen entwickelte —, eigen sind. Die Anpassung der KPB an die neuen Verhältnisse, als sie sich aus einer Organisation für revolutionäre Propaganda und Agitation in eine Partei der revolutionären Massenaktion umwandeln sollte, geschah nicht auf einmal, ohne Fehler und Schwankungen. Aber die Partei korrigierte diese Fehler und Schwankungen leicht. Am 9. Juni stellte die Geschichte mit aller Entschiedenheit und Kraft die Partei vor die Notwendigkeit eines entschlossenen Auftretens durch die revolutionäre Tat, durch einen bewaffneten Massenaufstand, mit dessen Hilfe allein die Partei unter den neuen Verhältnissen ihrer alten revolutionären Tradition treu bleiben konnte. Das ZK vermochte diese historische Aufgabe nicht gleich richtig zu lösen; die legal-pazifistischen Traditionen, die seine revolutionäre Initiative und seinen Willen gelähmt hatten, besaßen noch immer das Übergewicht. Den entschiedenen Übergang zur revolutionären Tat, zum revolutionären Massenaufstand, vollzog das ZK und die Kommunistische Partei Bulgariens drei Monate später, im September 1923.

(Schluß folgt.)

## DIE REICHSPARTEISCHULE DER KPD

Im allgemeinen Bildungssystem unserer kommunistischen Sektionen bildet die Schulung der höheren Funktionäre und namentlich die Heranbildung marxistischer Kaders die schwächste Stelle. Leider ist das bisher auch in der KPD der Fall gewesen, obgleich, subjektiv gesehen, hier der größte Bildungsdrang innerhalb der Mitgliedschaft vorhanden, wie auch objektiv das ganze deutsche Proletariat geradezu darauf angewiesen ist, in der jetzigen Entwicklungsphase mehr als je die Erfahrungen der Revolutionsjahre theoretisch zu verarbeiten, um für die herankommenden Kämpfe in voller Rüstung dazustehen. Es ist kein Zweifel, daß diese Rüstung der Revolution nur aus dem Arsenal des Marxismus-Leninismus geholt werden kann, und ebenso unbestreitbar ist es, daß die breiten Massen unserer Partei bis weit in die Reihen der Sympathisierenden immer stärker marxistisch-leninistische Fortbildung verlangen. Als das ZK der KPD im Frühling dieses Jahres, trotz größter technischer und finanzieller Schwierigkeiten, die erste Reichsparteischule nach 1923 ins Leben rief, hat sie diesem Verlangen der Mitgliedschaft voll und ganz Rechnung getragen.

### Organisierung der Schule

Es muß betont werden, daß schon bei der organisatorischen Vorbereitung ein großer Teil der über den Erfolg der Schule entscheidenden Arbeit geleistet werden mußte. Es handelte sich hier vor allem darum, eine gleichmäßige Zusammensetzung der Schülerkaders zu gewährleisten, sodann die Anfertigung der notwendigen Lehrmaterialien (darunter insbesondere einer umfassenden Bibliothek, der Lenin-Uebersetzungen, die noch nicht im Druck vorliegen und daher speziell als Manuskript vervielfältigt wurden usw.) in Angriff zu nehmen und schließlich ein geeignetes Schullokal bereitzustellen. Die Aufgabe der gleichmäßigen Kontingentierung der Schüler bot die größten Schwierigkeiten. Sie wurde in der Weise gelöst, daß auf Grund einer gewissenhaften Prüfung der von den Bezirken eingereichten Kandidatenlisten — auf die organisatorische und theoretische Eignung hin — die endgültige Auswahl der Kurssteilnehmer getroffen wurde. Diese Auswahl wurde durch den Verlauf der Schule im allgemeinen als richtig bestätigt, doch wollen wir betonen, daß die von den einzelnen Bezirksleitungen für diesen Zweck dargebotenen Unterlagen nicht genügend waren und daß auf diesen Punkt bei der Organisierung der nächsten Schule eine noch größere Aufmerksamkeit gerichtet werden muß.

### Die Zusammensetzung der Schüler

Der organisatorischen Seite nach entsprach das allgemeine Niveau der Schüler ungefähr dem Maßstab der Bezirksfunktionäre. Bei der Gesamtzahl von 42 Teilnehmern entfiel der größte Prozentsatz auf Mitglieder der Bezirksleitungen, darunter Polleiter der Bezirke und Unterbezirke, Org- und Agitpropfunktionäre, Gewerkschafter usw. Außerdem waren Genossen der Kommunistischen Jugend aus dem RFB und der Roten Jungfront vertreten.

Der theoretischen Aufnahmefähigkeit nach konnte das Gros der Schüler als befriedigend angesehen werden, in dem Sinne etwa, daß ihre allgemeinen Leistungen in der Schule über dem Durchschnitt lagen, wenn sich auch fühlbare Lücken in der Vorbildung zeigten. Hier ist von besonderem Interesse, daß die meisten Teilnehmer ganz richtige allgemeine Vorstellungen von der revolutionären Praxis hatten, ja manchmal sogar eine gewisse Belesenheit in der populären Parteiliteratur an den Tag legten, dagegen des konkreten theoretischen Begreifens fast gänzlich erman gelten. So ist z. B. am Anfang des Unterrichts deutlich zum Ausdruck gekommen, daß fortgeschrittene Schüler gewisse allgemeine Grundsätze über den Staat, den Imperialismus u. dgl. m. sich richtig angeeignet haben, dagegen außerstande waren, sie systematisch und konkret an Hand der Praxis darzustellen, andererseits aber, daß über die Prinzipien der marxistisch-leninistischen Taktik vollständige Unklarheit herrschte. Diese Erscheinung ist wohl charakteristisch für den gegenwärtigen Bildungsstand unserer meisten Parteien, weshalb es eine besondere dringende Aufgabe wird, über das Kapitel der revolutionären Taktik die größte theoretische Klarheit in unserer Mitgliedschaft zu verbreiten.

Was die moralischen „Qualitäten“ unserer Kursanten anbetrifft, so war sie in jeder Hinsicht lobenswert. Sowohl der Fleiß und die Arbeitsintensität, als auch der Zusammenhalt zwischen den Schülern untereinander und zwischen Schüler und Lehrer trugen den Stempel echt proletarischer Werkgemeinschaft.

### Das Programm und der Lehrplan

Entsprechend der kurzen Dauer der Schule, die auf zwei Monate bemessen war, mußte das Lehrprogramm derart gestaltet werden, daß die theoretisch-historischen Fächer, ohne ihren systematischen Charakter einzubüßen, eine breite Grundlage für die praktischen Spezialfächer bilden sollten. Hier mußte dafür Sorge getragen werden, daß beim Aufbau des Unterrichtsplanes eine gewisse Parallelität zwischen den theoretischen Lehrgegenständen und den praktischen, auf die Tagesaufgaben zugeschnittenen Einzelkursen eingehalten, andererseits aber, daß der gesamte Lehrstoff allmählich, aus den elementarsten Anfängen heraus bis in die kompliziertesten Gebiete des sozialen und politischen Kampfes der Partei entwickelt werde. Diese Aufgabe wurde gelöst, indem der Lehrplan für die gesamte Dauer so aufgebaut wurde, daß auf den Vormittag die beiden Grundfächer des **M a r x i s m u s - L e n i n i s m u s** und der Geschichte der Arbeiterbewegung (einschließlich Parteigeschichte) verlegt wurden, während sich in den Nachmittagsstunden, entsprechend dem Fortgange des Unterrichtes, die Spezialkurse anreihen. Für den Marxismus-Leninismus sowie für die Geschichte der Arbeiterbewegung wurden als Maximalzeit je 100 Stunden bereitgestellt. Leider erwies es sich, daß man auch damit nur knapp auskam und namentlich der Leninismus am Schlusse zu sehr zusammengedrängt werden mußte, trotz des größten Interesses, das die Schüler gerade für diesen Gegenstand zeigten. Insgesamt enthielt das Programm folgende Gegenstände:

- A) Grundfächer: 1. Marxismus-Leninismus; 2. Geschichte der Arbeiterbewegung.

B) Spezialkurse: 1. Organisationsfragen; 2. Geschichte der KPSU; 3. Gewerkschaftsbewegung; 4. Sozialversicherung, 5. Nachkriegsimperialismus; 6. Kommunalpolitik.

Es muß festgestellt werden, daß trotz dieser Ueberhäufung mit Stoff das Programm im allgemeinen von den Schülern befriedigend verarbeitet wurde.

### Die Lehrmethoden

Für die Förderung der Selbständigkeit der Schüler, wie namentlich die gründliche Durcharbeitung des Lehrstoffes, erwiesen sich die an jedem Nachmittag durchgeführten **Gruppenzirkel** von größtem Nutzen. Es wurden entsprechend der Lehrerzahl drei Gruppenzirkel gebildet, die in seminaristischer Weise arbeiteten. Da es im Plenum nicht stets gelang, die seminaristische Lehrmethode voll und ganz anzuwenden, haben die Zirkel noch den besonderen Vorteil geboten, daß sie die Kontrolle darüber ermöglichten, in welcher Weise der Stoff angeeignet wurde, dann auch, indem sie die individuelle Eignung der Schüler erkennen ließen. Die Gruppen wechselten ihre Lehrer von Woche zu Woche, wodurch eine gleichmäßige Beschäftigung mit den verschiedenen Arbeitsgebieten ermöglicht wurde. Ueber die einzelnen Lehrstunden wurden von den Schülern abwechselnd Protokolle angefertigt und nach kollektiver Besprechung und Kritik als Bestandteile eines Sammelheftes über einen Lehrgegenstand aufgenommen. Außerdem wurden noch nach Abschluß eines Teilgebietes Kontrollfragen an die Schüler gestellt, die von ihnen sofort in schriftlicher Form beantwortet wurden. Diese und andere Methoden wurden angewandt, um die Selbsttätigkeit zu fördern. In der nächsten Schule müssen die auf diesem Gebiete gesammelten Erfahrungen noch weiter ausgebaut werden, insbesondere aber die Arbeit der Zirkel vervollkommen werden.

### Allgemeine Resultate und Verwendung der Schüler

Nach übereinstimmendem Urteil verschiedener führender Genossen waren die Ergebnisse der Schule gut. Dies ist in erster Reihe auf Rechnung der guten Zusammenarbeit zwischen Lehrer und Schüler zu buchen.

Die Hauptmängel, die sich zeigten, bestanden darin, daß einerseits der Lehrstoff überhäuft wurde, andererseits die Dauer der Schule sich als viel zu kurz herausstellte. Für die Abstellung dieser Mängel muß für die nächste Schule in erster Reihe Sorge getragen werden. Auch die technisch-organisatorischen Seiten bedürfen einer unzweifelhaften Verbesserung, namentlich was die Verpflegung und Unterbringung der Schüler anbelangt. Ebenfalls muß die Handbibliothek der Schüler vergrößert werden. Dann werden noch größere Erfolge erzielt werden.

Was die Verwendung der Schüler in der weiteren Parteiarbeit anbelangt, so wurde sie auf Grundlage der individuellen Charakteristik nach Beschluß des ZK. vorgenommen. In dieser Hinsicht konnte festgestellt werden, daß es gerade unmittelbare Funktion der Reichsparteischule sein muß, neue Kräfte der Partei für die verantwortlichen Funktionärposten zu gewinnen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Kursanten der letzten Reichsparteischule, die in die verschiedenen Zweige der Parteiarbeit als verantwortliche Mitarbeiter gestellt wurden, voll und ganz ihre Aufgaben erfüllen werden.

## VON DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DER TSCHECHOSLOWAKEI

Die tschechoslowakische Sektion der Komintern mußte in diesem Jahre zu zwei sehr komplizierten und wichtigen politischen Fragen Stellung nehmen: zur Steuerreform und zur Verwaltungsreform. Die Partei und ihre parlamentarische Vertretung verstanden es, die ganze komplizierte Materie sachlich zu beherrschen und so die Agitation gegen beide Gesetzesvorlagen unter den Arbeitern, Kleinbauern und Kleingewerbetreibenden wirksam durchzuführen, was in Hunderten von großen Kundgebungen und Versammlungen zum Ausdruck kam. Dabei stellte die Partei in beiden Fragen nicht nur positive Tagesforderungen für den Kampf auf, sondern enthüllte auch das wirkliche Wesen des ganzen Verwaltungs- und Steuersystems im kapitalistischen Staate, was durch einen wirksamen Vergleich mit der Lösung dieser Fragen im Sowjetstaate ergänzt wurde. Damit durchkreuzte die Partei auch die Pläne der Reformisten, welche die Ausschlichtung der Details beider Vorlagen dazu benützten, um den Zusammenhang beider Fragen mit dem großen Problem der proletarischen Revolution zu verschleiern und die Massen in dem Kreise der banalsten Vorstellungen der bürgerlichen Demokratie festzuhalten.

Für die Herbsttagung des Parlaments bereitet die bürgerliche Regierung eine Verschlechterung des Sozialversicherungsgesetzes vor. Dieses Gesetz wurde im Jahre 1924 unter der Führung der Reformisten von der Koalitionsregierung beschlossen. Damals wurden von den Kommunisten die skandalösen Schwächen und Unzulänglichkeiten, die ganze Bettelhaftigkeit dieser Abfertigung an die arbeitende Klasse enthüllt. Selbstverständlich wollen die Reformisten den Angriff der Bourgeoisie auf dieses ohnehin unzulängliche Gesetz dazu benützen, um ihre damalige Haltung zu rechtfertigen. Die tschechoslowakische kommunistische Partei hat aber schon für diesen Kampf eine Parole herausgegeben, welche den Reformisten diesen Schwindel unmöglich machen wird. Sie fordert die Arbeiter auf, den Angriff der Bourgeoisie mit einem Gegenangriff zu beantworten und die Forderung nach der Verbesserung dieses Gesetzes aufzustellen. Zu diesem Zwecke hat die Partei bereits die Neueinbringung jener Verbesserungsanträge angekündigt, welche von ihrer parlamentarischen Vertretung im Jahre 1924 zu dem Machwerk der bürgerlich-reformistischen Regierungskoalition eingebracht wurden.

Für eine kommunistische Partei in einem Kleinstaate ist es sehr wichtig, die Aktionen in den Fragen der internationalen Politik nicht zu vernachlässigen. Und zwar deshalb, weil in einem kleinen Lande die Gefahr des Versinkens in einen Provinzialismus immer groß ist. Die tschechoslowakische Sektion der Komintern hat seit der Krise nach dem 5. Weltkongreß ihre provinzialistischen Neigungen fast gänzlich überwunden. Ein Beweis dafür sind die zahlreichen Aktionen, welche die Partei gegen den weißen

Terror auf dem Balkan, in Polen und Ungarn und auch zugunsten der chinesischen Revolution durchführte. Auch die Aktion zur Rettung Saccos und Vanzettis nahm in der Tschechoslowakei einen großen Umfang an, und das gewaltige Echo, welches der Wiener Aufstand vom 15. Juli in den Massen fand, wurde fast ausschließlich von der kommunistischen Partei zum Ausdruck gebracht. Die unbestrittene Führung hatte die Partei natürlich in der Aktion gegen die Kriegsgefahr und zur Verteidigung der Sowjetunion. Diese Aktion war in der Tschechoslowakei sehr umfangreich, was ja auch notwendig ist, weil die hinterhältige, abwartende, hinhaltende und lavierende Politik des aalglatten Herrn Benesch gerade in dieser Frage täuschender und darum gefährlicher ist als die Politik der großen imperialistischen Mächte. In der chinesischen Frage wäre es aber gewiß von Vorteil gewesen, wenn die tschechoslowakische Partei die Probleme der nationalen Revolution in China auch an der Hand eines Vergleiches mit der Entwicklung der tschechoslowakischen nationalen Revolution erläutert und so nicht nur die Taktik der Komintern in China, sondern auch die Stellung der Partei zur tschechoslowakischen nationalen Revolution den Massen nähergebracht hätte.

In der letzten Zeit mußte die Partei zu der Aktion des Lord Rothermere Stellung nehmen. In Artikeln und in einem offiziellen Aufruf hat die Parteizentrale die wahren Hintergründe der Aktion des englischen Lords sofort aufgezeigt und den Arbeitern die Augen darüber geöffnet, daß die Art, wie die tschechischen und slowakischen Patrioten auf diese Aktion reagierten, nur beweist, daß sie die eigentlichen Ziele der ganzen Aktion der britischen Imperialisten zu fördern gewillt sind. Die Aufrollung der Frage der nationalen Minderheiten beantwortete die Partei mit der Aufstellung der Losung des Selbstbestimmungsrechtes. Im übrigen hat die Partei den patriotischen Rummel, den die bürgerliche Partei und die Sozialpatrioten aus Anlaß der Rothermere-Aktion inszenierten, auch dadurch unwirksam gemacht, daß sie die schweren Wirtschaftskämpfe, die jetzt die Tschechoslowakei durchzittern und in denen unsere Genossen sowohl durch ihre Stellung in den roten Gewerkschaften, als auch durch ihre Fraktionsarbeit in den reformistischen Gewerkschaften die führende Rolle spielen, in den Vordergrund rückte. Diese Wirtschaftskämpfe sind jetzt die wichtigste Aktion der Partei, denn in ihnen spielt sich jetzt das wichtigste Ringen um die Stabilisierung ab, die in einem solchen Ausmaß auf Kosten der Lebenshaltung der Arbeiter durchgeführt wird, daß heute die Tschechoslowakei in bezug auf die Reallöhne ihrer Arbeiterschaft unter den kapitalistischen Staaten beinahe an letzter Stelle steht.

Die Stellung zur Aktion des Lord Rothermere stellte auch die Haltung der Partei zur nationalen Frage auf die Probe. Gerade dies ist eine der wichtigsten Fragen der tschechoslowakischen Arbeiterbewegung. Die Partei hat hier zwei große Erfolge erzielt. Der erste große Erfolg war die Gründung der international-einheitlichen kommunistischen Partei, durch welche die jahrzehntelange nationale Zersplitterung der Arbeiterklasse, zu der es infolge des nationalen Opportunismus der Sozialdemokraten schon am Anfang der Bewegung gekommen war, überwunden wurde. Dieser Erfolg führte auch dazu, daß die roten Gewerkschaften auf internationaler Grund-



lage entstanden und so den Weg auch zur Ueberwindung der seit 1910 vollständigen gewerkschaftlichen Zersplitterung des Proletariats in diesem Lande wiesen. Der zweite große Erfolg war die Ueberwindung der Schwierigkeiten in der Stellung zur nationalen Frage nach dem 5. Weltkongreß, so daß die Partei den Weg zur leninistischen Auffassung der nationalen Frage fand. Das bedeutet natürlich nicht, daß die Partei gegen jede Abweichung in der nationalen Frage vollständig gefeit wäre. So richtig die Haltung der Partei z. B. gegenüber der Aktion des Lord Rothermere war, so bedauerlich ist es, daß die Parteileitung nicht imstande war, auch der gesamten Redaktion des Zentralorgans die richtige Auffassung beizubringen. So kam es, daß sich der Wochenplauderer der Redaktion in der Nummer des „Rudé Pravo“ vom 11. September eine recht merkwürdige Entgleisung zuschulden kommen ließ. Um die Macht der Presse und der öffentlichen Meinung zu zeigen, schrieb er unter anderem, der Zeitungsartikel des Lord Rothermeres „gefährdet die ganze Existenz der tschechoslowakischen Republik“. Was ist denn das, die tschechoslowakische Republik, gegen welche Rothermere loszieht? Das ist der kapitalistische Staat, der diesen Namen führt, das ist das heutige Regime in diesem Staate, mit welchem die englischen Imperialisten nicht zufrieden sind und dessen Existenz sie daher einzig und allein gefährden können, welcher Gefahr aber dieses Regime durch die Unterordnung unter die gegen die Sowjetunion und gegen die kommunistische Bewegung gerichteten Wünsche der britischen Imperialisten zu begegnen gewillt ist. Diese klare Lage durch ein allgemeines Gerede über eine Gefährdung des Staates zu verschleiern, war eine Aufgabe der Sozialdemokraten, die diese auch glänzend erfüllten, aber nicht Sache des kommunistischen Zentralorgans. Noch sonderbarer ist es, wenn ein Redakteur des „Rudé Pravo“ sich die folgende Sorge macht: „Die öffentliche Weltmeinung beginnt sich infolge dieser Kampagne gegen die Tschechoslowakei zu wenden und es befestigt sich die Ueberzeugung, daß den Magyaren durch die Tschechoslowaken ein Unrecht geschehe.“ Darf ein Kommunist mit solchen Dingen wie die „öffentliche Weltmeinung“ operieren? Daß den Magyaren in der Tschechoslowakei so wie jeder nationalen Minderheit, die gegen ihren Willen in einen Staat gepreßt wurde und darin festgehalten wird, dadurch unrecht geschieht, sollte doch wohl zum eisernen Bestande der Ueberzeugung eines kommunistischen Redakteurs gehören, der natürlich auch im Falle des Vorhandenseins dieser Ueberzeugung nicht schreiben darf, daß dieses Unrecht den Magyaren durch „die Tschechoslowaken“ geschieht; es geschieht durch das Regime der tschechoslowakischen Bourgeoisie.

Eine große Rolle spielt für unsere tschechoslowakische Bruderpartei die Gewerkschaftsfrage. In den Gewerkschaften erreichte die Partei infolge der Stimmung der Massen bereits 1921 und 1922 ohne Fraktionsarbeit große Erfolge, sie eroberte ganze Verbände. Infolge des Fehlens der planmäßigen Fraktionsarbeit gelang es den Reformisten aber daraufhin rasch und leicht, die Spaltung der Gewerkschaften durchzuführen. So bestehen jetzt reformistische und rote Gewerkschaften in der Tschechoslowakei nebeneinander, die Kommunisten organisieren in beiden die Fraktionsarbeit, die namentlich in den reformistischen Gewerkschaften allerdings noch manches zu wünschen übrig läßt. Freilich ist diese Fraktionsarbeit gerade infolge dieser komplizierten Lage nicht leicht, und es kommt vor, daß nicht nur in einem Be-

triebe zwei Gewerkschaften bestehen, wo die Kommunisten in beiden ihre Fraktion haben, sondern es kommt auch vor, daß bei Betriebsrätewahlen beide Gewerkschaften gegeneinander kandidierten, Kommunisten auf beiden Kandidatenlisten standen. Schwierigkeiten ergeben sich auch in einer solchen Situation in bezug auf die Pflicht der Mitgliederwerbung für die Gewerkschaften.

Zum Schluß muß noch eine Schwierigkeit der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei verzeichnet werden. Sie ist eine Massenpartei, aber ihr Massencharakter kommt nicht in allen Gebieten der Republik im gleichen Maße zum Ausdruck. Es gibt Gebiete, wo die Partei sehr schwach ist. Gerade in diesen Gebieten hat aber die Partei bisher nicht überall soviel Fortschritte gemacht, um diese Schwachpunkte zu überwinden. Auch die Bolschewisierung der Partei ist nicht überall gleichmäßig gelungen. Da zeigen auch sonst starke Kreise noch Schwächen. Der Prager Kreis, der in den ersten Jahren schwach war, hat seit der Entfernung Bubniks gute Fortschritte gemacht. Eine kritische Lage ist im Ostrauer Kreis, diesem wichtigen Bergbau- und Eisenrevier der Republik, durch das Anwachsen der faschistischen Arbeiterorganisationen, die nach dem Muster der früheren Gelben geschaffen wurden, entstanden. Der Boden wurde dem Faschismus in diesem Gebiete durch den infamen Streikbruch der Reformisten im Jahre 1925 bereitet. Der Streikbruch und die Niederlage erzeugten in der Arbeiterschaft eine derart verzweifelte Stimmung, daß die Faschisten Fuß fassen konnten. Andererseits waren gerade die kommunistischen Arbeiter gegen die Reformisten infolge des Streikbruchs so erbittert, daß es schwer war, die richtige Einheitsfrontpolitik gegen die Faschisten zu machen. Zudem war die Führung unserer Partei in Ostrau schwach und unterlag anfangs dieser Stimmung. Die Niederlagenstimmung und Verzweiflung wie auch die brutale Verfolgung der Kommunisten und Mitglieder der roten Gewerkschaften, die bei der Reduzierung der Belegschaften in erster Linie aufs Pflaster geworfen wurden, wobei die Sozialdemokraten die schmutzigen Denunziantendienste leisteten, führten dazu, daß aus Verbitterung und Verzweiflung, aber auch aus Furcht vor Arbeitslosigkeit und Hunger viele Mitglieder der roten Gewerkschaften und mit uns sympathisierende Arbeiter ins Lager des Faschismus getrieben wurden. Heute haben sich die Verhältnisse jedoch auch in der Führung unserer Partei in jedem Gebiet schon wieder gefestigt, die Partei hat die richtige Linie wiedergefunden (Unklarheiten in der Führung der roten Gewerkschaften jenes Gebietes machten die Lage natürlich nur noch kritischer), und es ist zu erwarten, daß es mit dem faschistischen Rummel dort bald zu Ende gehen wird.

Zu den Schwierigkeiten der Verschiedenheit in der Stärke und Reife der Partei in den einzelnen Kreisen kommt auch noch die Verschiedenheit in den ökonomischen, nationalen und politischen Verhältnissen zwischen den beiden Teilen, aus denen die Tschechoslowakei geographisch und historisch besteht: den sogenannten „historischen“ oder „Sudetenländern“ (Böhmen, Mähren und Schlesien) einerseits und den Karpathenländern (Slowakei und die Karpathen-Ukraine) andererseits. In jenem Gebiet ist die Arbeiterbewegung alt, hat ihre bis in die siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts reichende Tradition, eine gute Organisation und eine gewisse Festig-

keit. Die Schattenseite dieser Entwicklung ist die stärkere reformistische Verseuchung, die kleinbürgerliche Ansteckung. In den Karpathen-Ländern ist die Arbeiterbewegung jung, ihr Geist ist viel revolutionärer, auch ist ihre Verbindung mit den kleinbürgerlichen Massen, mit der Dorfarmut besser, so wie die nationalen und politischen Verhältnisse wie auch die ökonomischen sich dort mehr dem Osten Europas nähern. Dafür aber fehlt der Arbeiterbewegung und damit auch der kommunistischen Bewegung, der die Massenstimmung hier viel günstiger ist als in den Sudetenländern, Schulung und Tradition wie auch organisatorische Festigkeit. Die Partei hat also in diesen beiden Gebieten verschiedene Aufgaben. In dem alten, historischen Gebiete des Staates besteht ihre Aufgabe darin, den kleinbürgerlichen Geist, die reformistische Versumpfung zu bekämpfen, die Tradition der Bewegung im Geiste des Marxismus-Leninismus zu korrigieren und damit auch die Bewegung organisatorisch auf die revolutionäre Grundlage zu stellen. In den Karpathen-Ländern gilt es, den revolutionär gestimmten Massen Klarheit und Schulung, aber auch organisatorische Festigkeit zu geben und eine entsprechende Führung herauszubilden. Wir sehen also, daß unsere Bewegung auch in diesem kleinen Lande, in welchem es aber verhältnismäßig so große Unterschiede und verwickelte nationale Verhältnisse gibt, durchaus keine leichte Aufgabe hat. Die jetzige Entwicklung der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei läßt erwarten, daß sie alle diese Aufgaben zu lösen imstande sein wird.

AL. BAD:

## VOM LEBEN DER ILLEGALEN PARTEIEN

„Lupta de Clasa“ — theoretisches Kampforgan der KP Rumäniens,  
Nr. 1—5, Juni 1926 — Juni 1927, 296 Seiten.

Die KP Rumäniens, die seit ihrem Bestehen (1921) durch den täglichen Terror in Halblegalität gehalten wurde und kurz nachher (1924) ganz illegal geworden ist, hatte nicht die Möglichkeit, den notwendigen ideologischen Kampf für die Bolschewisierung der Parteilasse in genügendem Umfange führen zu können. Das hatte zur Folge, daß nicht nur verschiedene Meinungen in den Reihen der Partei zum Ausdruck kamen, sondern sich nach und nach auch fest kristallisierte Tendenzen herausbildeten, die ultralinke und rechte, liquidatorische genannt werden müssen. Trotzdem sich die Parteileitung und der ganze Funktionärkörper über diese Gefahren und über die Mittel zu ihrer Bekämpfung schon seit Jahren im klaren waren, konnte die Zeitschrift der Partei nicht erscheinen. Technische Schwierigkeiten — illegaler Druck, organisatorische Schwächung der Partei, Mangel eines Verbreitungsapparates und letzten Endes Mangel an genügenden theoretischen Kräften — waren die Gründe, die das Erscheinen der für die Partei lebensnotwendigen und von der Parteilasse geforderten Zeitschrift immer wieder verschoben haben. Ich muß hier zugeben, daß auch der Mangel an Vertrauen in die eigenen Kräfte ein Grund des Nichterscheinens eines solchen Organs war.

Aber der Beschluß des 6. Plenums des EKKI, Punkt 13, lautete:

„Das ZK der KP Rumäniens muß sich über alles klar werden und die begangenen Fehler korrigieren, muß eine Parteizeitschrift im Interesse der ideologischen Bildung der Partei herausgeben, muß im Geiste der Beschlüsse der Kommunistischen Internationale einen entschiedenen Kampf gegen die Rechtsabweichungen führen, muß gegen

die kleinsten sektiererischen Manifestierungen kämpfen, muß eifrig für die ideologische, politische und organisatorische Bolschewisierung der Partei arbeiten . . .“

Entsprechend der Lage der KP Rumäniens enthalten diese Zeilen schon das Programm der später erschienenen Zeitschrift. Im Juni 1926 erschien die erste Nummer, in der abgedruckt wurden: Die Resolution des 6. Plenums des EKKI zur rumänischen Frage, der Artikel des Genossen Martynow über „Das Problem der Revolution in Rumänien“ und vier Aufsätze, die einen guten Anfang zur Konkretisierung der Beschlüsse der Komintern und zur Gesundung der Partei bedeuten, und zwar ein Aufsatz gegen das Liquidatorentum in der Person Kristescus, einer über die innere Lage Rumäniens und zwei Aufsätze über die politische Linie der Partei. Wie bekannt ist, beschäftigte sich das 6. Plenum mit den Fehlern der KP Rumäniens bei den Kommunalwahlen von Anfang 1926, wo die „Einheitsfront der Arbeiterklasse mit allen oppositionellen bürgerlichen Parteien gegen die Oligarchie“ gepredigt und teilweise auch zustandegebracht wurde.

Damit sind aber die Schwierigkeiten selbst, mit denen die KP Rumäniens zu kämpfen hat, nicht überwunden worden. Der wilde und blutige Terror schwächte physisch die Reihen der Partei, desorganisierte sie sogar für kurze Zeit, während derselbe Terror und die Konsolidierung des rumänischen Kapitalismus den rechten liquidatorischen Flügel der Partei stärkten und ihn unter verschiedenen Formen zum Ausdruck brachten. Von der „Lupta de Clasa“ konnten während eines Jahres nur 5 Nummern in drei Heften erscheinen. Dieses seltene Erscheinen der Zeitschrift erschwerte einerseits ihre Inhaltsverbesserung, andererseits erweckt sie den Eindruck, daß das ZK zu vielen wichtigen Tagesfragen nicht Stellung nimmt, und so bekamen wir den Zustand, daß die Parteimitgliedermasse und die mit ihr sympathisierende Arbeitermasse in der Klassenbildung zurückblieben. Als Beispiel können wir folgendes angeben:

Der Zeitschrift fehlt eine Chronik des internationalen politischen Lebens, eine Chronik des weißen Terrors; die Zeitschrift meldet sehr wenig über Arbeit und Kampf der Bruderparteien und der Kommunistischen Internationale im allgemeinen. Da der Verlag einer illegalen KP nicht groß sein kann und sehr unsicher ist, muß die Zeitschrift auch rein theoretische Aufsätze über Marxismus — seien es auch nur Uebersetzungen — bringen. Andererseits konnte die Zeitschrift fast kein einziges Wort zu Gewerkschaftsfragen und zur Gewerkschaftseinheit in Rumänien sagen, was in der heutigen Lage des Organisationsapparates der KP zu den bekannten Fehlern auf gewerkschaftlichem Gebiet beigetragen hat.

Im zweiten Heft (Nr. 2/3) bringt die „Lupta de Clasa“ die Resolution des ZK der KPSU über „Fraktionsarbeit in der Partei“ und in Uebersetzung die wichtigsten Thesen und Resolutionen des 7. Plenums des EKKI. Der inneren Lage sind in diesem Heft nur zwei Aufsätze gewidmet: einer über den sogenannten „Kampf innerhalb der herrschenden Klassen und die Aufgaben der Arbeitermassen“, ein zweiter — über den „Weg nach rechts“, den Kristescu geht.

Das letzte Heft (Nr. 4/5) vom Juni 1927 bringt außer dem Aufsatz Stalias über „Die Perspektiven der Revolution in China“ und die „Thesen der KI zur internationalen Lage und zu den Aufgaben der KI“ sechs Artikel, die die Lebensfragen der KP Rumäniens und dadurch der Arbeiterklasse dieses Landes betreffen.

Im Artikel „Der Kampf für die Wiederherstellung der Gewerkschaftseinheit“ wird, vom letzten Angriff der Regierung (Gerichtsverfahren für Auflösung) gegenüber den Unitären Gewerkschaften ausgehend, eine sachliche Kritik sowohl an den reformistischen, wie auch an den revolutionären (unitären) Gewerkschaften geübt. Die Führer der Unitären Gewerkschaften haben in den Verhandlungen vor 8—10 Monaten mit den Leitern der Amsterdamer Gewerkschaften in Rumänien über die Einheit große Schwächen gezeigt. Gar nicht zu sprechen von dem rechten Flügel der Unitären, die eigentlich sozialdemokratische Bonzen sind, die, um die Masse zu betrügen, vor Jahren mit ihr gegangen sind, und jetzt, im Augenblicke des offenen, brutalen und äußersten Angriffes der Bourgeoisie (Auflösungsprozeß), den Zeitpunkt für gekommen halten, den Dolchstoß zu führen, aus den Unitären Gewerkschaften auszutreten und ihre Spaltung zu versuchen. Aber das Vorgehen dieser bis gestern nicht offenen, erklärten Reformisten aus den Unitären Gewerkschaften ist fehlgeschlagen. Nur einige hundert Arbeiter haben sich irreführen lassen. Die übrigen setzen den Kampf, der nur mittels der Unitären Gewerkschaften zu führen ist, fort. In diesem Komplex von Schwierigkeiten, gibt das Organ des ZK der KP Rumäniens die folgende Direktive des Kampfes für die Legalität der Gewerkschaften bei Beibehaltung ihres Klassenkampfcharakters:

„Die Pflicht, die Arbeitermassen für die Sicherung der Legalität der Unitären Gewerkschaften zu mobilisieren, steht in erster Reihe vor uns Kommunisten. Trotzdem die Unitären Gewerkschaften keine kommunistische Organisation sind und noch weniger eine kommunistische Parteiorganisation, wie die Sozialdemokraten und die Bourgeoisie gemeinsam behaupten, so sind sie doch die einzige legale Organisation, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen und es ist Pflicht der Kommunisten, ihren ganzen Einfluß in den unitären und reformistischen Gewerkschaften, in den Betrieben und Fabriken auszunützen, um die Arbeitermassen zum Kampfe für die Legalität der Unitären Gewerkschaften aufzurufen . . .“

Wie ich aber schon bemerkt habe, ist es notwendig, dieser Frage in Rumänien heute mehr als einen Artikel zu widmen. Das Problem der Gewerkschaftseinheit und die Entlarvung der Amsterdamer muß ständig in der Zeitschrift enthalten sein, so wie diese Frage auf der Tagesordnung der ganzen KP Rumäniens ununterbrochen steht.

Zwei Aufsätze sind den „Ideen“ Minkus gewidmet. Diese Ideen sind in Heft Nr. 1 des 2. Jahrganges der „Cultura Proletara“ erschienen und wir erwähnten sie schon in unserer Rezension in der „Kommunistischen Internationale“. Die „Lupta de Clasa“ tritt entschieden und scharf gegen den „Kampf“, den Minku „gemeinsam und parallel“ mit einem Teil der Bourgeoisie gegen einen anderen Teil führen will, auf. Minku empfiehlt diesen Weg als den einzig richtigen Weg der Arbeiterklasse. Minku sieht den kapitalistischen Charakter der Liberalen Partei nicht ein; er behauptet, daß sie eine „Oligarchie“, eine Clique sei und nichts anderes, und daß gegen sie „die Bourgeoisie im Keime“ den Kampf, in welchen sie siegen darf, führt. Gegenüber dieser unrichtigen Auffassung, meint die „Lupta de Clasa“, daß die Liberale Partei der ökonomisch entwickelteste Teil der rumänischen Bourgeoisie, der die Feudalseite ausnützt, ist, daß sie zwar eine Oligarchie, aber eine Oligarchie des Finanzkapitals des Landes, eine Oligarchie des konzentrierten Kapitals ist und eine Tendenz zur weiteren Konzentrierung des Kapitals verfolgt. Wenn auch die Macht der Liberalen sich in der Form der Diktatur der Großbanken ausdrückt, bedeutet das die Beherrschung des ökonomischen Lebens des Landes, einschließlich der Industrie, seitens der Liberalen. Die Tatsachen beweisen das: Hunderte von Großfabriken und Tausende von Unternehmungen aller Art, sind von den Banken der Liberalen gegründet, von ihnen aufgekauft oder stark beeinflußt und von ihnen abhängig. In diesem Falle von den oppositionellen bürgerlichen Parteien als von der „Bourgeoisie“ als solcher zu sprechen, die die oligarchische Finanzliga zerschlagen muß, und nicht zu bemerken, daß die Macht der Liberalen so groß ist, weil sie eben den Machtformen des modernen Kapitalismus entspricht, ist der große Fehler Minkus. Kein wirklicher „antiliberaler Block“ seitens und mit den oppositionellen bürgerlichen Parteien ist möglich, und auf Seite 59 der „Lupta de Clasa“ wird mit Recht scharf gesagt: „Die Perspektiven des Genossen Minku verdüstern das Klassenbewußtsein der Arbeiterschaft, sie erwecken Illusionen, die objektiv die Kristallisierung der einzigen sozialen Kraft, die wirklich imstande ist, für immer die Diktatur der Liberalen abzuschaffen, verhindern: den Block des Proletariats und die von der Vormundschaft der oppositionellen Bourgeoisie befreiten breiten Massen der Bauernschaft“.

Eine andere, für die KP Rumäniens heute sehr wichtige Frage wird im Artikel „Legalistische Illusionen“ behandelt. Hier werden folgende zwei Seiten der Frage berührt: 1. das offene verräterische Liquidatorenentum Kristescus, der schon außerhalb der Partei steht und sich auf dem Wege zur Sozialdemokratie befindet, 2. das „Liquidatorenentum“ derjenigen, die eine größere, breitere, der Notwendigkeit entsprechendere Art der Ausnützung der legalen Arbeitsmöglichkeiten, in der Form einer „legalen Arbeiterpartei“ verlangen.

Die „Abweichungen“ Kristescus sind uns schon seit langer Zeit bekannt: gegen illegale Arbeit, für den Anschluß der Unitären Gewerkschaften an Amsterdam, für die bedingungslose Vereinigung mit den Reformisten Rumäniens, für „die politische Einheit“ der Arbeiterklasse. Praktisch kamen seine Ideen folgendermaßen zum Ausdruck: Verweigerung jeder Parteiarbeit, Boykottierung des Arbeiter- und Bauernblocks — der einzigen legalen Organisation, die die Massen zum Kampf führt und einen Teil der Parolen der KP aufgenommen hat, Wahlauf Ruf für die „demokratische oppositionelle bürgerliche Partei“ — gegen den Arbeiter- und Bauernblock — eigene Zeitung und endlich „eigene“ Partei — die richtige „Arbeiterpartei“! Kristescu will jetzt die „politische Einheit“, denn die „KI geht jetzt nach . . . rechts und die II. Internationale geht nach . . . links“!!! Er ruft die Arbeiterschaft zur Gründung einer „Sozialistischen Partei“ auf, die den Zweck hat, „die Arbeiter nicht unter sich zu verfeinden, sondern sie zu verbrüdern“. Diese „Gedanken“

ließ Kristescu während der letzten Wahlkampagne in seiner Zeitung „Der sozialistische Sieg“ und nach dieser Kampagne in einem Aufruf „An die ganze Arbeiterklasse“ drucken.

Endlich wird die „Streitfrage“ zwischen den bürgerlichen Parteien, die „Thronfolgerfrage“ in der „Lupta de Clasa“ behandelt. In dem Artikel „Karlismus oder Republik?“ wird die Frage besprochen, die heute, insbesondere nach dem Tode des Königs Ferdinand, ganz akut geworden ist. Die „Frage Karl“ hat schon in gewissem Maße den Ruhm und die Autorität der Idee der Monarchie kompromittiert. Der „Kampf“, der heute auf diesem Gebiete gegen die Liberalen seitens der oppositionellen Bourgeoisie geführt wird, kompromittiert noch mehr den Gedanken der Monarchie bei den Arbeiter- und Bauernmassen, wie auch bei einem Teil der Kleinbourgeoisie. Das geschieht trotz der selbstverständlichen verräterischen Haltung der Nationalbauernpartei als Ganzes und des Bauerntümplerflügels als solcher, die die Regentenfrage für ihren eventuellen Anteil an der Staatsmacht ausnützen wollen, und nichts mehr. Zur gleichen Zeit aber kann die „Verfolgung und Verbannung des Prinzen Karl“ unter politischer Ausnützung seitens der oppositionellen Bourgeoisie kleinbürgerliche Schichten gewinnen, bei manchen Arbeitern die Illusion erwecken, daß ein rumänischer „Mussolinismus“ imstande wäre, die elende Lage der Volksmassen zu ändern. Daß Prinz Karl mit den faschistischen Organisationen in Rumänien in enger Verbindung steht, ist ein öffentliches Geheimnis.

Der Verfasser des Artikels hat auch die Eventualität eines Staatsstreiches seitens der Finanzbourgeoisie (Liberale Partei) vorausgesehen, was auch eingetroffen ist (Sturz der Averescu-Regierung). Die Liberalen haben diesen Staatsstreich durchgeführt, um einer Verschärfung des Gegensatzes in der Thronfrage, unter Zuziehung der Militäroffiziere vorzubeugen, die zu einer von der Bourgeoisie auf keinen Fall gewünschten Massenbewegung führen konnte. Als „Aufgaben der Partei“ wird festgestellt: „Der Augenblick fordert vom Proletariat Mut und Aktion. Es kann und darf nicht sein Gesicht verhüllen, es darf bei einem solchen Scheideweg der Geschichte nicht fehlen. Es darf nicht den anderen Klassen, den bürgerlichen und kleinbürgerlichen, die ungestörte Initiative überlassen, die Arbeiter- und Bauernmassen für fremde Interessen zu mobilisieren. Diesem gefährlichen Manövrieren muß die Parole der Republik gegenübergestellt werden. Gegen die Bratianu-Monarchie! Gegen die Karl-Monarchie! Für die Volksrepublik! Die Losung der Republik, mit einem Arbeiter- und Bauerninhalt, als die Zentrallosung für den gegenwärtigen Augenblick, die imstande ist, die breiten Massen der Bevölkerung zu mobilisieren, ist äußerst aktuell . . . Es ist nur noch erforderlich, daß die KP auch die Prüfung der Umsetzung der politischen Linie in die Aktion ablegen soll . . .“

Ganz richtig! Und wir haben die Ueberzeugung, daß die KP Rumäniens hier einen breiten und günstigen Boden für die Tätigkeit haben wird, trotzdem daß in einem Lande, in dem man schon seit 25 Jahren den republikanischen „Gedanken“ aufgegeben hat, wo die Sozialdemokratie vor „ernsten“ Ereignissen „warnt“, es keine leichte Sache ist, die Arbeitermassen bald für diese Parole zu gewinnen. Wegen dieser Schwierigkeiten ist es aber um so mehr Pflicht der KP, die Parole der Volksrepublik rascher und aktiver zu popularisieren.

•

Viele Aufgaben hat und muß eine KP haben. Auch der KP Rumäniens könnte man noch andere wichtige Aufgaben stellen, wie z. B.: die Arbeitslosigkeit, die Nationalitätenfrage, die Bauernfrage usw. Wir haben aber die Ueberzeugung, daß die Fragen, die besonders im Heft Nr. 4/5 der „Lupta de Clasa“ berührt werden, die zentralen Aufgaben der Partei bilden und noch lange Zeit bilden werden. Die Zeitschrift, als illegales theoretisches Organ unter unbestrittenen Schwierigkeiten erscheinend, muß in solchen Fragen, die in erster Reihe von der Parteimasse diskutiert werden, Klarheit schaffen. Es bleibt nun Pflicht des ZK, für das regelmäßige Erscheinen und die Verbreitung der Zeitschrift noch mehr und noch größere Opfer als bisher zu bringen.